

## **DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK**

John J. Mearsheimer  
Department of Political Science  
University of Chicago

Stephen M. Walt  
John F. Kennedy School of Government  
Harvard University

März 2006  
RWP06-011

Die beiden Verfasser dieses Arbeitspapiers sind allein verantwortlich für die darin zum Ausdruck kommenden Ansichten. Als akademische Institutionen nehmen

**die Harvard University und  
die Universität von Chicago**

nicht Stellung zu den Gelehrten der jeweiligen Fakultäten. Dieser Artikel sollte nicht dahingehend interpretiert oder so dargestellt werden, als gebe er die offizielle Haltung der jeweiligen Institution wieder.

Eine gekürzte und bearbeitete Version dieses [Original-] Papiers wurde in der *London Review of Books*, Vol. 28, Nr. 6 (23. März 2006) veröffentlicht und ist online unter [www.lrb.co.uk](http://www.lrb.co.uk) zu finden.

## **DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK**

Die US-Außenpolitik bestimmt Ereignisse in jeder Ecke des Globus. Nirgends ist dies wahrer als im Nahen Osten, einer Region von sich wiederholender Instabilität und enormer strategischer Bedeutung. Erst kürzlich hat der Versuch der Bush-Regierung, die Region in eine Gemeinschaft von Demokratien umzuformen, dazu beigetragen, im Irak einen nicht zu bekämpfenden Aufstand zu entfachen, die Ölpreise stark ansteigen zu lassen und Terrorbomben in Madrid, London und Amman hochgehen zu lassen. Wo für so viele so viel auf dem Spiel steht, müssen alle Länder die Kräfte verstehen, welche die US-Politik im Nahen Osten steuern.

Das nationale Interesse sollte an erster Stelle der US-Außenpolitik stehen. Für die letzten Jahrzehnte jedoch, und speziell seit dem Sechstagekrieg 1967, wurde das Verhältnis zu Israel zum Kernstück der US-Nahostpolitik. Die Mischung aus unerschütterlicher Unterstützung für Israel und der damit in Zusammenhang stehenden Anstrengung, die Region zu demokratisieren, hat die arabische und islamische Öffentlichkeit entflammt und die Sicherheit der USA gefährdet.

Diese Lage hat in der politischen Geschichte Amerikas keine Parallele. Warum waren die USA willens, ihre eigenen Sicherheitsinteressen zu mißachten, um die Interessen eines anderen Staates zu vertreten? Man könnte annehmen, daß das Band zwischen den beiden Ländern auf gemeinsamen strategischen Interessen gründet oder auf der Erzwingung moralischer Imperative. Wie wir im folgenden aufzeigen, kann jedoch keine dieser Begründungen die bemerkenswerten Höhe materieller und diplomatischer Unterstützung der USA für Israel hinreichend erklären.

Statt dessen beruht der Hauptdruck der US-Politik in der Region fast gänzlich auf der US-Innenpolitik, und hier speziell auf den Aktivitäten der "Israel-Lobby". Auch anderen "special interest groups" ist es gelungen, die US-Außenpolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen, aber keine Lobby brachte es fertig, die US-Außenpolitik so weit davon zu trennen, was das nationale Interesse sonst erfordern würde, während sie gleichzeitig die Amerikaner davon überzeugte, daß die Interessen der USA und Israels im Grunde identisch seien. (1)

Auf den folgenden Seiten beschreiben wir, wie die Lobby diese Leistung vollbracht hat und wie ihre Aktivitäten die amerikanischen Aktionen in dieser kritischen Region bestimmt haben. Angesichts der strategischen Bedeutung des Nahen Ostens und seiner potentiellen Wirkung auf andere müssen sich sowohl Amerikaner als auch Nichtamerikaner dem Einfluß der Lobby auf die US-Politik zuwenden und ihn verstehen.

Einige Leser werden diese Analyse beunruhigend finden, aber die hier aufgezählten Tatsachen werden unter Fachleuten nicht ernsthaft diskutiert. Allerdings stützt sich unsere Bilanz stark auf die Arbeit israelischer Gelehrter und Journalisten, die sich dadurch, daß sie diese Fragen beleuchten, große Verdienste erwerben. Wir verlassen uns ebenso auf Beweise, die von respektierten israelischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen erbracht wurden. In ähnlicher Weise beruhen unsere Ausführungen über die Lobby auf Zeugenaussagen sowohl von Lobbymitgliedern als auch von Politikern, die mit ihnen gearbeitet haben. Die Leser können unsere Schlußfolgerungen natürlich ablehnen, aber der Beweis, auf dem sie beruhen, ist unstrittig.

## **DER GROSSE WOHLTÄTER**

Seit dem Oktoberkrieg 1973 hat Washington Israel mit einer Unterstützung in solcher Höhe versehen, daß sie die Unterstützung für jedes andere Land in den Schatten stellt. Es war seit 1976 der größte Empfänger von direkter jährlicher US-Wirtschafts- und Militärhilfe und der größte Gesamtempfänger seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Direkthilfe der USA für Israel belief sich 2003 auf gut 140 Milliarden Dollar. (2) Israel erhält jährlich 3 Milliarden Dollar an direkter Auslandshilfe, das entspricht rund einem Fünftel des amerikanischen Entwicklungshilfeetats. Pro Kopf gerechnet, geben die Vereinigten Staaten jedem Israeli jährlich Subventionen in Höhe von 500 Dollar. (3) Diese Höhe fällt besonders ins Gewicht, wenn man bedenkt, daß Israel jetzt ein wohlhabender Industriestaat ist mit einem Pro-Kopf-Einkommen, welches in etwa dem von Süd-Korea oder Spanien entspricht. (4)

Israel erfährt auch in anderer Hinsicht von Washington eine besondere Behandlung (5) Andere Hilfsempfänger erhalten ihr Geld in vierteljährlichen Raten, während Israel die Gesamtsumme zu Beginn jedes Steuerjahres erhält und dadurch besonderes Interesse verdient. Die meisten Empfänger amerikanischer Militärhilfe werden gedrängt, diese vollständig in den Vereinigten Staaten auszugeben, aber Israel kann rund 25 Prozent seiner Gesamtzusendungen zur Subventionierung der eigenen Rüstungsindustrie

verwenden. Israel ist der einzige Empfänger, der nicht darzulegen braucht, wofür die Hilfe ausgegeben wird, eine Befreiung, die es praktisch unmöglich macht, zu verhindern, daß das Geld für Zwecke gegen das Interesse der Vereinigten Staaten verwendet wird, wie Siedlungsbau im Westjordanland.

Zudem haben die Vereinigten Staaten Israel mit fast 3 Milliarden Dollar unterstützt, um Waffensysteme zu entwickeln wie das Lavi-Flugzeug, welches das Pentagon weder wollte noch brauchte, während man Israel gleichzeitig Zugang zu Spitzentechnik der US-Rüstung verschaffte, wie den Blackhawk-Hubschraubern und F16-Jägern. Schließlich gewähren die Vereinigten Staaten Israel Zugang zu Geheimmaterial, welches sie ihren NATO-Verbündeten vorenthalten und stellen sich blind gegenüber israelischen Kernwaffenkäufen. (6)

Außerdem verschafft Washington Israel unbeirrbar diplomatische Unterstützung. Seit 1982 haben die Vereinigten Staaten gegen 32 israelkritische Resolutionen des UN-Sicherheitsrates ihr Veto eingelegt. Diese Zahl ist höher als die Vetos aller übrigen Sicherheitsratsmitglieder zusammengenommen. (7) Es blockiert außerdem Versuche arabischer Staaten, Israels Kernwaffenarsenal auf die Tagesordnung der Internationalen Atomenergiebehörde zu setzen. (8)

Die Vereinigten Staaten kommen Israel auch im Kriegsfall zu Hilfe und vertreten bei Friedensverhandlungen seine Seite. Die Nixon-Regierung übernahm während des Oktoberkriegs die Versorgung Israels mit Ersatzteilen und schützte es vor der Bedrohung eines sowjetischen Eingreifens. Washington war sowohl in die Verhandlungen, die diesen Krieg beendeten, stark eingebunden, als auch in den folgenden langwierigen schrittweisen Prozeß, geradeso, wie es eine Schlüsselrolle spielte in den Verhandlungen, die den Oslo-Verträgen von 1993 vorangingen und folgten. (9) Gelegentlich gab es Reibungen zwischen Offiziellen Israels und der USA in beiden Fällen, aber die Vereinigten Staaten stimmten ihre Positionen eng mit Israel ab und stärkten der israelischen Verhandlungsführung den Rücken. In der Tat sagte ein amerikanischer Teilnehmer an Camp David (2000) später: "Viel zu oft fungierten wir... als Israels Anwalt" (10)

Wie weiter unten erörtert, hat Washington Israel einen großzügigen Spielraum im Umgang mit den besetzten Gebieten (dem Westjordanland und dem Gazastreifen) eingeräumt, selbst wenn seine Aktionen im Widerspruch zur festgesetzten US-Politik standen. Hinzu kommt, daß die ehrgeizige Strategie der Bush-Regierung zur Umformung des Nahen Ostens, beginnend mit der Invasion des Irak, wenigstens teilweise in einer Verbesserung der strategischen Lage Israels begründet ist. Jenseits von Kriegsallianzen ist es schwer, sich einen anderen Fall vorzustellen, wo ein Land ein anderes mit einem ähnlichen Grad an materieller und diplomatischer Unterstützung über einen so langen Zeitraum versehen hat; Amerikas Unterstützung für Israel ist, kurz gesagt, einzigartig.

Diese außerordentliche Großzügigkeit könnte verständlich sein, wenn Israel ein lebenswichtiger strategischer Gewinn wäre oder wenn es einen zwingenden moralischen Grund für die ununterbrochene Rücken-deckung der USA gäbe. Es gibt aber keine vernünftige überzeugende Begründung.

### **EINE STRATEGISCHE VERPFLICHTUNG**

Laut der Netzseite von AIPAC (= Amerikanisch-israelischer Ausschuß für öffentliche Angelegenheiten) "haben die Vereinigten Staaten und Israel eine einzigartige Partnerschaft gebildet, um den wachsenden strategischen Bedrohungen im Nahen Osten zu begegnen... Diese Gemeinschaftsanstrengung bietet beiden, sowohl den Vereinigten Staaten als auch Israel, bedeutenden Nutzen." (11) Dieser Anspruch ist ein Glaubensartikel unter den Israelanhängern und wird von israelischen Politikern und pro-israelischen Amerikanern gebetsmühlenartig beschworen.

Israel mag während des Kalten Krieges ein strategischer Gewinn gewesen sein (12) Indem es nach dem Sechstagekrieg (1967) als Amerikas Stellvertreter diente, half Israel, die sowjetische Ausbreitung in der Region einzudämmen und fügte den darin verstrickten Sowjetverbündeten wie Ägypten und Syrien erniedrigende Niederlagen zu. Ab und an half Israel dabei, andere US-Verbündete zu beschützen (wie den jordanischen König Hussein) und seine militärische Stärke zwang Moskau, seinen dahinschwindenden Verbündeten mehr Rückendeckung zu geben. Israel versorgte die Vereinigten Staaten zudem mit wertvollen Geheimdienstinformationen über die sowjetischen Fähigkeiten.

Israels strategischer Wert während dieses Zeitraums sollte jedoch nicht übertrieben werden. (13) Die Rückendeckung für Israel war nicht billig und sie komplizierte die amerikanischen Beziehungen zur arabischen Welt. Zum Beispiel führte die US-Entscheidung, Israel während des Oktoberkrieges 2,2 Milliarden Dollar an Militärhilfe zu gewähren, zu einem Ölembargo der OPEC, welches den westlichen Volkswirtschaften erheblichen Schaden zufügte. Zudem kann die israelische Armee US-

## DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK

Interessen in dieser Region nicht schützen. Zum Beispiel konnten sich die Vereinigten Staaten nicht auf Israel verlassen, als die iranische Revolution 1979 Befürchtungen hinsichtlich der Sicherheit der Ölversorgung aus der Golfregion auslöste, und sie mußten statt dessen eine eigene "schnelle Eingreiftruppe" aufstellen.

Auch wenn Israel während des Kalten Krieges ein strategischer Gewinn war, enthüllte der erste Golfkrieg (1990-91), daß Israel zu einer strategischen Belastung wurde. Die Vereinigten Staaten konnten während des Krieges keine israelischen Stützpunkte benutzen, ohne die Anti-Irak-Koalition zu sprengen, und sie mußten Mittel (z.B. Patriot-Raketenbatterien) abstellen, um Tel Aviv davon abzuhalten, etwas zu unternehmen, was die Allianz gegen Saddam aufbrechen könnte. Die Geschichte wiederholte sich 2003: Obwohl Israel darauf versessen war, daß die Vereinigten Staaten Saddam angriffen, konnte Präsident Bush es nicht um Hilfe bitten, ohne arabischen Widerspruch auszulösen. So blieb Israel wieder im Hintergrund. (14)

Beginnend in den neunziger Jahren und besonders nach dem 11.9. wurde die US-Unterstützung für Israel durch den Anspruch gerechtfertigt, beide Staaten seien von Terrorgruppen arabischen oder muslimischen Ursprungs bedroht, sowie durch eine Reihe von "Schurkenstaaten", die diese Gruppen unterstützten und Massenvernichtungswaffen anstrebten. Diese Grundeinstellung läuft darauf hinaus, daß Washington Israel freie Hand geben sollte in seinem Umgang mit Palästinensern und Israel nicht zu Zugeständnissen drängen sollte, bis alle palästinensischen Terroristen eingesperrt oder tot waren. Es läuft auch darauf hinaus, daß die Vereinigten Staaten andere Staaten wie die Islamische Republik Iran, Saddam Husseins Irak und Bashat al-Assads Syrien angehen sollten. Israel wird daher als ein entscheidender Verbündeter im "Krieg gegen den Terror" angesehen, weil seine Feinde Amerikas Feinde seien. Diese neue Einstellung scheint überzeugend, aber Israel stellt im Wahrheit eine Verpflichtung dar im Krieg gegen den Terror und den erweiterten Anstrengungen im Umgang mit den Schurkenstaaten.

Um damit zu beginnen, ist "Terrorismus" eine Taktik im Dienste einer Vielzahl von politischen Gruppen; er ist nicht ein einzelner vereinigter Gegner. Die Terrororganisationen, die Israel bedrohen (z.B. Hamas oder Hisbollah), bedrohen nicht die Vereinigten Staaten, außer diese gehen gegen sie vor (wie 1982 im Libanon). Zudem ist der palästinensische Terrorismus keine zufällig gegen Israel oder "den Westen" gerichtete Gewalt, er ist weitgehend eine Antwort auf Israels andauernde Kampagne zur Besiedlung des Westjordanlandes und des Gazastreifens.

Wichtiger ist die Feststellung, daß Israel und die Vereinigten Staaten durch eine gemeinsame Bedrohung durch Terrorismus geeint werden, dessen Kausalzusammenhang umgekehrt zu betrachten ist: Die Vereinigten Staaten haben ein Terrorismusproblem zum großen Teil deswegen, weil sie so eng mit Israel verbündet sind, und nicht umgekehrt. Die US-Unterstützung für Israel ist nicht die einzige Quelle für anti-amerikanischen Terrorismus, aber eine wichtige, und sie macht den Sieg im Krieg gegen den Terror schwieriger (15) Zweifelsohne werden z.B. viele al-Quaida-Führer, einschließlich bin Ladens, durch die Präsenz Israels in Jerusalem und das Elend der Palästinenser motiviert. Laut der US-Kommission zum 11.9. wollte bin Laden die Vereinigten Staaten ausdrücklich für ihre Nahostpolitik strafen, einschließlich der Unterstützung für Israel, und er versuchte sogar, die Angriffe so abzustimmen, daß dieser Punkt betont wurde. (16)

Ebenso wichtig ist der Umstand, daß die unbedingte US-Unterstützung für Israel es Extremisten wie bin Laden leichter macht, öffentliche Unterstützung zusammenzutrommeln und Rekruten anzuwerben. Öffentliche Meinungsumfragen bestätigen, daß die arabische Bevölkerung der amerikanischen Unterstützung extrem feindselig gegenübersteht, und die Beratergruppe des US-Außenministeriums für öffentliche Diplomatie in der arabischen und muslimischen Welt fand heraus, daß "Bürger dieser Staaten zutiefst erschüttert sind vom Elend der Palästinenser und von der Rolle, die sie den Vereinigten Staaten dabei zumessen." (17)

Die sogenannten Schurkenstaaten des Nahen Ostens stellen keine gefährliche Bedrohung für lebenswichtige US-Interessen dar, außer für die US-Verpflichtung Israel gegenüber. Obwohl die Vereinigten Staaten einige Zerwürfnisse mit diesen Regimen haben, wäre Washington nicht annähernd so besorgt über den Iran, den Irak der Baath-Partei oder Syrien, wäre es nicht fest an Israel gebunden. Selbst wenn diese Staaten Kernwaffen erwerben - was offensichtlich nicht wünschenswert ist - wäre das doch kein strategisches Desaster für die Vereinigten Staaten. Weder Amerika noch Israel könnten durch einen mit Kernwaffen bestückten Schurken erpreßt werden, weil der Erpresser seine Drohung nicht wahr machen könnte, ohne einen unausweichlichen Vergeltungsschlag hinnehmen zu müssen. Die Gefahr eines "nuclear handoff", die Weitergabe von Kernwaffen an Terroristen, ist ebenso abwegig, weil der Schurkenstaat nicht sicher sein könnte, daß die Weitergabe unentdeckt bliebe, oder daß er nicht dafür

angeklagt oder bestraft würde.

Überdies macht die US-Beziehung zu Israel den Umgang mit diesen Staaten schwieriger. Israels Kernwaffenarsenal ist ein Grund dafür, daß einige seiner Nachbarn Kernwaffen anstreben, und die Bedrohung dieser Staaten durch einen Regimewechsel vergrößert dieses Bestreben. Israel ist auch kein großer Gewinn, wenn die Vereinigten Staaten über Gewaltanwendung gegen diese Staaten nachdenken, weil es am Kampf nicht teilnehmen kann.

Kurz gesagt, die Behandlung Israels als Amerikas wichtigsten Verbündeten im Kampf gegen den Terror und verschiedene Diktaturen im Nahen Osten übertreibt in beiden Fällen Israels Fähigkeit zur Hilfe in beiden Fällen und sie ignoriert die Wege, auf denen die Politik Israels die US-Anstrengungen erschwert.

Unangeforderte Unterstützung für Israel schwächt auch die US-Stellung außerhalb des Nahen Ostens. Ausländische Eliten betrachten die Vereinigten Staaten logischerweise als zu israellastig und beurteilen ihre Toleranz gegenüber der israelischen Unterdrückung in den besetzten Gebieten als moralisch verwerflich und als Handicap im Krieg gegen den Terror. (18) Im April 2004 z.B. sandten 52 ehemalige britische Diplomaten Premierminister Tony Blair einen Brief des Inhalts, daß der israelisch-palästinensische Konflikt "die Beziehungen zwischen dem Westen und der arabischen und islamischen Welt vergiftet" habe und warnten, daß die Politik von Bush und Premierminister Ariel Sharon "einseitig und illegal" sei. (19)

Ein letzter Grund, Israels strategischen Wert in Frage zu stellen, ist, daß es nicht als loyaler Verbündeter handelt. Israelische Offizielle ignorieren häufig Bitten der USA und halten sich nicht an Versprechen, die sie Spitzenvertretern der USA gegeben haben (einschließlich vergangener Zusicherungen, den Siedlungsausbau zu beenden und von "gezielten Tötungen" palästinensischer Führer abzulassen) (20) Zudem hat Israel sensible US-Militärtechnik an potentielle US-Gegner wie China weitergegeben, was der Generalinspektor des US-Außenministeriums "einen systematischen und ausufernden Plan für unauthorisierten Transfer" nannte. (21) Laut dem U.S. General Accounting Office betreibt Israel auch "die aggressivsten Spionageoperationen aller Verbündeten gegen die USA" (22) Zusätzlich zum Fall Jonathan Pollard, der in den frühen Achtzigern Israel große Mengen Geheimmaterials übergab (welches Israel angeblich an die Sowjetunion weitergab, um mehr Ausreisevisa für sowjetische Juden zu erhalten) brach 2004 eine neue Kontroverse aus, als enthüllt wurde, daß eine Schlüsselfigur des Pentagon (Larry Franklin) Geheimmaterial an einen israelischen Diplomaten weitergegeben hatte, angeblich unterstützt durch zwei AIPAC-Vertreter. (23) Israel ist wohl kaum das einzige Land, das die Vereinigten Staaten ausspioniert, aber seine Bereitschaft, seinen Hauptgönner auszuspionieren, läßt weiteren Zweifel an seinem strategischen Wert aufkommen.

### **EIN FALL VON SCHWINDENDER MORAL**

Außer seinem angeblichen strategischen Wert behaupten die Hintermänner Israels außerdem, daß ihm die uneingeschränkte Unterstützung der Vereinigten Staaten zustehe, weil 1) es schwach und von Feinden umgeben sei, 2) es eine Demokratie sei, was eine moralisch vorzuziehende Regierungsform sei, 3) das jüdische Volk in der Vergangenheit unter Verbrechen zu leiden gehabt habe und deshalb eine besondere Behandlung verdiene, und 4) das israelische Verhalten moralisch dem seiner Gegner überlegen gewesen sei.

Bei näherer Betrachtung jedoch ist keines dieser Argumente überzeugend. Es gibt einen starken moralischen Grund für die Stützung der Existenz Israels, aber diese ist nicht in Gefahr. Objektiv gesehen bietet Israels Verhalten in Vergangenheit und Gegenwart keinen Grund für seine Bevorzugung gegenüber den Palästinensern.

#### **Rückendeckung für den Schwächeren?**

Israel wird oft als schwach und belagert dargestellt, ein jüdischer David umgeben von einem feindlichen arabischen Goliath. Diese Darstellung wurde von israelischen Führern und gleichgesinnten Schreibern sorgfältig gepflegt, aber das Gegenteil kommt der Wahrheit näher. Entgegen dem Volksglauben hatten die Zionisten im Unabhängigkeitskrieg 1947-49 größere, besser ausgerüstete und geführte Truppen und die israelische Armee (IDF) errang schnelle und leichte Siege gegen Ägypten 1956 und gegen Ägypten, Jordanien und Syrien 1967 - bevor großzügige US-Hilfe nach Israel floß. (24) Diese Siege liefern den beredten Beweis für israelischen Patriotismus, organisatorische Fähigkeiten und militärische Tüchtigkeit, aber sie decken ebenso auf, daß Israel weit entfernt von Hilflosigkeit war, selbst in seinen frühesten Jahren.

Heute ist Israel die stärkste Militärmacht im Nahen Osten. Seine konventionellen Streitkräfte sind denen

seiner Nachbarn weit überlegen und es ist der einzige Staat der Region mit Kernwaffen. Ägypten und Jordanien haben Friedensverträge mit Israel geschlossen und Saudi-Arabien hat dies ebenfalls angeboten. Syrien hat seinen sowjetischen Schutzherren verloren, der Irak wurde durch drei verheerende Kriege geschwächt und der Iran ist hunderte von Meilen entfernt. Die Palästinenser verfügen kaum über eine wirkungsvolle Polizei, geschweige denn über Militär, das Israel bedrohen könnte. Laut einer Einschätzung des berühmten Jaffee Center für Strategische Studien an der Universität Tel Aviv von 2005 "begünstigt die strategische Bilanz eindeutig Israel, das den qualitativen Abstand zwischen der eigenen militärischen Fähigkeiten und Abschreckungskraft und derjenigen seiner Nachbarn weiter vergrößerte." (25) Wenn Rückendeckung für den Schwächeren ein zwingender Grund wäre, würden die Vereinigten Staaten Israels Gegner unterstützen.

### **Hilfe für eine befreundete Demokratie?**

Amerikas Rückendeckung wird oft mit der Behauptung gerechtfertigt, Israel sei ebenfalls eine Demokratie, umgeben von feindseligen Diktaturen. Diese Begründung klingt überzeugend, kann aber nicht verantwortlich sein für das derzeitige Maß an US-Unterstützung. Immerhin gibt es viele Demokratien weltweit, aber keine erfährt eine so großzügige Unterstützung wie Israel. Die Vereinigten Staaten haben Demokratien gestürzt und Diktatoren unterstützt, wenn es als Vorteil für die US-Interessen erachtet wurde, und sie unterhalten auch heute gute Beziehungen zu einer Reihe von Diktaturen. Somit ist das Vorhandensein von Demokratie weder eine Rechtfertigung noch eine Erklärung für die amerikanische Unterstützung Israels.

Die Begründung "gemeinsame demokratische Überzeugungen" wird ebenso geschwächt durch Gesichtspunkte der israelischen Demokratie, die mit amerikanischen Grundwerten unvereinbar sind. Die Vereinigten Staaten sind eine großzügige Demokratie, in der Menschen unabhängig von Rasse, Religion oder Volkszugehörigkeit als gleichberechtigt angesehen werden. Im Gegensatz dazu wurde Israel ausdrücklich als jüdischer Staat gegründet und die Staatszugehörigkeit basiert auf dem Prinzip der Blutsverwandtschaft. (26) Bei dieser Vorstellung von Staatsangehörigkeit ist es nicht überraschend, daß die 1,3 Millionen Araber Israels als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, und daß kürzlich eine israelische Regierungskommission feststellte, daß Israel sich ihnen gegenüber in einer "vernachlässigenden und diskriminierenden" Art verhalte. (27)

Ähnlich verhält es sich damit, daß Israel Palästinensern, die israelische Staatsbürger heiraten, nicht erlaubt ebenfalls Staatsbürger zu werden und diesen Ehegatten das Aufenthaltsrecht in Israel verweigert. Die israelische Menschenrechtsorganisation *B'tselem* nannte diese Beschränkung "ein rassistisches Gesetz, das nach Rassenkriterien entscheidet, wer hier leben darf" (28) Solche Gesetze mögen angesichts der Gründungsprinzipien Israels verständlich sein, sind aber nicht vereinbar mit Amerikas Bild von Demokratie.

Israels Status als Demokratie wird auch unterminiert durch seine Weigerung, den Palästinensern einen eigenen lebensfähigen Staat zuzugestehen. Israel kontrolliert das Leben von 3,8 Millionen Palästinensern in Gaza und dem Westjordanland, während es Land kolonisiert, auf dem schon lange Palästinenser leben. Formal gesehen ist Israel demokratisch, aber den Millionen Palästinensern, die es kontrolliert, werden volle politische Rechte vorenthalten und das Argument "geteilte Demokratie" dadurch entsprechend geschwächt.

### **Entschädigung für ehemalige Verbrechen**

Eine dritte moralische Rechtfertigung ist die Geschichte vom jüdischen Leid im christlichen Westen, besonders die tragische Episode des Holocaust. Weil Juden jahrhundertlang verfolgt wurden und nur in einem jüdischen Vaterland sicher sein können, glauben viele, daß Israel eine besondere Behandlung durch die Vereinigten Staaten verdiene.

Zweifelsohne haben die Juden sehr unter dem verabscheuungswürdigen Vermächtnis des Antisemitismus gelitten und die Gründung Israels war eine angemessene Antwort auf eine lange Geschichte von Verbrechen. Diese Geschichte stellt, wie bemerkt, einen starken moralischen Grund für die Unterstützung des Existenzrechts Israels dar. Aber die Gründung Israels schließt weitere Verbrechen an einer dritten, weitgehend unschuldigen Partei ein: den Palästinensern.

Die Geschichte dieser Ereignisse ist wohlbekannt. Als der politische Zionismus im späten 19. Jahrhundert ernstlich begann, gab es in Palästina nur rund 15.000 Juden. (29) 1893 z.B. bestand die Bevölkerung zu rund 95 Prozent aus Arabern, und obwohl sie unter osmanischer Herrschaft standen, waren sie für 1300 Jahre ununterbrochene Eigentümer des Landes (30) Selbst als Israel gegründet wurde, stellten Juden nur

35 Prozent der Bevölkerung Palästinas und sie besaßen 7 Prozent des Landes. (31)

Die tonangebende zionistische Führerschaft war an der Errichtung eines binationalen Staates nicht interessiert und nicht gewillt, eine dauerhafte Abtrennung von Palästina zu akzeptieren. Die zionistische Führerschaft war zeitweilig bereit, eine Abtrennung als ersten Schritt zu akzeptieren, aber dies war nur ein taktisches Manöver und nicht ihr wirkliches Ziel. David Ben-Gurion stellte es in den späten dreißiger Jahren so dar: "Nach der Aufstellung einer großen Armee im Kielwasser der Errichtung des Staates werden wir die Abtrennung aufgeben und uns auf ganz Palästina ausbreiten." (32)

Um dieses Ziel zu erreichen, mußten die Zionisten eine Vielzahl von Arabern aus dem Territorium vertreiben, das schließlich zu Israel werden würde. Zur Erreichung ihres Zieles gab es einfach keinen anderen Weg. Ben-Gurion sah das Problem deutlich, als er 1941 schrieb: "Es ist unmöglich, sich eine allgemeine Evakuierung (der arabischen Bevölkerung) vorzustellen ohne Zwang, und zwar ohne brutalen Zwang." (33) Oder wie der israelische Historiker Benny Morris es darstellte: "Die Idee eines Transfers ist so alt wie der moderne Zionismus und begleitet seine Entwicklung und Vorgehen während des letzten Jahrhunderts." (34)

Diese Gelegenheit kam 1947-48, als die jüdischen Truppen bis zu 700.000 Palästinenser ins Exil trieben. (35) Israelische Offizielle haben lange behauptet, die Araber seien geflohen, weil ihnen ihre Führer es sagten, aber sorgfältige Forschungen (Großteils durch israelische Historiker wie Morris) haben diesen Mythos zerstört. In Wahrheit haben die meisten arabischen Führer die palästinensische Bevölkerung gedrängt, daheim zu bleiben, aber die Furcht vor einem gewaltsamen Tod durch die Hand der zionistischen Truppen trieb die meisten von ihnen zur Flucht. (36) Nach dem Krieg verbot Israel die Rückkehr der palästinensischen Exilanten. Die Tatsache, daß die Errichtung Israels ein moralisch verwerfliches Verbrechen an den Palästinensern zur Folge hatte, war den israelischen Führern wohl bewußt. Ben-Gurion sagte Nahum Goldman, dem Präsidenten des World Jewish Congress: "Wenn ich ein arabischer Führer wäre, würde ich niemals mit Israel verhandeln. Das ist natürlich: Wir haben ihr Land genommen... Wir kommen aus Israel, aber das ist zweitausend Jahre her. Und was bedeutet das für sie? Es gab Antisemitismus, die Nazis, Hitler, Auschwitz. Aber war das ihre Schuld? Sie sehen nur eines: wir sind hierher gekommen und haben ihr Land gestohlen. Warum sollten sie das akzeptieren?" (37)

Seit damals haben israelische Führer immer danach getrachtet, nationale Ambitionen der Palästinenser zu leugnen. (38) Premierministerin Golda Meir tat den berühmten Spruch "Da gab es kein solches Ding wie einen Palästinenser", und sogar Premierminister Yitzhak Rabin, der die Osloabkommen von 1993 unterzeichnete, wandte sich nichtsdestoweniger gegen die Schaffung eines richtiggehenden Palästinenserstaates. (38) Druck durch extremistische Gewalt und die wachsende palästinensische Bevölkerung hat nachfolgende israelische Führer dazu gezwungen, einige der besetzten Gebiete zu räumen und territoriale Kompromisse zu suchen, aber keine israelische Regierung war bereit, den Palästinensern einen lebensfähigen Staat anzubieten. Sogar Premierminister Ehud Baraks angeblich großzügiges Angebot von Camp David im Juli 2000 hätte den Palästinensern nur ein entwaffnetes und zersplittertes "Bantustan" unter de facto israelischer Kontrolle zugestanden. (40)

Die europäischen Verbrechen an den Juden stellen eine klare moralische Rechtfertigung des Existenzrechts Israels dar. Aber das Überleben Israels steht außer Frage - selbst wenn einige islamische Extremisten unverschämte und unrealistische Bemerkungen machen, "es von der Landkarte zu radieren" - und die tragische Geschichte des jüdischen Volkes verpflichtet die Vereinigten Staaten nicht dazu, Israel zu helfen, ohne Rücksicht darauf, was es heute tut.

### **"Tugendhafte Israelis" gegen "böse Araber"**

Das letzte Argument stellt Israel als ein Land dar, das Frieden suchte unter allen Umständen und große Selbstbeherrschung zeigte, selbst, wenn es provoziert wurde. Den Arabern wird im Gegensatz dazu nachgesagt, sie hätten mit großer Bösartigkeit gehandelt. Diese Geschichte - die von israelischen Führern und ihren amerikanischen Verteidigern wie Alan Dershowitz endlos wiederholt wird - ist jedoch ein weiterer Mythos. (41) In Bezug auf sein tatsächliches Verhalten ist das Verhalten Israels moralisch nicht von dem seiner Gegner zu unterscheiden. Israelische Forscher weisen nach, daß die frühen Zionisten weit von wohlwollendem Verhalten gegenüber den palästinensischen Arabern entfernt waren. (42) Die arabischen Einwohner leisteten den Übergriffen der Zionisten Widerstand, was kaum überraschend ist, bedenkt man, daß die Zionisten ihren eigenen Staat auf arabischem Land errichten wollten. Die Zionisten antworteten heftig und keine der beiden Seiten kann in jener Zeit die moralische Überlegenheit für sich beanspruchen. Die gleichen Forscher enthüllen auch, daß die Errichtung Israels 1947-48 ausdrücklich Fälle von ethnischen Säuberungen bedeutete, einschließlich Exekutionen, Massakern und Vergewaltigungen durch

Juden. (43)

Überdies war Israels weiteres Verhalten gegen seine arabischen Widersacher und palästinensischen Unterworfenen oft brutal, was jeden Anspruch auf ein moralisch überlegeneres Verhalten widerlegt. Zwischen 1949 und 1956 z.B. töteten israelische Sicherheitskräfte zwischen 2.700 und 5.000 Araber, die über die grüne Grenze ins Land kamen, die meisten von ihnen waren unbewaffnet. (44) Die IDF unternahm in den frühen fünfziger Jahren zahlreiche Überfälle auf seine Nachbarn jenseits der Grenzen, und obwohl diese Aktionen als Verteidigungsantwort dargestellt wurden, waren sie eigentlich Teil eines Plans zur Ausdehnung der israelischen Grenzen. Der Ehrgeiz israelischer Expansionisten führte 1956 auch zur Unterstützung des britisch-französischen Angriffs auf Ägypten und Israel zog sich aus den besetzten Gebieten erst auf massiven Druck der USA zurück. (45)

Die IDF ermordeten auch in den beiden Kriegen von 1956 und 1967 hunderte ägyptischer Kriegsgefangener. (46) 1967 wies es zwischen 100.000 und 260.000 Palästinenser aus dem frisch eroberten Westjordanland aus und vertrieb 80.000 Syrer von den Golanhöhen. (47) Außerdem waren sie Mittäter an dem Massaker an 700 unschuldigen Palästinensern in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila, das der Invasion des Libanon von 1982 folgte, und eine israelische Untersuchungskommission befand den damaligen Verteidigungsminister Sharon "persönlich verantwortlich" für diese Greuel. (48)

Israelische Besatzer haben in zahlreichen Fällen palästinensische Gefangene systematisch gefoltert, palästinensische Zivilisten erniedrigt und belästigt und in zahlreichen Fällen blindlings Gewalt angewendet. Während der Ersten Intifada 1987-91 z.B. verteilten die IDF Schlagstöcke an ihre Truppen und forderten sie auf, die Knochen der palästinensischen Demonstranten zu zerschlagen. Die schwedische Organisation "Save the Children" schätzte, daß "während der ersten beiden Jahre der Intifada zwischen 23.600 und 29.900 Kinder ihre Schlagverletzungen medizinisch behandeln lassen mußten", wobei nahezu ein Drittel Knochenbrüche erlitten hatte. "Fast ein Drittel der zusammengeschlagenen Kinder war höchstens zehn Jahre alt." (49)

Die israelische Antwort auf die Zweite Intifada 2000-2005 war sogar noch gewalttätiger, was *Ha'aretz* zu der Erklärung veranlaßte, daß "die IDF... sich in einen Tötungsapparat verwandeln, dessen Effizienz ein-drucksvoll, aber auch schockierend sei" (50) Die IDF verfeuerten in den ersten Tagen des Aufstands eine Million Kugeln, was weit entfernt von einer angemessenen Antwort ist. (51) Israel hat für jeden Verlust an israelischem Leben 3,4 Palästinenser ermordet, die meisten davon unschuldige Zuschauer, das Verhältnis getöteter palästinensischer zu israelischen Kindern ist sogar noch höher: 5,7 zu 1. (52) Israelische Truppen haben auch mehrere ausländische Friedensaktivisten ermordet, darunter eine 23jährige Amerikanerin, die im März 2003 mit einem Bulldozer zermalmt wurde. (53)

Diese Tatsachen über israelisches Vorgehen wurden von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen - darunter namhafte israelische Gruppen - umfassend dokumentiert und werden von objektiven Beobachtern nicht bestritten. Aus diesem Grund verurteilten im November 2003 vier ehemalige Angehörige von Shin Bet (der israelischen Heimatschutzorganisation) Israels Vorgehen während der Zweiten Intifada. Einer von ihnen erklärte: "Wir benehmen uns schändlich" und ein anderer beurteilte das israelische Vorgehen als "offenkundig sittenwidrig" (54)

Aber ist Israel nicht dazu berechtigt, seine Bürger um jeden Preis zu schützen? Rechtfertigt nicht das einzigartige Übel des Terrorismus die US-Unterstützung, selbst wenn Israel oft überhart antwortet?

Auch dieses Argument liefert in Wahrheit keine zwingende moralische Rechtfertigung. Die Palästinenser haben Terrorismus gegen ihre israelischen Besatzer benutzt und ihre Bereitschaft zum Angriff auf unschuldige Zivilisten ist falsch. Dieses Verhalten ist jedoch nicht überraschend, weil die Palästinenser glauben, sie hätten keine andere Möglichkeit, Israel zu Zugeständnissen zu bewegen. Wie der frühere israelische Premierminister Barak einmal eingestand, daß er "einer Terrororganisation beigetreten wäre" (55), wenn er als Palästinenser geboren worden wäre.

Schließlich sollten wir nicht vergessen, daß die Zionisten Terror angewendet haben, als sie sich in einer ähnlich schwachen Lage befanden und versuchten, sich ihren eigenen Staat zu verschaffen. Zwischen 1944 und 1947 verübten mehrere zionistische Organisationen terroristische Bombenanschläge, um die Briten aus Palästina zu vertreiben, und nahmen dabei den Tod vieler unschuldiger Zivilisten billigend in Kauf. (56) Israelische Terroristen ermordeten 1948 auch den UN-Vermittler Graf Folke Bernadotte, weil sie gegen seinen Vorschlag zur Internationalisierung Jerusalems waren. (57) Auch waren die Täter keine isolierten Extremisten: Den Führern des Mordkomplotts wurde schließlich von der israelischen Regierung Amnestie gewährt und einer von ihnen wurde sogar in die Knesset gewählt. Ein weiterer Terroristenführer, der den Mordanschlag genehmigt hatte, aber nicht darin verwickelt war, war der

spätere Premierminister Yitzhak Shamir. In der Tat argumentiert Shamir offen, daß "weder jüdische Ethik noch jüdische Tradition den Terrorismus als Mittel des Kampfes ausschließen könnten". Vielmehr spielte der Terrorismus "eine große Rolle... in unserem Krieg gegen die Besatzer (die Briten)" (58) Wenn die palästinensische Anwendung von Terrormethoden heute moralisch verwerflich ist, so war es auch das israelische Verhältnis dazu in der Vergangenheit; daher kann man die US-Unterstützung für Israel nicht dadurch rechtfertigen, daß sein Verhalten in der Vergangenheit moralisch überlegen gewesen sei. (59) Israel mag nicht schlechter gehandelt haben als viele andere Länder, aber es hat klar erkennbar auch nicht einen Deut besser gehandelt. Und wenn weder strategische noch moralische Gründe die Unterstützung Amerikas für Israel erklären können, wie sollen wir sie uns sonst erklären?

### **DIE ISRAEL-LOBBY**

Die Erklärung liegt in der unvergleichlichen Macht der Israel-Lobby. Wäre es der Lobby nicht gelungen, das politische System Amerikas zu manipulieren, wäre das Verhältnis zwischen Israel und den Vereinigten Staaten weitaus weniger innig, als es sich heute darbietet.

#### **Was ist die Lobby?**

Wir verwenden "die Lobby" als bequeme Kurzbezeichnung für den losen Zusammenschluß von Einzelpersonen und Organisationen, die aktiv daran arbeiten, der US-Außenpolitik eine pro-israelische Richtung zu geben. Die Verwendung des Begriffs durch uns soll nicht unterstellen, daß "die Lobby" eine einheitliche Bewegung mit einer zentralen Führung sei oder daß zugehörige Einzelpersonen nicht in einigen Kernpunkten anderer Auffassung wären

Der Kern der Lobby besteht aus amerikanischen Juden, die in ihrem Alltagsleben bedeutende Anstrengungen unternehmen, die US-Außenpolitik so zu verbiegen, daß sie israelische Interessen fördert. Ihre Aktivitäten gehen über die bloße Stimmabgabe für pro-israelische Bewerber hinaus und umfassen das Schreiben von Briefen, finanzielle Zuwendungen und die Unterstützung von pro-israelischen Organisationen. Aber nicht alle jüdischen Amerikaner sind Teil der Lobby, weil Israel für viele von ihnen kein besonderes Problem darstellt. In einer Umfrage von 2004 z.B. gaben rund 36 Prozent der jüdischen Amerikaner an, sie wären "nicht sehr" oder "überhaupt nicht" emotional mit Israel verbunden. (60)

Die jüdischen Amerikaner stehen auch unterschiedlich zu bestimmten Aspekten israelischer Politik. Viele der Schlüsselorganisationen der Lobby, wie AIPAC und die Konferenz der Präsidenten der jüdischen Hauptorganisationen (CPMJO) werden von Hardlinern geleitet, die in der Regel die expansionistische Politik der israelischen Likud-Partei unterstützten, einschließlich deren feindselige Haltung zum Osloer Friedensprozeß. Der Großteil der US-Juden neigt andererseits dazu, den Palästinensern Zugeständnisse zu machen und ein paar Gruppen - wie die *Jewish Voice for Peace* (= Jüdische Stimme für Frieden) - verfechten vehement dahingehende Schritte. (61) Trotz dieser Unterschiede vertreten beide, sowohl Hardliner als auch Gemäßigte, unerschütterlich die US-Unterstützung für Israel.

Es ist nicht überraschend, daß sich die Führer der amerikanischen Juden oft mit israelischen Offiziellen beraten, so daß die Erstgenannten ihren Einfluß auf die Vereinigten Staaten maximieren können. Wie es ein Aktivist einer größeren Judenorganisation schrieb: "Es ist für uns der Normalfall zu sagen: 'Das ist unser Standpunkt zu einer gewissen Frage, aber wir müssen überprüfen, wie die Israelis darüber denken.' Wir als Gemeinschaft tun das die ganze Zeit." (62) Es gibt außerdem eine strikte Richtlinie, die Kritik an israelischer Politik verbietet; und die Führer der amerikanischen Juden unterstützen nur selten die Ausübung von Druck auf Israel. Daher wurde Edgar Bronfman senior, Präsident des World Jewish Congress, der "Perfidie" bezichtigt, als er Mitte 2003 Präsident Bush einen Brief schrieb, in dem er ihn drängte, Druck auf Israel auszuüben, den Bau seines umstrittenen "Sicherheitszaunes" zu bremsen. (63) Kritiker erklärten, daß "es für den Präsidenten des World Jewish Congress immer widerlich wäre, Einfluß auf den US-Präsidenten zu nehmen, um sich einer Politik zu widersetzen, die von der israelischen Regierung unterstützt wird."

Ähnliches geschah, als der Präsident des Israel Policy Forum (= Forum für Israelpolitik) Seymour Reich Außenministerin Condoleezza Rice anwies, Druck auf Israel auszuüben, damit ein kritischer Grenzübergang im Gazastreifen im November 2005 wieder geöffnet würde; Kritiker denunzierten seine Aktion als "unverantwortliches Verhalten" und erklärten: "Im jüdischen Mainstream gibt es absolut keinen Raum, um aktiv gegen israelische Sicherheitspolitik... Propaganda zu machen." (64) Durch diese Attacken zurückgeschreckt gab Reich bekannt, daß "das Wort Druck nicht in meinem Wortschatz vorkommt, wenn es gegen Israel gerichtet ist."

Die amerikanischen Juden haben eine beeindruckende Reihe von Organisationen gebildet, um amerikani-

sche Außenpolitik zu beeinflussen, wobei die bekannte AIPAC die mächtigste ist. 1997 bat das Magazin *Fortune* Kongreßmitglieder und deren Stäbe, die mächtigsten Lobbies in Washington aufzulisten. (65) AIPAC wurde auf Rang zwei hinter der American Association of Retired People (AARP = Amerikanische Rentnervereinigung) eingestuft, aber noch vor schwergewichtigen Lobbies wie der AFL (American Federation of Labour = Amerikanischer Gewerkschaftsbund), CIO (Congress of Industrial Organisations = Industrieverband) und der National Rifle Association (Waffenbesitzer und -hersteller). Eine Studie des *National Journal* vom März 2005 kam zu einem ähnlichen Ergebnis, als es AIPAC auf dem zweiten Rang (knapp hinter AARP) auf Washingtons "Muskel-Rangliste" (66) plazierte.

Der Lobby gehören auch einige prominente Vertreter der evangelikalen Christen an, wie Gary Bauer, Jerry Falwell, Ralph Reed und Pat Robertson ebenso wie Dick Armey und Tom DeLay, ehemalige Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus. Sie glauben, Israels Wiedergeburt sei ein Teil der biblischen Prophezeiung, unterstützen seine expansionistischen Pläne und denken, die Ausübung von Druck auf Israel liefe Gottes Willen zuwider. (67) Zu den Mitgliedern der Lobby gehören auch neokonservative Nichtjuden wie John Bolton, der ehemalige Redakteur des Wall Street Journal Robert Bartley, der frühere Bildungsminister William Bennett, die frühere UN-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick und der Kolumnist George Will.

### Quellen der Macht

Die Vereinigten Staaten haben eine in sich gesplante Regierung, die viele Möglichkeiten bietet, den politischen Entscheidungsprozeß zu beeinflussen. Dadurch können Interessengruppen auf verschiedenste Art und Weise Politik formen - durch Einflußnahme auf gewählte Vertreter der Exekutive, durch Wahlkampfspenden, durch Stimmenabgabe bei Wahlen, durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung usw.

Zudem genießen besondere Interessengruppen überproportionale Macht, wenn sie auf einen eigenen Standpunkt festgelegt sind und der Großteil der Bevölkerung gleichgültig ist. Die Politikmacher werden dazu neigen, diejenigen zufriedenzustellen, die sich um den in Frage stehenden Streitpunkt kümmern, auch wenn sie nur gering an Zahl sind, im Vertrauen darauf, daß der Rest der Bevölkerung sie nicht benachteiligen wird.

Die Macht der Israel-Lobby entspringt ihrer unerreichten Fähigkeit im Spiel mit der Politik von Interessengruppen. Im Grunde unterscheiden sich ihre Operationen durch nichts von denen von Interessengruppen wie der Farmerlobby, Stahl- oder Textilarbeitern und anderen ethnischen Lobbies. Was die Israel-Lobby von ihnen unterscheidet, ist ihre außerordentliche Wirksamkeit. Aber es ist nichts mißbräuchliches daran, wenn amerikanische Juden und ihre christlichen Verbündeten versuchen, die US-Politik im Sinne Israels zu beeinflussen. Die Aktivitäten der Lobby sind nicht die Art Verschwörung, wie sie in antisemitischen Traktaten wie den "Protokollen der Weisen von Zion" dargestellt wird. Im großen und ganzen tun die Einzelpersonen und Gruppen in der Lobby nichts anderes als die anderen besonderen Interessengruppen, nur eben viel besser. Zudem sind pro-arabische Interessengruppen schwach bis nicht vorhanden, was die Aufgabe der Lobby erleichtert. (68)

### Erfolgsstrategien

Die Lobby verfolgt zwei Hauptstrategien, um US-Unterstützung für Israel zu befördern. Zum einen übt sie bedeutenden Einfluß in Washington aus, indem sie sowohl den Kongreß als auch die Exekutive unter Druck setzt, Israel umfassend zu unterstützen. Was auch immer die eigenen Überzeugungen eines einzelnen Gesetzgebers oder Politikers sein mögen, die Lobby versucht, die Unterstützung für Israel zur "klugen" politischen Wahl zu machen.

Zweitens bemüht sich die Lobby darum, daß die öffentliche Diskussion Israel in einem günstigem Licht darstellt, indem Mythen über Israel und seine Gründung wiederholt werden und indem Israels Standpunkt in den Debatten der Tagespolitik veröffentlicht wird. Das Ziel ist es, zu verhindern, daß kritischen Bemerkungen über Israel auf faire Weise Gehör in der politischen Arena finden. Die Kontrolle über die Debatte ist unentbehrlich, um US-Unterstützung zu garantieren, weil eine ehrliche Diskussion über die Beziehungen USA-Israel die Amerikaner dazu bewegen könnte, eine andere Politik vorzuziehen.

### Beeinflussung des Kongresses

Ein Hauptpfeiler der Wirksamkeit der Lobby ist ihr Einfluß im Kongreß, wo Israel gegenüber Kritik im Grunde immun ist. Dies ist an sich schon eine bemerkenswerte Lage, da der Kongreß fast nie vor einem strittigen Punkt zurückschreckt. Ob es sich um die Punkte Abtreibung, Aktion gegen die Diskriminierung

## DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK

von Minderheitsgruppen, Gesundheitsfürsorge oder Wohlfahrt handelt; man kann sicher sein, daß es auf dem Kapitolshügel eine lebhafte Debatte geben wird. Wenn allerdings Israel betroffen ist, verfallen die politischen Kritiker in Schweigen und es findet überhaupt keine Debatte statt.

Ein Grund für den Erfolg der Lobby im Kongreß ist der, daß einige der Schlüsselmitglieder christliche Zionisten sind wie Dick Arme, der im September 2002 sagte: "Meine Priorität Nr. 1 in der Außenpolitik ist der Schutz Israels" (69) Man sollte denken, daß die Priorität Nr. 1 für jeden Kongreßabgeordneten der "Schutz Amerikas" wäre, aber das war es nicht, was Arme sagte. Es gibt auch jüdische Senatoren und Kongreßabgeordnete, die daran arbeiten, die US-Außenpolitik zur Unterstützerin israelischer Interessen zu machen.

Pro-israelisch eingestellte Stabsmitglieder des Kongresses sind eine weitere Machtquelle der Lobby. So gab Morris Amitay, ehemaliger Kopf von AIPAC, einmal zu: "Es gibt viele Typen, die daran arbeiten, es hier herauf zu schaffen (auf den Kapitolshügel)... die zufällig Juden sind, die willens sind... gewisse Punkte unter dem Blickwinkel ihres Judentums zu betrachten... Das sind alles Typen, die in der Lage sind, die Entscheidung in diesen Punkten für ihre Senatoren zu treffen... Man bekommt auf Stabebene schon schrecklich viel geregelt." (70)

Es ist jedoch AIPAC selbst, das den Kern des Lobbyeinflusses im Kongreß bildet. Der Erfolg von AIPAC ist seiner Fähigkeit geschuldet, Gesetzgeber und Kongreßbewerber zu belohnen, wenn sie ihre Pläne unterstützen, oder zu bestrafen, wenn sie sie herausfordern. Geld ist bei US-Wahlen kritisch (woran uns der jüngste Skandal um die verschiedenen Schattengeschäfte des Lobbyisten Jack Abramoff gemahnt) und AIPAC stellt sicher, daß seine Freunde starke finanzielle Unterstützung durch die Myriaden von pro-israelischen politischen Aktionskomitees erhalten. Diejenigen, die als israelfeindlich betrachtet werden, können im Gegensatz dazu sicher sein, daß AIPAC direkte Wahlkampfhilfe für ihre politischen Gegner propagieren wird. AIPAC organisiert außerdem Brief-Kampagnen und fordert Zeitungsredakteure auf, pro-israelische Kandidaten zu unterstützen.

Es gibt keinerlei Zweifel an der Wirksamkeit dieser Taktiken. Um nur ein Beispiel herauszunehmen, half AIPAC 1984 mit, Senator Charles Percy aus Illinois eine Niederlage beizubringen, der, laut einem prominenten Lobbymitglied, "zu geringe Empfänglichkeit und sogar Feindseligkeit gegenüber unserer Sicht an den Tag legte." Thomas Dine, der damalige Kopf von AIPAC, erklärte, was passierte: "Alle Juden in Amerika, von Küste zu Küste, sammelten sich, um Percy zu verdrängen. Und die amerikanischen Politiker - diejenigen, die öffentliche Funktionen jetzt innehaben und diejenigen, die sich darum bewerben - verstanden die Botschaft." (71) AIPAC rühmt sich natürlich seines Rufs als furchtbarer Gegner, weil es jeden davon abhält, seine Pläne in Frage zu stellen.

Der Einfluß von AIPAC auf dem Kapitol geht allerdings sogar noch weiter. Laut Douglas Bloomfield, einem früheren Stabsmitglied von AIPAC, "ist es für Kongreßmitglieder und ihre Stäbe üblich, sich zuerst an AIPAC zu wenden, wenn sie eine Information brauchen, bevor sie sich an die Kongreßbibliothek, den Nachforschungsdienst des Kongresses, Ausschußmitglieder oder Verwaltungsfachleute wenden" (72) Wichtiger noch ist seine Bemerkung, daß AIPAC "oft dazu aufgefordert wird, Reden zu entwerfen, an Gesetzgebungsvorhaben mitzuarbeiten, taktische Ratschläge zu erteilen, Nachforschungen durchzuführen, Mitsponsoren zu sammeln und Abstimmungen zu beaufsichtigen."

Unter dem Strich bleibt, daß AIPAC, das de facto der Agent einer fremden Regierung ist, den US-Kongreß im Würgegriff hat. (73) Offene Debatten über die US-Politik gegenüber Israel kommen dort nicht auf, selbst wenn diese Politik wichtige Konsequenzen weltweit hat. Somit ist eines der drei Regierungsorgane der USA strikt zur Unterstützung Israels verpflichtet. Wie der frühere Senator Ernest Hollings (D[emokrat] - S[outh] C[arolina]) bemerkte, als er sein Amt niederlegte: "Du kannst hier keine andere Israelpolitik machen, als die, die AIPAC dir hier vorgibt." (74) Kein Wunder, daß der israelische Premierminister Ariel Sharon einmal amerikanischen Zuhörern sagte: "Wenn die Leute mich fragen, wie sie Israel helfen können, sage ich ihnen - Helft AIPAC!" (75)

### **Die Beeinflussung der Exekutive**

Die Lobby hat auch bedeutenden Einfluß auf die Exekutive. Diese Macht ist ein Ableger des Einflusses, den jüdische Wähler bei Präsidentschaftswahlen haben. Trotz ihres zahlenmäßig kleinen Anteils an der Bevölkerung (weniger als drei Prozent) geben sie große Wahlkampfspenden an die Bewerber beider Parteien. Die *Washington Post* hat einmal geschätzt, daß demokratische Präsidentschaftsbewerber "zu 60 Prozent von den Geldspenden jüdischer Unterstützer abhängig sind." (76) Überdies weisen jüdische Wähler eine hohe Beteiligungsquote auf und sind in Schlüsselstaaten wie Kalifornien, Florida, Illinois,

New York und Pennsylvania konzentriert. Weil sie bei engem Wahlausgang ausschlaggebend sind, gewinnen Präsidentschaftsbewerber großen Vorsprung, die sich nicht mit den jüdischen Wählern verfeinden.

Schlüsselorganisationen der Lobby zielen auch direkt auf die amtierende Regierung ab. Zum Beispiel stellen pro-israelische Kräfte sicher, daß Kritiker des jüdischen Staates keine wichtigen Posten in der Außenpolitik bekommen. Jimmy Carter wollte George Ball zu seinem ersten Außenminister machen, aber er wußte, daß Ball als israelkritisch wahrgenommen wurde und daß die Lobby sich seiner Ernennung widersetzen würde. (77) Dieser Lackmустest zwingt jeden aufstrebenden Politiker, ein offener Anhänger Israels zu werden; daher sind öffentliche Kritiker der israelischen Politik zu einer bedrohten Art in der Führungsschicht der US-Außenpolitik geworden.

Diese Beschränkungen funktionieren auch heute noch. Als 2004 Präsidentschaftsbewerber Howard Dean die Vereinigten Staaten aufforderte, im arabisch-israelischen Konflikt eine mehr "objektive Rolle" einzunehmen, beschuldigte ihn Senator Joseph Lieberman, Israel zu verschachern und meinte, seine Stellungnahme sei "unverantwortlich" (78). Praktisch alle führenden Demokraten des Parlaments unterzeichnenden einen aggressiven Brief an Dean, der seine Einlassungen kritisierte, und der *Chicago Jewish Star* berichtete: "anonyme Angreifer verstopfen ... die E-Mail-Boxen von Judenführern überall im Lande mit der Warnung - ohne viel Beweiskraft - daß Dean irgendwie schlecht für Israel sei" (79)

Die Sorge war allerdings absurd, weil Dean in der Tat in Bezug auf Israel die Haltung eines Falken einnimmt. (80) Sein stellvertretender Kampagneleiter war ein früherer AIPAC-Präsident und Dean sagte, seine eigenen Ansichten über den Nahen Osten spiegelten viel mehr die von AIPAC wider als die gemäßigeren der Americans for Peace Now. Dean hatte lediglich vorgeschlagen, daß Washington, "um die Seiten zusammenzubringen", als ehrlicher Makler fungieren solle. Dies ist wohl kaum eine radikale Idee, aber sie ist ein Greuel für die Lobby, welche den Begriff der Objektivität nicht duldet, wenn es sich um den arabisch-israelischen Konflikt handelt.

Den Zielen der Lobby wird auch gedient, wenn pro-israelische Einzelpersonen wichtige Positionen in der Exekutive erobern. Unter der Clinton-Regierung wurde beispielsweise die Nahostpolitik weitestgehend von Offiziellen mit starken Bindungen zu Israel oder prominenten pro-israelischen Organisationen bestimmt - darunter Martin Indyk, dem früheren stellvertretenden AIPAC-Direktor für Forschung und Mitbegründer des pro-israelischen Washington Institute for Near East Policy (WINEP = Washington-Institut für Nahostpolitik), Dennis Ross, der WINEP nach seinem Rückzug aus der Regierung 2001 beitrug und Aaron Miller, der in Israel lebte und dieses oft besucht. (81)

Diese Männer zählten zu Präsident Clintons engsten Beratern beim Gipfeltreffen von Camp David im Juli 2000. Obwohl alle drei den Friedensprozeß von Oslo unterstützten und die Gründung eines Palästinenserstaates favorisierten, taten sie das nur in für Israel annehmbarem Rahmen. (82) Besonders richtete sich die amerikanische Delegation nach dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak, stimmte Verhandlungspositionen im voraus ab und unterbreitete keine eigenen Vorschläge zur Beilegung des Konflikts. Es war nicht überraschend, daß sich die palästinensischen Verhandlungsführer beklagten, daß sie "mit zwei israelischen Mannschaften verhandelten - wobei die eine die israelische, die andere die amerikanische Flagge zeigte." (83)

In der Bush-Regierung ist die Situation sogar noch extremer; deren Mannschaft unter anderen die leidenschaftlich pro-israelisch eingestellten Elliot Abrams, John Bolton, Douglas Feith, I. Lewis ("Scooter") Libby, Richard Perle, Paul Wolfowitz und David Wurmser umfaßt. Wie wir noch sehen werden, drangen diese Vertreter unbeirrbar auf eine Politik, die von Israel bevorzugt wurde und Rückendeckung durch die in der Lobby vertretenen Organisationen erhielt.

### **Manipulation der Medien**

Zusätzlich zur direkten Einflußnahme auf die Regierungspolitik bemüht sich die Lobby darum, die öffentliche Meinung über Israel und den Nahen Osten zu bestimmen. Sie will keine offene Debatte über Israel betreffende Fragen, weil eine offene Debatte die Amerikaner dazu bringen könnte, den derzeitigen Unterstützungsgrad in Frage zu stellen. Demgemäß arbeiten pro-israelische Organisationen hart daran, die Medien, Denkfabriken und Akademien zu beeinflussen, weil diese Einrichtungen entscheidend sind für die Bestimmung der öffentlichen Meinung.

Die Sicht der Lobby auf Israel wird in den Mainstream-Medien breit wiedergespiegelt, zum großen Teil deshalb, weil die meisten amerikanischen Kommentatoren pro-israelisch eingestellt sind. Der Journalist Eric Alterman schreibt, die Debatte unter den Nahost-Experten ist "dominiert von Leuten, die sich nicht vorstellen können, Israel zu kritisieren" (84) Er listet 61 "Kolumnisten und Kommentatoren (auf), auf die

man zählen kann, wenn es darum geht, Israel reflexartig und ohne Einschränkung zu unterstützen." Umgekehrt fand Alterman gerade einmal fünf Experten, die beständig das israelische Verhalten kritisieren oder pro-arabische Positionen billigen. Zeitungen veröffentlichen ab und zu Gast-Editorials, welche die israelische Politik in Frage stellen, aber in der Endabrechnung wird klar die andere Seite favorisiert.

Diese pro-israelische Ausrichtung spiegelt sich in den Leitartikeln der größeren Zeitungen wider. Robert Bartley, der ehemalige Redakteur des *Wall Street Journal*, bemerkte einmal: "Shamir, Sharon, Bibi - was auch immer diese Typen wollen, geht für mich in Ordnung." (85) Es überrascht daher nicht, daß das *Journal*, gemeinsam mit anderen Zeitungen wie *The Chicago Sun-Times* und *The Washington Times* regelmäßig Leitartikel strikt pro-israelischen Inhalts herausgeben. Magazine wie *Commentary*, die *New Republic* und der *Weekly Standard* sind ebenso eifrig dabei, wenn es darum geht, Israel an jeder Ecke zu verteidigen.

Dieser Neigung der Redaktionen wird auch in Blättern wie der *New York Times* vorgefunden. Die *Times* kritisiert gelegentlich die israelische Politik und gesteht manchmal ein, daß die Palästinenser einen gerechten Zorn haben, aber sie ist nicht ausgewogen. Der frühere Chefredakteur der *Times* Max Frankel gestand beispielsweise in seinen Memoiren den Einfluß seiner eigenen pro-israelischen Einstellung auf seine freie Entscheidung als Redakteur ein. Mit seinen eigenen Worten: "Ich war Israel gegenüber viel devoter als ich einzugestehen wagte" Er fährt fort: "Bestärkt durch mein Wissen über Israel und meine Freundschaften dorthin schrieb ich selbst die meisten unserer Kommentare zum Nahen Osten. Wie mehr die arabischen als die jüdischen Leser erkannten, schrieb ich sie aus pro-israelischem Blickwinkel." (86)

Die Berichterstattung der Medien über Israel betreffende Ereignisse ist ein wenig ausgewogener als es die Kommentare der Redakteure sind, teilweise deshalb, weil die Reporter sich bemühen, objektiv zu sein, aber auch, weil es schwierig ist, über Ereignisse in den besetzten Gebieten zu berichten, ohne das tatsächliche Verhalten Israels zu berücksichtigen. Um ungünstige Berichterstattung über Israel zu entmutigen, organisiert die Lobby Briefkampagnen und Demonstrationen und boykottiert Nachrichtenbörsen, deren Inhalte sie als anti-israelisch einstuft. Ein CNN-Leitender hat gesagt, daß er manchmal 6.000 E-Mails an einem Tag erhält, die beklagen, daß eine Geschichte anti-israelisch sei. (87) Auf ähnliche Weise organisierte das pro-israelische *Committee for Accurate Middle East Reporting in America* (CAMERA = Komitee für akkurate Nahost-Berichterstattung in Amerika) im Mai 2003 Demonstrationen vor einheimischen Radiosendern in 33 Städten und es bemühte sich, Spender zu überzeugen, ihre Unterstützung für NPR zurückzuziehen, bis deren Nahost-Berichterstattung israelfreundlicher würde. (88) Der Bostoner NPR-Sender WBUR verlor angeblich durch diese Aktion über eine Million Dollar Einnahmen. Druck auf NPR kam ebenso von den Freunden Israels im Kongreß, die NPR zu einer internen Prüfung aufforderten und zu mehr Beaufsichtigung ihrer Nahost-Berichterstattung.

Diese Faktoren helfen bei der Erklärung, warum die amerikanischen Medien so wenig Kritik an der israelischen Politik enthalten, nur selten Washingtons Beziehungen zu Israel in Frage stellen und nur gelegentlich den tiefgreifenden Einfluß der Lobby auf die US-Politik diskutieren.

### **Denkfabriken, die nur in eine Richtung denken**

Pro-israelische Kräfte überwiegen in den US-Denkfabriken, die eine wichtige Rolle bei der Beeinflussung der öffentlichen Meinung wie auch der eigentlichen Politik spielen. Die Lobby gründete 1985 ihren eigenen Denkfabriken, als Martin Indyk bei der Gründung von WINEP half. (89) Obwohl WINEP seine Verbindungen zu Israel herunterspielt und statt dessen für sich in Anspruch nimmt, eine "ausgewogene und wirklichkeitsgetreue" Perspektive in Fragen des Nahen Ostens anzubieten, ist dies nicht der Fall. (90) In Wahrheit sind die Gründer und Betreiber von WINEP Personen mit der strikten Verpflichtung, Israels Pläne voranzutreiben.

Der Einfluß der Lobby auf die Welt der Denkfabriken geht weit über WINEP hinaus. Während der vergangenen 25 Jahre haben pro-israelische Kräfte eine beherrschende Präsenz im American Enterprise Institut, der Brookings-Institution, dem Center for Security Policy, dem Foreign Policy Research Institut, der Heritage-Foundation, dem Hudson-Institut, dem Institut for Foreign Policy Analysis und dem Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA) etabliert. Diese Denkfabriken sind entschieden pro-israelisch eingestellt und beschäftigen nur wenige Kritiker der US-Unterstützung für den Judenstaat.

Ein guter Gradmesser für den Einfluß der Lobby auf die Welt der Denkfabriken ist die Entwicklung der Brookings-Institution. Jahrelang war William B. Quandt ihr leitender Fachmann für Nahostfragen, ein ausgezeichnete Akademiker und früherer NSC-Offizieller (Mitglied des *National Security Council*, Nationa-

ler Sicherheitsrat) mit einer wohlverdienten Reputation für Ausgewogenheit bezüglich des arabisch-israelischen Konflikts. Heutzutage jedoch wird Brookings Arbeit auf diesem Gebiet vom Saban Center for Middle East Studies geleistet, finanziert von Haim Saban, einem wohlhabenden israelisch-amerikanischen Geschäftsmann und glühendem Zionisten. (91) Direktor des Saban-Zentrums ist der allgegenwärtige Martin Indyk. Das, was einmal ein unparteiisches Politikinstitut für Nahostfragen war, ist dadurch jetzt eine Stimme im Chor der überwiegend pro-israelischen Denkfabriken geworden.

### **Akademien unter polizeilicher Aufsicht**

Die Lobby hatte größte Schwierigkeiten, Debatten über Israel auf den Universitäten zu unterdrücken, weil die akademische Freiheit ein hohes Gut darstellt und weil fest angestellte Professoren nur schwer zu bedrohen oder zum Schweigen zu bringen sind. Dennoch gab es in den Neunzigern nur geringe Kritik an Israel, als der Friedensprozeß von Oslo am Laufen war. Kritik kam dann auf, als der Prozeß in sich zusammenfiel und Ariel Sharon Anfang 2001 an die Macht kam, und wurde besonders intensiv, als die IDF im Frühjahr 2002 das Westjordanland zurückeroberten und gegenüber der Zweiten Intifada massive Gewalt einsetzten.

Die Lobby setzte sich aggressiv in Bewegung, "um die Universitäten zurückzuerobern". Neue Gruppen wie die *Caravan for Democracy* (= Karawane für Demokratie) tauchten auf, die israelische Redner an die US-Colleges brachten. (92) Etablierte Gruppen wie das *Jewish Council for Public Affairs* (= jüdischer Rat für öffentliche Angelegenheiten) und *Hillel* warfen sich ins Getümmel und eine neue Gruppe - die *Israel on the Campus Coalition* (= Koalition Israel auf den Campus) - wurde gebildet, um die vielen Gruppen zu koordinieren, die nun danach trachteten, Israels Sache an den Universitäten zu vertreten. Schließlich erhöhte AIPAC seine Ausgaben zur Überwachung der Universitätsaktivitäten und zur Ausbildung junger Befürworter für Israel auf mehr als das Dreifache, um "die Anzahl von Studenten auf dem Campus stark zu erhöhen... , die in die landesweiten pro-israelischen Anstrengungen eingebunden sind." (93)

Die Lobby überwacht auch, was Professoren schreiben und lehren. Beispielsweise richteten im September 2002 Martin Kramer und Daniel Pipes, zwei leidenschaftlich pro-israelische Neokonservative, eine Internetseite ein (Campus Watch), die Dossiers über verdächtige Akademiker veröffentlichte und Studenten aufforderte, Kommentare oder Verhaltensweisen zu melden, die als israelfeindlich angesehen werden könnten. (94) Dieser durchsichtige Versuch, Gelehrte auf die Schwarze Liste zu setzen und einzuschüchtern rief eine harsche Reaktion hervor und Pipes und Kramer entfernten später die Dossiers, aber die Internetseite lädt Studenten nach wie vor dazu ein, angeblich anti-israelisches Verhalten an US-Colleges zu melden.

Gruppierungen innerhalb der Lobby nehmen auch einzelne Professoren und Universitäten, die diese anstellen, gezielt unter Feuer. Die Columbia-Universität, die den verstorbenen palästinensischen Gelehrten Edward Said an ihrer Fakultät hatte, war ein häufiges Ziel der pro-israelischen Kräfte. Jonathan Cole, der frühere Probst der Columbia, berichtete, daß "man sicher sein kann, daß jede öffentliche Äußerung zur Unterstützung des palästinensischen Volkes durch den überragenden Literaturkritiker Edward Said hunderte von E-Mails zur Folge haben wird, sowie Berichte von Journalisten, die uns auffordern, Said zu brandmarken und ihn entweder zu bestrafen oder zu feuern." (95) Als die Columbia den Historiker Rashid Khalidi von der Universität von Chicago anwarb, sagte Cole, daß "es damit anfang, daß Beschwerden hereinströmten von Leuten, die nicht mit seinen politischen Ansichten übereinstimmten." Princeton sah sich ein paar Jahre später dem selben Problem gegenüber, als es erwo, Khalidi von der Columbia abzuwerben. (96)

Eine klassische Erläuterung der Versuche, die Akademien unter Polizeiaufsicht zu nehmen, tauchte Ende 2004 auf, als das "David Projekt" einen Propagandafilm produzierte, der unterstellte, das Studienprogramm der Columbia-Universität zum Nahen Osten sei antisemitisch und schüchtere jüdische Studenten ein, die Israel verteidigten. (97) Columbia wurde in pro-israelischen Kreisen fertiggemacht, aber ein Fakultätsausschuß zur Untersuchung der Vorwürfe fand keinerlei Belege für Antisemitismus und der einzige erwähnenswerte Vorfall war die Möglichkeit, daß ein Professor auf die Frage eines Studenten "hitzig geantwortet habe." (98) Der Ausschuß deckte zudem auf, daß der beschuldigte Professor Ziel einer offenen Einschüchterungskampagne war.

Vielleicht der beunruhigendste Aspekt dieser Kampagne zur Ausrottung von Israelkritik an Universitäten ist der Versuch jüdischer Gruppen, den Kongreß dazu zu drängen, Mechanismen einzuführen, die überwachen sollen, was Professoren über Israel sagen. (99) Schulen, denen eine anti-israelische Haltung unterstellt würde, sollten Bundeszuschüsse verweigert werden. Diese Versuche, die US-Regierung dazu zu bewegen, Universitäten unter Polizeiaufsicht zu stellen, blieben bis jetzt erfolglos, aber der Versuch

allein beleuchtet die Bedeutung, die pro-israelische Gruppen der Überwachung von Erörterungen dieser Punkte beimessen.

Schließlich hat eine Anzahl jüdischer Philanthropen israelische Studienprogramme eingerichtet (zusätzlich zu den rund 130 jüdischen Studienprogrammen, die es schon gibt), um die Anzahl israelfreundlicher Gelehrter an den Universitäten zu erhöhen. (100) Die NYU gab die Errichtung des Taub-Center für Israelstudien zum 1. Mai 2003 bekannt und ähnliche Programme wurden an anderen Schulen wie Berkeley, Brandeis und Emory eingerichtet. Die Verwalter der Universitäten betonen den pädagogischen Wert dieser Programme, aber die Wahrheit ist, daß sie in der Hauptsache beabsichtigen, für das Image Israels Werbung an den Universitäten zu betreiben. Fred Laffer, der Leiter der Taub-Stiftung, stellt klar, daß seine Stiftung das Zentrum an der NYU finanziert habe, um der "arabischen (sic) Sichtweise", die er als vorherrschend in den Nahostprogrammen der NYU ansieht, etwas entgegenzusetzen. (101)

Zusammenfassend gesagt, ist die Lobby bis zum äußersten gegangen, um Israel von der Kritik an Universitäten abzuschotten. In der Wissenschaft war sie nicht so erfolgreich wie auf dem Kapitol, aber sie hat schwer daran gearbeitet, Kritik an Israel durch Professoren und Studenten zu unterdrücken, und an den Universitäten gibt es heute weitaus weniger davon. (102)

### **Der große Schalldämpfer**

Keine Erörterung über das Vorgehen der Lobby wäre vollständig ohne die Untersuchung einer ihrer mächtigsten Waffen: Dem Vorwurf des Antisemitismus. Jeder, der israelische Aktionen kritisiert oder sagt, daß pro-israelische Gruppen maßgeblichen Einfluß auf die US-Nahostpolitik haben - einen Einfluß, den AIPAC feiert - hat gute Aussichten, als Antisemit gebrandmarkt zu werden. In der Tat ist es so, daß jeder, der sagt, daß es eine Israel-Lobby gibt, das Risiko eingeht, mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert zu werden, selbst wenn die israelischen Medien selber auf Amerikas "jüdische Lobby" verweisen. In Wirklichkeit rühmt sich die Lobby ihrer eigenen Macht und greift dann jeden an, der die Aufmerksamkeit darauf lenkt. Diese Taktik ist sehr wirksam, weil Antisemitismus ekelhaft ist und keine verantwortliche Person dessen bezichtigt werden will.

Europäer waren mehr bereit als Amerikaner, die israelische Politik der letzten Jahre zu kritisieren, was manche als Wiederaufleben des Antisemitismus in Europa bezeichnen. Wir "gelangen an einen Punkt," sagte der US-Botschafter bei der EU Anfang 2004, "wo es so schlimm ist wie Anfangs der Dreißiger." (103) Das Bemessen von Antisemitismus ist eine komplizierte Angelegenheit, aber das Gewicht der Beweise weist in die umgekehrte Richtung. Als beispielsweise im Frühjahr 2004 die Beschuldigungen eines europäischen Antisemitismus die Luft in Amerika erfüllten, zeigten getrennte Erhebungen zur öffentlichen Meinung in Europa, durchgeführt von der Anti-Defamation League und dem Pew Research Center for The People and the Press, daß er in Wahrheit abnahm. (104)

Betrachten Sie Frankreich, das die pro-israelischen Kräfte oft als den antisemitischsten Staat Europas darstellen. 2002 fand eine Umfrage unter französischen Bürgern heraus, daß 89 Prozent sich vorstellen könnten, mit einem Juden zusammenzuleben, 97 Prozent glauben, daß das Anbringen von antisemitischer Graffiti ein schweres Verbrechen sei; 87 Prozent glauben, Angriffe auf französische Synagogen seien skandalös und 85 Prozent der praktizierenden französischen Katholiken weisen den Vorwurf zurück, Juden hätten zu viel Einfluß in Wirtschaft und Finanzwesen. (105) Es ist nicht überraschend, daß der Leiter der jüdischen Gemeinschaft in Frankreich im Sommer 2003 erklärte, daß "Frankreich nicht antisemitischer ist als Amerika" (106) Laut einem kürzlich in *Ha'aretz* erschienenen Artikel berichtet die französische Polizei, daß antisemitische Vorfälle 2005 um fast 50 Prozent zurückgegangen seien und das trotz der Tatsache, daß Frankreich die größte moslemische Bevölkerung in Europa hat. (107)

Als schließlich im letzten Monat ein französischer Jude von einer muslimischen Bande brutal ermordet wurde, strömten zehntausende französischer Demonstranten auf die Straßen um Antisemitismus zu verurteilen. Zudem nahmen Präsident Jacques Chirac und Ministerpräsident Dominique de Villepin zur Erinnerung an das Opfer an einer öffentlichen Schauveranstaltung teil, um ihre Solidarität mit den französischen Juden zu bekunden. (108) Bemerkenswert ist außerdem, daß 2002 mehr Juden in Deutschland als in Israel einwanderten und es zur "am schnellsten wachsenden jüdischen Gemeinschaft der Welt" machten, wie die jüdische Zeitung *Forward* meldet. (109) Falls Europa wirklich den Dreißigern zustrebte, wäre es kaum vorstellbar, daß die Juden in großer Zahl dorthin zögen.

Wir sehen allerdings ein, daß Europa nicht frei ist von der Geißel des Antisemitismus. Niemand wird bestreiten, daß es in Europa (wie auch in den Vereinigten Staaten) immer noch einige bössartige alteingesess-

## DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK

sene Antisemiten gibt, aber ihre Zahl ist gering und ihre extremen Ansichten werden von der überwältigenden Mehrheit der Europäer abgelehnt. Ebenso wenig wird bestritten, daß es unter den Muslimen in Europa Antisemitismus gibt, teils hervorgerufen durch Israels Verhalten gegenüber den Palästinensern und teils schlicht rassistischen. (110) Dieses Problem ist beunruhigend, aber es ist kaum außer Kontrolle. Die Moslems stellen weniger als fünf Prozent der europäischen Gesamtbevölkerung dar und die europäischen Regierungen arbeiten hart daran, das Problem zu bekämpfen. Warum? Weil die meisten Europäer solche abscheulichen Ansichten zurückweisen. (111) Kurz gesagt, wenn es um Antisemitismus geht, bietet das heutige Europa kaum einen Vergleich zu dem Europa der dreißiger Jahre.

Das ist der Grund, warum pro-israelische Kräfte, wenn sie gedrängt werden, mehr als nur Behauptungen zu liefern, reklamieren, es gäbe einen "neuen Antisemitismus", was sie mit Kritik an Israel gleichsetzen. (112) Mit anderen Worten: Kritisiere israelische Politik und du bist nach dieser Definition ein Antisemit. Als die Synode der Church of England kürzlich dafür stimmte, sich von *Caterpillar Inc* zu trennen mit der Begründung, Caterpillar stelle die Bulldozer her, die verwendet würden, um palästinensische Häuser abzureißen, erklärte der Oberrabbiner, daß dies "einen schweren Rückschlag für die... jüdisch-christlichen Beziehungen in Britannien" darstelle, während der Rabbiner Tony Bayfield, der Leiter der Reformbewegung, sagte: "Es gibt ein klar erkennbares Problem von antizionistischen, antisemitischen grenzenden Einstellungen an der Basis und sogar in der mittleren Führungsebene der Kirche" (113) Die Kirche war allerdings weder des Antizionismus noch des Antisemitismus schuldig, sie protestierte lediglich gegen die israelische Politik. (114)

Kritiker werden auch beschuldigt, Israel mit einem ungerechten Maß zu messen oder seine Existenzberechtigung in Frage zu stellen. Aber das sind ebenfalls verlogene Anklagen. Westliche Kritiker Israels stellen kaum je seine Daseinsberechtigung in Frage. Statt dessen stellen sie sein Verhalten den Palästinensern gegenüber in Frage, was eine berechtigte Kritik darstellt: Die Israelis selbst fragen sich das. Und Israel wird auch nicht ungerecht beurteilt. Allerdings erregt die israelische Behandlung der Palästinenser Kritik, weil sie im Gegensatz steht zu den weithin akzeptierten Normen des Menschenrechts, dem Internationalen Recht, ebenso dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Und es ist wohl kaum der einzige Staat, der sich scharfer Kritik auf dieser Grundlage gegenüber sah.

Im Endeffekt können andere ethnische Lobbies nur davon träumen, die Macht zu haben, welche die pro-israelischen Organisationen besitzen. Daher ist die Frage die: Welche Wirkung hat die Israel-Lobby auf die US-Außenpolitik?

## DER SCHWANZ WEDELT MIT DEM HUND

Wenn der Einfluß der Lobby auf die US-Wirtschaftshilfe für Israel beschränkt wäre, wäre ihr Einfluß vielleicht nicht so beunruhigend. Entwicklungshilfe ist wertvoll, aber nicht so nützlich wie die Tatsache, daß der Welt einzige Supermacht ihre riesigen Möglichkeiten zu Gunsten Israels zum Einsatz bringt. Dementsprechend hat die Lobby auch danach getrachtet, die Kernstücke der US-Nahostpolitik zu bestimmen. Im besonderen war sie sehr erfolgreich darin, amerikanische Führer davon zu überzeugen, Israels fortgesetzte Unterdrückung der Palästinenser zu unterstützen und sich Israels vorrangige Widersacher in der Region zum Ziel zu nehmen: Den Iran, den Irak und Syrien.

### Dämonisierung der Palästinenser

Jetzt ist das weitgehend in Vergessenheit geraten, aber im Herbst 2001, und besonders im Frühjahr 2002 versuchte die Bush-Regierung, anti-amerikanische Gefühle in der arabischen Welt zu verringern und die Unterstützung für Terrorgruppen wie al Qaida zu unterminieren, indem sie der israelischen Expansionspolitik in den besetzten Gebieten Einhalt gebot und die Bildung eines Palästinenserstaates befürwortete.

Bush hatte ein enormes mögliches Druckmittel zu seiner Verfügung. Er hätte damit drohen können, die wirtschaftliche und diplomatische Unterstützung der USA für Israel einzuschränken, wobei ihn das amerikanische Volk mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unterstützt hätte. Eine Umfrage vom Mai 2003 ergab, daß über 60 Prozent der Amerikaner bereit waren, Hilfe für Israel zurückzuhalten, wenn es sich US-Druck zur Beseitigung des Konflikts widersetze, und diese Zahl stieg auf 70 Prozent unter den "politisch aktiven" Amerikanern. (115) In der Tat sprachen sich 73 Prozent dafür aus, daß die Vereinigten Staaten keine der Seiten bevorzugen sollte.

Dennoch versäumte es die Bush-Regierung die israelische Politik zu ändern, statt dessen lief es auf eine Rückendeckung Washingtons für ein hartes Vorgehen Israels hinaus. Im Laufe der Zeit übernahm die Regierung auch die israelische Rechtfertigung für dieses Vorgehen, so daß die Rhetorik der USA und Israels einander immer ähnlicher wurden. Im Februar 2003 faßte eine Schlagzeile der *Washington Post* die Situation wie folgt zusammen: "Bush und Sharon in ihrer Nahost-Politik fast deckungsgleich." (116) Der Hauptgrund für diesen Wandel ist die Lobby.

Die Geschichte beginnt Ende September 2001, als Präsident Bush begann, auf den israelischen Premierminister Sharon Druck auszuüben, in den besetzten Gebieten Zurückhaltung walten zu lassen. Er übte außerdem Druck auf Sharon aus, damit dieser dem israelischen Außenminister Shimon Peres erlaubte, sich mit dem Palästinenserführer Yassir Arafat zu treffen, obwohl Bush Arafats Führerschaft sehr kritisch gegenüberstand. (117) Auch äußerte Bush öffentlich, daß er einen Palästinenserstaat unterstütze. (118) Durch diese Entwicklung alarmiert klagte Sharon Bush an, er versuche "die Araber auf unsere Kosten zufriedenzustellen" und warnte, daß Israel "nicht die Tschecho-Slowakei sein werde." (119)

Bush war angeblich wütend darüber, daß Sharon ihn mit Neville Chamberlain verglich, und der Pressesprecher des Weißen Hauses Ari Fleischer nannte Sharons Bemerkungen "inakzeptabel" (120) Der israelische Premierminister bot eine pro forma Entschuldigung an, aber er vereinigte sich schnell mit der Lobby, um die Bush-Regierung und das amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß die Vereinigten Staaten und Israel einer gemeinsamen Bedrohung durch den Terrorismus gegenüberstünden. (121) Offizielle Vertreter Israels und der Lobby betonten wiederholt, es gäbe keinen wirklichen Unterschied zwischen Arafat und Osama bin Laden, und sie bestanden darauf, daß die Vereinigten Staaten und Israel den gewählten Führer Palästinas isolieren sollten und nichts mit ihm zu tun haben sollten. (122)

Die Lobby begann auch, den Kongreß zu bearbeiten. Am 16. November sandten 89 Senatoren Bush einen Brief, worin sie ihn dafür lobten, daß er ein Treffen mit Arafat abgelehnt habe, mahnten aber auch an, die Vereinigten Staaten sollten Israel nicht davon abhalten, sich an den Palästinensern zu rächen und bestanden darauf, die Regierung solle öffentlich erklären, daß sie felsenfest hinter Israel stehe. Laut der *New York Times* "stammte (der Brief) von einem Treffen zwischen Führern der amerikanischen Gemeinschaft der Juden und Senatoren in Schlüsselstellung zwei Wochen zuvor." und sie fügte hinzu, daß AIPAC "besonders aktiv war dabei, Ratschläge zu diesem Brief zu erteilen." (123)

Ab Ende November hatten sich die Beziehungen zwischen Tel Aviv und Washington erheblich verbessert. Das war teils den Anstrengungen der Lobby geschuldet, die US-Politik in Israels Richtung zu verbiegen, aber ebenso den Auftaktsiegen der Amerikaner in Afghanistan, was die zuvor angenommene Notwendigkeit einer arabischen Unterstützung im Umgang mit al Qaida minderte. Sharon besuchte

Anfang Dezember das Weiße Haus und hatte ein freundschaftliches Treffen mit Bush. (124)

Der Krach brach im April 2002 wieder aus, als die IDF mit der Operation Defensive Shield begannen und die Kontrolle über praktisch alle größeren Palästinensergebiete im Westjordanland übernahmen. (125) Bush wußte, daß die israelische Aktion Amerikas Image in der arabischen und islamischen Welt zerstören und den Krieg gegen den Terror untergraben würde, also forderte er am 4. April, daß Sharon "den Einmarsch beende und den Rückzug beginne" Er unterstrich diese Nachricht zwei Tage später, indem er sagte, dies bedeute "Rückzug ohne Verzögerung." Am 7. April sagte Bushs Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice Reportern daß ",ohne Verzögerung' bedeute ohne Verzögerung. Es bedeutet Jetzt." Am selben Tag brach Außenminister Colin Powell in den Nahen Osten auf, um auf alle Seiten Druck auszuüben, die Kämpfe einzustellen und Verhandlungen zu beginnen. (126)

Israel und die Lobby traten in Aktion. Ein Schlüsselziel war Powell, dem von Seiten pro-israelischer Beamter aus dem Büro des Vizepräsidenten Dick Cheney und dem Pentagon enormes Feuer entgegenschlug, ebenso wie von neokonservativen Experten wie Robert Kagan und William Kristol, die ihn beschuldigten, er habe "praktisch die Unterscheidung zwischen Terroristen und Terrorbekämpfern ausgelöscht." (127) Ein zweites Ziel war Bush selber, der von Judenführern und christlichen Evangelikalen unter Druck gesetzt wurde, letztere ein Hauptbestandteil seiner politischen Basis. Tom DeLay und Dick Armeij äußerten sich besonders freimütig über die Notwendigkeit, Israel zu unterstützen, und DeLay und der Minderheitenführer im Senat Trent Lott besuchten das Weiße Haus und warnten Bush persönlich davor, die Rückendeckung aufzugeben. (128)

Das erste Zeichen, daß Bush einknickte, kam am 11. April - nur eine Woche, nachdem er Sharon zum Rückzug seiner Truppen aufgefordert hatte - als Ari Fleischer sagte, der Präsident glaube, daß Sharon "Ein Mann des Friedens" ist. (129) Bush wiederholte diese Aussage öffentlich bei Powells Rückkehr von dessen fehlgeschlagener Mission, und er erklärte Reportern, daß Sharon zufriedenstellend auf seine Forderung nach einem vollständigen und sofortigen Rückzug geantwortet habe. (130) Sharon hat nichts derartiges getan, aber der Präsident der Vereinigten Staaten war nicht länger willens, das zu einem Streitpunkt zu machen.

Inzwischen setzte sich auch der Kongreß zur Unterstützung Sharons in Bewegung. Am 2. Mai wischte er die Einwände der Regierung beiseite und verabschiedete zwei Entschließungen, welche die Unterstützung für Israel erneut bekräftigten. (Der Senat stimmte mit 94 gegen 2; die Vorlage des Repräsentantenhauses ging mit 352 gegen 21 durch). Beide Entschließungen betonten, daß die Vereinigten Staaten "sich solidarisch mit Israel erklären" und daß beide Staaten, um die Entschließung des Repräsentantenhauses zu zitieren, "nun in einem gemeinsamen Kampf gegen den Terror stehen". Die Fassung des Repräsentantenhauses verurteilte außerdem "die andauernde Unterstützung des Terrors durch Yassir Arafat", der als Kernelement des Terrorproblems dargestellt wurde. (131) Ein paar Tage später verkündete eine aus beiden Parteien zusammengesetzte Delegation zur Klärung der Sachlage in Israel öffentlich, daß Sharon sich dem US-Druck widersetzen solle, mit Arafat zu verhandeln. (132) Am 9. Mai kam ein Bewilligungs-Unterausschuß des Repräsentantenhauses überein, Israel zusätzliche 200 Millionen Dollar für den Kampf gegen den Terrorismus zu bewilligen. Außenminister Powell widersetzte sich dem Paket, aber die Lobby unterstützte es, gerade so, wie sie geholfen hatte, die beiden Kongreßentschließungen zu verfassen. (133) Powell verlor.

Kurz gesagt nahmen Sharon und die Lobby es mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten auf und triumphierten. Hemi Shalev, ein Journalist der israelischen Zeitung *Ma'ariv*, berichtete, daß Sharons Hilfstruppen "ihre Befriedigung angesichts Powells Fehlschlag nicht verbergen konnten. Sharon sah das Weiße in den Augen Präsident Bushs, prahlten sie, und der Präsident zwinkerte zuerst." (134) Aber es waren die pro-israelischen Kräfte innerhalb der Vereinigten Staaten, nicht Sharon oder Israel, welche die Schlüsselrolle bei der Niederlage Bushs gespielt hatten.

Die Situation hat sich seitdem nur wenig geändert. Die Bush-Regierung weigerte sich, sich weiter mit Arafat zu befassen, der schließlich im November 2004 starb. Sie hat anschließend den neuen Palästinenserführer Mahmud Abbas umarmt, aber wenig dazu beigetragen, einen lebensfähigen Staat zu bekommen. Sharon entwickelte weiterhin seine Pläne für eine einseitige "Loslösung" von den Palästinensern, basierend auf einem Rückzug aus Gaza gekoppelt mit einer fortschreitenden Expansion im Westjordanland, was den Bau eines sogenannten "Sicherheitszaunes" zur Folge hat, Inbesitznahme von palästinensischem Land und den Ausbau von Siedlungen und des Straßennetzes. Indem sie Verhandlungen mit Abbas ablehnt (der eine Verhandlungslösung bevorzugt) und indem sie es ihm unmöglich macht, dem palästinensischen Volk greifbare Wohltaten zukommen zu lassen, trug Sharons Strategie unmittelbar zum kürzlichen Wahlsieg der Hamas bei. (135) Mit Hamas an der Macht hat Israel

jedoch eine weitere Entschuldigung, nicht zu verhandeln. Die Regierung (Bush) hat Sharons Aktionen unterstützt (und die seines Nachfolgers Ehud Olmert) und Bush hat soeben einseitige Annexionen Israels in den besetzten Gebieten abgesegnet, in Umkehr der bisherigen Grundsätze jedes Präsidenten seit Lyndon Johnson. (136)

Die US-Offiziellen haben ein paar der israelischen Aktionen milde kritisiert, haben aber wenig zur Bildung eines lebensfähigen Palästinenserstaates beigetragen. Der frühere Sicherheitsberater Brent Scowcroft erklärte sogar im Oktober 2004, daß Sharon Präsident Bush "um den kleinen Finger gewickelt" habe. (137) Falls Bush versucht, die Vereinigten Staaten von Israel zu distanzieren oder sogar israelische Aktionen in den besetzten Gebieten kritisiert, kann er sicher sein, sich den Unmut der Lobby und ihrer Unterstützer im Kongreß zuzuziehen. Die Präsidentschaftsbewerber der Demokratischen Partei verstehen diese Gegebenheiten des Lebens auch, weshalb John Kerry sich 2004 sehr bemühte, seine uneingeschränkte Unterstützung für Israel zur Schau zu stellen und warum Hillary Clinton heute das gleiche tut. (138)

Die Aufrechterhaltung von US-Unterstützung für die israelische Politik gegen die Palästinenser ist ein Hauptziel der Lobby, aber ihr Ehrgeiz endet nicht damit. Sie will auch Amerikas Hilfe dabei, daß Israel die beherrschende Regionalmacht bleibt. So überrascht es nicht, daß die israelische Regierung und pro-israelische Gruppen in den Vereinigten Staaten zusammenarbeiteten, um die Politik der Bush-Regierung gegenüber dem Irak, Syrien und dem Iran zu bestimmen sowie ihr Hauptprojekt der Neuordnung des Nahen Ostens.

### **Israel und der Irak-Krieg**

Druck von Israel und der Lobby war nicht der einzige Faktor hinter der US-Entscheidung, im März 2003 den Irak anzugreifen, aber er war ein entscheidendes Element. Einige Amerikaner glauben, daß dies ein "Krieg für Öl" war, aber es gibt kaum einen direkten Beweis, der diese Behauptung stützt. Statt dessen war der Krieg zu einem Großteil dadurch begründet, Israel sicherer zu machen. Laut Philip Zelikow, einem Mitglied (2001-2003) des President's Foreign Intelligence Advisory Board (= Beratergremium des Präsidenten für Auslands-Geheimdienste), Leitender Direktor der Untersuchungskommission zum 11.09. und jetzt Berater von Außenministerin Condoleezza Rice war "die wahre Bedrohung" durch den Irak keine Bedrohung der Vereinigten Staaten. (139) Die "unausgesprochene Bedrohung" war "die Bedrohung Israels", sagte Zelikow im September 2002 einer Zuhörerschaft an der Universität von Virginia und bemerkte ferner, daß "daß sich die amerikanische Regierung in ihrer Rhetorik nicht zu sehr darauf stützen will, weil es sich schlecht verkaufen läßt."

Am 16. August 2002, elf Tage, bevor Vizepräsident Cheney mit einer Hardliner-Rede vor den Veterans of Foreign Wars (= Veteranen der im Ausland geführten Kriege) die Kampagne für den Krieg einläutete, berichtete die *Washington Post*, daß "Israel die US-Vertreter dränge, einen Militärschlag gegen Iraks Saddam Hussein nicht aufzuschieben." (140) Zu diesem Zeitpunkt hatte, laut Sharon, die strategische Koordination zwischen Israel und den USA eine "beispiellose Dimension" erreicht, und israelische Geheimdienstvertreter hatten an Washington eine Vielzahl alarmierender Berichte über irakische Programme zu Massenvernichtungswaffen übergeben. (141) Ein pensionierter israelischer General stellte es später so dar: "Der israelische Geheimdienst war ein vollwertiger Partner bei der Erstellung des Bildes, das die amerikanischen und britischen Geheimdienste bezüglich der nichtkonventionellen Rüstung des Irak präsentierten." (142)

Die israelischen Führer waren tief erschüttert, als Präsident Bush im September entschied, für den Krieg um Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat anzusuchen, und sogar noch mehr besorgt, als Saddam zustimmte, wieder UN-Inspektoren in den Irak zu lassen, weil diese Entwicklungen die Wahrscheinlichkeit eines Krieges verminderten. Außenminister Shimon Peres sagte im September 2002 vor Reportern: "Die Kampagne gegen Saddam Hussein ist ein Muß. Inspektionen und Inspektoren sind gut für anständige Leute, aber unehrliche Leute können der Inspektionen und Inspektoren leicht Herr werden." (143)

Zur selben Zeit schrieb der ehemalige Premierminister Ehud Barak einen Leitartikel in der *New York Times*, in dem er warnte, daß "das größte Risiko jetzt in der Untätigkeit liege" (144) Sein Vorgänger Benjamin Netanyahu veröffentlichte ähnliches im *Wall Street Journal* unter der Überschrift "Die Frage des Sturzes von Saddam." (145) Netanyahu erklärte: "Nichts anderes als der Sturz Saddams wird es heute bringen" und fügte hinzu, "ich glaube, ich spreche für die überwiegende Mehrheit der Israelis, einen Präventivschlag gegen Saddams Regime auszuführen." *Ha'aretz* berichtete im Februar 2003: "Das (israelische) Militär und die politische Führung sehnen sich nach Krieg im Irak" (146)

Aber, wie Netanyahu andeutete, war die Kriegslüsterheit nicht auf die israelischen Führer beschränkt. Abgesehen von Kuwait, das Saddam 1990 erobert hatte, war Israel das einzige Land weltweit, in dem sowohl die Politiker als auch die Öffentlichkeit begeistert den Krieg bevorzugten (147) Der Journalist Gideon Levy beobachtete zu der Zeit: "Israel ist das einzige westliche Land, dessen Führer den Krieg uneingeschränkt unterstützen und in dem keine andere Meinung laut wird." (148) Tatsächlich waren die Israelis derartig voll freudiger Zustimmung für den Krieg, daß ihre Verbündeten in Amerika sie anwiesen, sie sollten ihre falckenartige Rhetorik dämpfen, damit es nicht so aussehe, als finde der Krieg für Israel statt. (149)

### **Die Lobby und der Irak-Krieg**

Innerhalb der Vereinigten Staaten waren die Haupttreiber des Irakkrieges eine kleine Bande von Neokonservativen, viele davon mit engen Bindungen an die israelische Likud-Partei. (150) Zusätzlich liehen die maßgeblichen Führer der Hauptorganisationen der Lobby der Kampagne für den Krieg ihre Stimme. (151) Laut *Forward*: "Als Präsident Bush versuchte, den... Irakkrieg zu verkaufen, schlossen sich die meisten der wichtigsten amerikanischen Judenorganisationen wie ein Mann zu seiner Verteidigung an. Die Führer der Gemeinschaft betonten Verlautbarung für Verlautbarung die Notwendigkeit, die Welt von Saddam Hussein und seinen Massenvernichtungswaffen zu befreien." (152) Der Leitartikel fährt mit der Aussage fort: "die Sorge um Israels Sicherheit spielt in den Überlegungen vieler jüdischer Gruppen zurecht eine Rolle".

Obwohl die Neokonservativen und andere Lobbyführer auf eine Invasion des Irak versessen waren, war dies die Mehrzahl der amerikanischen jüdischen Gemeinschaft nicht. (153) In der Tat berichtet Samuel Freedman kurz nach Kriegsbeginn, daß "eine Gegenüberstellung von landesweiten Meinungsumfragen des Pew Research Center zeigt, daß die Juden dem Irakkrieg weniger zustimmend gegenüberstehen als die Gesamtbevölkerung, 52 zu 62%" (154) Daher wäre es falsch, den Irakkrieg dem "jüdischen Einfluß" anzulasten. Allerdings war der Krieg zum Großteil dem Einfluß der Lobby geschuldet, besonders deren neokonservativen Mitgliedern.

Die Neokonservativen waren schon auf den Sturz Saddams eingeschworen, bevor Bush Präsident wurde. (155) Anfang 1998 sorgten sie durch die Veröffentlichung zweier offener Briefe an Präsident Clinton für Aufregung, die zu Saddams Entmachtung aufriefen. (156) Die Unterzeichner, von denen viele eng mit pro-israelischen Gruppen wie JINSA oder WINEP verbunden waren und die Elliot Abrams, John Bolton, Douglas Feith, William Kristol, Bernard Lewis, Donald Rumsfeld, Richard Perle und Paul Wolfowitz in ihren Reihen hatten, hatten nur wenig Mühe, die Clinton-Regierung davon zu überzeugen, das Hauptziel der Entfernung Saddams zu übernehmen. (157) Aber die Neokonservativen waren nicht in der Lage, den Krieg als Mittel zum Erreichen dieses Ziels zu verkaufen. Ebenso wenig waren sie während der ersten Monate der Bush-Regierung dazu in der Lage, große Begeisterung für eine Invasion des Irak zu erzeugen. (158) In gleichem Maße, wie die Neokonservativen wichtig dafür waren, den Irakkrieg stattfinden zu lassen, benötigten sie Hilfe, um ihr Ziel zu erreichen.

Jene Hilfe kam mit dem 11.9. Im wesentlichen ließen die Ereignisse jenes schicksalsschweren Tages Bush und Cheney ihren Kurs ändern und zu starken Befürwortern eines Präventivkrieges zum Sturz Saddams werden. Die Neokonservativen in der Lobby - die angesehensten darunter Scooter Libby, Paul Wolfowitz und der Princeton-Historiker Bernard Lewis - spielten eine besonders entscheidende Rolle dabei, Präsident und Vizepräsident dazu zu überreden, den Krieg zu bevorzugen.

Für die Neokonservativen war der 11.9. eine goldene Gelegenheit, um die Weichen für einen Krieg gegen den Irak zu stellen. Bei einem wichtigen Treffen mit Bush am 15. September befürwortete Wolfowitz den Irak vor Afghanistan anzugreifen, obwohl es keinen Beweis gab, daß Saddam in die Angriffe auf die Vereinigten Staaten verwickelt war und von bin Laden bekannt war, daß er sich in Afghanistan aufhielt. (159) Bush wies diesen Rat zurück und beschloß statt dessen, gegen Afghanistan vorzugehen, aber der Krieg mit dem Irak wurde nun als ernsthafte Möglichkeit in Betracht gezogen und der Präsident beauftragte die US-Militärplaner am 21. November 2001 mit der Entwicklung konkreter Invasionspläne. (160)

In der Zwischenzeit waren andere Neokonservative in den Korridoren der Macht an der Arbeit. Noch kennen wir nicht die ganze Geschichte, aber Gelehrte wie Lewis und Fouad Ajami von der John Hopkins Universität spielten angeblich eine Schlüsselrolle dabei, Vizepräsident Cheney zu überzeugen, den Krieg zu befürworten. (161) Cheneys Sicht wurde auch von den Neokonservativen seines Stabes stark beeinflusst, besonders von Eric Edelman, John Hannah und Stabschef Libby, einer der mächtigsten Personen in der Regierung. (162) Der Einfluß des Vizepräsidenten half dabei, Präsident Bush Anfang

2002 zu überzeugen. Mit Bush und Cheney an Bord waren die Würfel für den Krieg gefallen. Außerhalb der Regierung verloren neokonservative "Experten" keine Zeit es als Tatsache darzustellen, daß der Einmarsch im Irak wesentlich für einen Sieg im Kampf gegen den Terror sei. Ihre Bemühungen zielten zum Teil darauf ab, Bush unter Druck zu halten, und waren teils dadurch begründet, Widerstände gegen den Krieg inner- und außerhalb der Regierung zu überwinden. Am 20. September veröffentlichte eine Gruppe prominenter Neokonservativer und ihrer Verbündeter einen weiteren offenen Brief, in dem sie dem Präsidenten mitteilten, daß "selbst wenn es keine Beweise für eine direkte Verbindung des Irak zu den Angriffen (des 11.9.) gebe, müsse jede Strategie zur Ausrottung des Terrorismus und seiner Geldgeber eine entschlossene Anstrengung zur Entmachtung Saddam Husseins im Irak einschließen." (163) Der Brief erinnerte Bush auch daran, daß "Israel der getreueste Verbündete Amerikas im Kampf gegen den Terror war und bleibt." In der Ausgabe des *Weekly Standard* vom 1. Oktober riefen Robert Kagan und William Kristol zu einem Regimewechsel im Irak für die Zeit unmittelbar nach einem Sieg über die Taliban auf. Am selben Tag argumentierte Charles Krauthammer in der *Washington Post*, daß, sobald wir mit Afghanistan fertig wären, Syrien der nächste sein sollte gefolgt von Iran und Irak. "Der Krieg gegen den Terror", so argumentierte er, "wird in Bagdad beendet," wenn wir das "gefährlichste Terroristenregime der Welt" erledigen. (164)

Diese Salven waren der Beginn einer unablässigen PR-Kampagne, um Unterstützung für einen Einmarsch in den Irak zu gewinnen. (165) Ein Hauptteil dieser Kampagne war die Manipulation von Geheimdienstinformationen, um Saddam als enorme Bedrohung darzustellen. Beispielsweise suchte Libby mehrfach die CIA auf, um Analysten unter Druck zu setzen, sie sollten Beweise finden, die dann als Kriegsgrund dienen könnten. Auch half er Anfang 2003 mit bei der Vorbereitung eines detaillierten Lageberichts über die Bedrohung durch den Irak, der Colin Powell zugeschoben wurde, und bereitete dann dessen berüchtigten Vortrag über die irakische Bedrohung vor dem UN-Sicherheitsrat vor. (166) Laut Bob Woodward war Powell "entsetzt von dem, was er als zu weitgehend und als Übertreibung ansah. Libby zog ausschließlich die schlimmsten Schlußfolgerungen aus Bruchstücken und vagen Spuren." (167) Obwohl Powell Libbys unverschämteste Behauptungen ausrangierte, war seine UN-Präsentation immer noch durchsetzt von Fehlern, wie Powell jetzt anerkennt.

In die Kampagne zur Manipulation der Geheimdienste waren auch zwei Organisationen verstrickt, die nach dem 11.9. gegründet worden waren und unmittelbar dem Verteidigungs-Staatssekretär Douglas Feith berichteten. (168) Die *Policy Counterterrorism Evaluation Group* (= Gruppe zur Abwägung politischer Maßnahmen gegen den Terrorismus) wurde beauftragt, Verbindungen zwischen al Qaida und dem Irak zu finden, die den versammelten Geheimdienste vermutlich fehlten. Ihre beiden leitenden Mitglieder waren Wurmser, ein Hardcore-Neokonservativer, und Michael Maloof, ein Libanon-Amerikaner, der enge Verbindungen zu Perle unterhielt. Das *Office of Special Plans* (= Büro für besondere Pläne) wurde damit beauftragt, Beweise zu finden, die dafür benutzt werden könnten, den Krieg gegen den Irak gut zu verkaufen. Es wurde von Abram Shulsky geleitet, einem Neokonservativen mit langjährigen Verbindungen zu Wolfowitz, und rekrutierte sich auch aus den Reihen von pro-israelischen Denkfabriken. (169)

Wie praktisch alle Neokonservativen ist auch Feith strikt auf Israel festgelegt. Er hat langjährige Verbindungen zur Likud-Partei. Er schrieb in den 1990ern Artikel, welche die Siedlungen unterstützten und dafür plädierten, Israel solle die besetzten Gebiete behalten. (170) Noch wichtiger ist, daß er gemeinsam mit Perle und Wurmser im Juni 1996 den bekannten "Clean Break" - Bericht (= Sauberer Bruch) für den neuen israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu schrieb. (171) Unter anderem empfahl er, daß Netanyahu "sich auf den Sturz Saddam Husseins im Irak konzentriere - ein wichtiges strategisches Ziel für Israel aus eigenem Recht." Er [*der Bericht*] rief Israel außerdem dazu auf, Schritte zur Neuordnung des gesamten Nahen Ostens zu unternehmen. Netanyahu setzte ihren Rat nicht um, aber Feith, Perle und Wurmser befürworteten bald, die Bush-Regierung solle die selben Ziele verfolgen. Diese Situation veranlaßte den *Ha'aretz*-Kolumnisten Akiva Eldar zu der Warnung, daß Feith und Perle "auf einer Gratwanderung wären zwischen ihrer Loyalität zu den Interessen der amerikanischen Regierung - und den israelischen" (172)

Wolfowitz ist ebenso auf Israel festgelegt. Der *Forward* beschrieb ihn einmal als "die schärfste pro-israelische Falkenstimme in der Regierung" und wählte ihn 2002 zum ersten unter fünfzig Persönlichkeiten, die "bewußt jüdischen Aktivismus betrieben haben". (173) Ungefähr zur gleichen Zeit verlieh die JINSA Wolfowitz ihren Henry M. Jackson Distinguished Service Award (= Henry M. Jackson Auszeichnung für besondere Dienste) für das Fördern einer starken Partnerschaft zwischen Israel und den Vereinigten Staaten und die *Jerusalem Post*, die ihn als "fromm pro-israelisch" beschrieb, ernannte ihn 2003 zum "Mann des Jahres". (174)

Schließlich sei ein kurzes Wort erlaubt über die Vorkriegs-Unterstützung der Neokonservativen für Ahmed Chalabi, den skrupellosen irakischen Exilpolitiker und Führer des Irakischen Nationalkongresses (INC). Sie umarmten Chalabi für seine Bemühungen um enge Verbindungen zu jüdisch-amerikanischen Gruppen und weil er versprochen hatte, gute Beziehungen zu Israel zu fördern, wenn er erst einmal an der Macht sei. (175) Das entsprach genau dem, was die pro-israelischen Befürworter eines Regimewechsels hören wollten und daher unterstützten sie im Gegenzug Chalabi. Der Journalist Matthew Berger legte den Kern der Abmachung im *Jewish Journal* offen: "Der INC sah verbesserte Beziehungen als einen Weg, den jüdischen Einfluß in Washington und Jerusalem für sich nutzbar zu machen und erweiterte Unterstützung für seine Sache zusammenzutrommeln. Die jüdischen Gruppen ihrerseits sahen eine Möglichkeit, den Weg zu besseren Beziehungen zwischen Israel und dem Irak zu ebnet, wenn und falls der INC an der Ablösung von Saddam Husseins Regime beteiligt wird." (176)

Angesichts der Ergebenheit der Neokonservativen gegenüber Israel, ihrer Besessenheit vom Irak und ihres Einflusses in der Bush-Regierung ist es kein Wunder, daß viele Amerikaner vermuteten, der Krieg sei geplant worden, um israelische Interessen zu fördern. Barry Jacobs vom American Jewish Committee beispielsweise bekannte im März 2005, daß die Überzeugung, Israel und die Neokonservativen hätten sich verschworen, um die Vereinigten Staaten in einen Krieg im Irak zu bringen, die "beherrschende" Ansicht in US-Geheimdienstkreisen war. (177) Noch würden das nur wenige Leute so öffentlich sagen, und die meisten die es taten - darunter der Senator Ernest Hollings (D[emokrat] - S[outh] C[arolina]) und das Mitglied des Repräsentantenhauses James Moran (D[emokrat] - V[irginia]) - wurden dafür verdammt, daß sie diesen Punkt hervorgehoben hatten. (178) Michael Kinsley brachte es Ende 2002 gut auf den Punkt, als er schrieb, daß "der Mangel an öffentlicher Diskussion über die Rolle Israels... den sprichwörtlichen Elefanten im Zimmer darstellt: Jeder sieht ihn, keiner erwähnt ihn." (179) Der Grund für dieses Widerstreben, so beobachtete er, war die Angst, als Antisemit gebrandmarkt zu werden. Dennoch gibt es kaum Zweifel, daß Israel und die Lobby die Hauptfaktoren bei der Entscheidung für den Krieg waren. Ohne die Anstrengungen der Lobby wäre es weitaus weniger wahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten im März 2003 in den Krieg gezogen wären.

### **Träume von der Umwandlung einer Region**

Den Irakkrieg stellte man sich nicht als kostspieligen Sumpf vor. Vielmehr war er gedacht als erste Stufe eines größeren Plans zur Neuordnung des Nahen Ostens. Diese ehrgeizige Strategie stellte ein dramatisches Abweichen von der bisherigen US-Politik dar und die Lobby und Israel waren die entscheidenden Triebkräfte hinter dieser Verschiebung. Dieser Punkt wurde klar, als der Irakkrieg in einem Aufmacher des *Wall Street Journal* begann. Die Schlagzeile sagt alles: "Der Traum des Präsidenten: Nicht nur Änderung eines Regimes, sondern einer Region: Eine USA-freundliche, demokratische Region heißt das Ziel, das israelische und neokonservative Wurzeln hat." (180)

Den pro-israelischen Kräften war seit langem daran gelegen, das US-Militär unmittelbarer in den Nahen Osten einzubinden, so daß es beim Schutz Israels helfen konnte. (181) Aber sie hatten nur begrenzten Erfolg an dieser Front während des Kalten Krieges, weil Amerika als "außenstehendes Gegengewicht" in der Region handelte. Die meisten für den Nahen Osten bestimmten US-Truppen, wie die Rapid Deployment Forces (= Schnelle Eingreiftruppe) wurden "hinter dem Horizont" gehalten und damit in sicherer Entfernung. Washington erhielt ein komfortables Kräftegleichgewicht aufrecht, indem es örtliche Kräfte gegeneinander ausspielte, weshalb auch die Reagan-Regierung im Krieg Iran - Irak (1980-88) Saddam gegen den revolutionären Iran unterstützte.

Diese Politik änderte sich nach dem ersten Golfkrieg, als die Clinton-Regierung eine Strategie der "beiderseitigen Eindämmung" übernahm. Diese erforderte die Stationierung von schlagkräftigen US-Truppen in der Region, um sowohl den Iran als auch den Irak in Schach zu halten, anstelle daß man den einen zur Überwachung des anderen benutzte. Der geistige Vater der beiderseitigen Eindämmung war kein anderer als Martin Indyk, der diese Strategie erstmals im Mai 1993 vor der pro-israelischen Denkfabrik WINEP erläuterte und sie dann als Direktor des Nationalen Sicherheitsrates für Nahost und Südasien umsetzte. (182) Mitte der Neunziger war man mit der beiderseitigen Eindämmung sehr unzufrieden, weil sie die Vereinigten Staaten zum Todfeind zweier Staaten machte, die sich auch gegenseitig haßten, und Washington die Last aufzwang, beide in Schach zu halten. (183) Es überrascht nicht, daß die Lobby den Kongreß aktiv bearbeitete, um die beiderseitige Eindämmung zu retten. (184) Unter dem Druck von AIPAC und anderen pro-israelischen Kräften verstärkte Clinton diese Politik im Frühjahr 1995 durch die Verhängung eines Wirtschaftsembargos gegen den Iran. Aber AIPAC et alia wollten mehr. Das Ergebnis waren das Sanktionsgesetz gegen den Iran und Libyen von 1996, das Strafen gegen alle ausländischen Unternehmen androhte, die mehr als 40 Millionen Dollar zur Erschließung von

Ölvorkommen im Iran oder in Libyen investierten. So vermerkte Ze'ev Schiff, der Militärberichterstatter von *Ha'aretz*, zu jener Zeit: "Israel ist zwar nur ein kleines Teil im großen Plan, aber man sollte daraus nicht schließen, daß es nicht doch auf Umwegen Einfluß ausüben könnte." (185)

Ende der Neunziger jedoch argumentierten die Neokonservativen, daß die beiderseitige Eindämmung nicht ausreiche und daß ein Regimewechsel im Irak nun das Allernotwendigste sei. Durch den Sturz Saddams und die Umwandlung des Irak in eine kraftvolle Demokratie, so argumentierten sie, würden die Vereinigten Staaten einen weitreichenden Prozeß des Wandels im ganzen Nahen Osten auslösen. Dieser Gedankengang wurde natürlich in der "Sauberer Bruch" - Studie offensichtlich, welche die Neokonservativen für Netanyahu geschrieben hatten. 2002, als der Einmarsch im Irak zu einem Streitpunkt in vorderster Front geworden war, war die Umformung der Region zu einem Glaubensartikel in neokonservativen Kreisen geworden. (186)

Charles Krauthammer bezeichnet dieses Hauptprojekt als Ausgeburt des Gehirns von Natan Sharansky, dem israelischen Politiker, dessen Schriften Präsident Bush geprägt haben. (187) Aber Sharansky war bei weitem nicht die einzige Stimme in Israel. In der Tat glaubten Israelis quer durch das politische Spektrum, daß der Sturz Saddams den Nahen Osten zum Vorteil Israels verändern würde. Aluf Benn schrieb in *Ha'aretz* (17. Februar 2003): "Höhere IDF-Offiziere und die Premierminister Vertrauten Ariel Sharons, wie Sicherheitsberater Ephraim Halevy, malten eines rosigen Bild von der Zukunft, die Israel nach dem Krieg erwarten würde. Sie stellten sich einen Domino-Effekt vor, wobei dem Sturz Saddam Husseins der der übrigen Feinde Israels folgen würde. "Mit diesen Führern werden auch Terror und Massenvernichtungswaffen verschwinden." (188)

Kurz gesagt, die israelischen Führer, die Neokonservativen und die Bush-Regierung, alle sahen im Irakkrieg den ersten Schritt einer ehrgeizigen Kampagne, den Nahen Osten zu erneuern. Und im ersten Siegeschwung wandten sie ihren Blick den anderen Widersachern Israels in der Region zu.

### **Ziel auf Syrien**

Vor dem März 2003 drängten die israelischen Führer die Bush-Regierung nicht, Syrien ins Fadenkreuz zu nehmen, weil sie zu sehr damit beschäftigt waren, den Irakkrieg voranzutreiben. Aber sobald Bagdad Mitte April fiel, begannen Sharon und seine Adjutanten, Washington zu bedrängen, sich Damaskus zum Ziel zu nehmen. (189) Am 16. April beispielsweise preschten Sharon und sein Verteidigungsminister Shaul Mofaz mit Interviews in verschiedenen israelischen Zeitungen vor. Sharon rief in *Yedioth Ahronoth* die Vereinigten Staaten auf, "sehr heftigen" Druck auf Syrien auszuüben. (190) Mofaz sagte in *Ma'ariv*: "Wir haben eine lange Liste mit Punkten, die wir bei den Syrern einzufordern gedenken, und es ist angemessen, daß dies durch die Amerikaner erledigt werden sollte." (191) Sharons Sicherheitsberater Ephraim Halevy sagte vor einer Zuhörerschaft von WINEP, daß es nun wichtig sei für die Vereinigten Staaten, Syrien massiv anzugehen, und die *Washington Post* berichtete, daß Israel "die Kampagne" gegen Syrien "befeue", indem sie die US-Geheimdienste mit Berichten über Aktionen des syrischen Präsidenten Bashar Assad fütterte. (192)

Prominente Lobbymitglieder verwendeten die selben Argumente nach dem Fall Bagdads. (193) Wolfowitz erklärte, daß "es einen Regimewechsel in Syrien geben muß" und Richard Perle erklärte einem Journalisten, daß "wir eine kurze Nachrichten senden könnten - eine Nachricht aus zwei Worten [an die anderen gegnerischen Regierungen im Nahen Osten]: 'Ihr seid die nächsten'." (194) Anfang April gab WINEP einen parteiübergreifenden Bericht heraus, in dem festgestellt wurde, daß Syrien "die Nachricht nicht überhören sollte, daß Länder, die Saddams rücksichtsloses, unverantwortliches und herausforderndes Verhalten teilen, damit enden könnten, daß sie sein Schicksal teilen." (195) Am 15. April schrieb Yossi Klein Halevi einen Beitrag in der *Los Angeles Times* unter der Überschrift "Zieht als nächstes die Schrauben gegen Syrien an", während am nächsten Tag Zev Chafets einen Artikel für die *New York Daily* schrieb mit dem Titel "Das terrorfreundliche Syrien braucht auch einen Wechsel." Um von Lawrence Kaplan übertrumpft zu werden, der am 21. April in *New Republic* schrieb, daß der syrische Führer Assad eine ernstliche Bedrohung für Amerika sei. (196)

Wieder zurück auf das Kapitol, wo der Kongreßabgeordnete Eliot Engel (D[emokrat] - N[ew] Y[ork]) am 12. April den Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act (= Gesetz über die Verantwortlichkeit Syriens und die Wiederherstellung der Souveränität des Libanon) erneut eingebracht hatte. (197) Er [der Act] drohte Sanktionen gegen Syrien an für den Fall, daß dieses sich nicht aus dem Libanon zurückzog, seine Massenvernichtungswaffen aufgab und die Unterstützung des Terrorismus einstelle und forderte außerdem Syrien und den Libanon auf, konkrete Schritte zum Friedensschluß mit Israel einzuleiten. Diese Gesetzgebung wurde von der Lobby - vor allem AIPAC - besonders befürwortet und

"umrahmt", laut der *Jewish Telegraph Agency* "von einigen der besten Freunde Israels im Kongreß" (198) Zeitweilig war er [der Act] auf Sparflamme gesetzt, vor allem deshalb, weil die Bush-Regierung nur wenig davon begeistert war, aber das anti-syrische Gesetz ging mit überwältigender Mehrheit durch (398 gegen 4 im Repräsentantenhaus, 89 gegen 4 im Senat) und Bush machte es mit seiner Unterschrift am 12. Dezember 2003 zum gültigen Gesetz. (199)

Dennoch war die Bush-Regierung noch gespaltener Ansicht darüber, ob es klug sei, Syrien zu diesem Zeitpunkt aufs Korn zu nehmen. Obwohl die Neokonservativen versessen darauf waren, einen Kampf mit Damaskus zu provozieren, waren die CIA und das Außenministerium dagegen. Und selbst nachdem Bush das neue Gesetz unterzeichnet hatte, betonte er, daß er nur langsam an seine Umsetzung herangehen würde. (200)

Bushs Zwiespältigkeit ist verständlich. Zum einen hatte Syrien die Vereinigten Staaten seit dem 11.09. mit wichtigen Geheimdienstinformationen über al Qaida versorgt und Washington auch vor einem geplanten Terroranschlag am Golf gewarnt. (201) Syrien hatte außerdem den CIA-Befragern Zugang zu Mohammed Zammar verschafft, dem angeblichen Anwerber von einigen der Flugzeugentführer des 11.9. Das Assad-Regime zum Ziel zu nehmen würde bedeuten, diese wertvollen Verbindungen zu gefährden und dadurch den weiteren Krieg gegen den Terror zu unterminieren.

Zweitens war Syrien vor dem Irakkrieg mit Washington nicht auf schlechtem Fuß gestanden (z.B. hatte es sogar der UN-Resolution 1441 zugestimmt) und stellte keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten dar. Ein hartes Vorgehen gegen Syrien würde die Vereinigten Staaten als Tyrannen dastehen lassen, mit einem unersättlichem Appetit, arabische Staaten aufzumischen. Schließlich würde die Tatsache, daß die Amerikaner Syrien auf die Abschußliste setzen, Damaskus einen kräftigen Ansporn liefern, Unruhe im Irak zu stiften. Selbst wenn man Syrien unter Druck setzen wollte, war es doch sinnvoller, zuerst die Aufgabe im Irak zu erledigen.

Dennoch bestand der Kongreß darauf, die Schrauben gegen Damaskus anzuziehen, weitgehend aufgrund des Drucks von israelischen Offiziellen und pro-israelischen Gruppen wie AIPAC. (202) Wenn es keine Lobby gäbe, gäbe es auch keinen Syria Accountability Act und die US-Politik gegenüber Damaskus befände sich mehr im Einklang mit den nationalen Interessen der USA.

### **Der Iran im Fadenkreuz**

Die Israelis neigen dazu, jede Bedrohung mit den krassesten Ausdrücken zu beschreiben, aber der Iran wird weithin als ihr gefährlichster Feind angesehen, weil er der Gegner ist, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er sich Kernwaffen verschafft. Praktisch alle Israelis betrachten einen islamischen Staat im Nahen Osten, der mit Kernwaffen ausgerüstet ist, als eine existentielle Bedrohung. Der israelische Verteidigungsminister Binyamin Ben-Eliezer bemerkte einen Monat vor dem Irakkrieg: "Der Irak ist ein Problem... Aber Sie sollten verstehen, daß, wenn Sie mich fragen, der Iran heute gefährlicher ist als der Irak." (203) Sharon begann im November 2002, die Vereinigten Staaten in eine Konfrontation mit dem Iran zu treiben, indem er mit einem Interview mit *The Times* (London) vorpreschte. (204) Indem er den Iran als "Zentrum des Weltterrors" beschrieb und versessen auf den Erwerb von Kernwaffen, erklärte er, daß die Bush-Regierung ihren starken Arm gegen den Iran ausstrecken sollte "am Tage nach" der Eroberung des Irak. Ende April 2003 berichtete *Ha'aretz*, daß der israelische Botschafter in Washington nun einen Regimewechsel im Iran einforderte. (205) Der Sturz Saddams, so bemerkte er, war "nicht genug". Er sagte: Amerika "muß es durchführen. Wir sehen uns immer noch großen Bedrohungen gegenüber, wobei die größten aus Syrien und dem Iran kommen."

Die Neokonservativen verloren ebenfalls keine Zeit, Gründe für einen Regimewechsel in Teheran vorzubringen. (206) Am 6. Mai war die AEI Mitveranstalter einer den ganzen Tag dauernden Konferenz zum Thema Iran, gemeinsam mit der pro-israelischen Foundation for the Defense of Democracies (= Stiftung zur Verteidigung der Demokratien) und dem Hudson Institut. (207) Die Redner waren alle stark pro-israelisch eingestellt und viele forderten die Vereinigten Staaten dazu auf, das iranische Regime durch eine Demokratie abzulösen. Wie gewöhnlich gab es eine Flut von Artikeln prominenter Neokonservativer, die Gründe für ein Vorgehen gegen den Iran vorbrachten. William Kristol beispielsweise schrieb am 12. Mai im *Weekly Standard*: "Die Befreiung des Irak war die erste große Schlacht für die Zukunft des Nahen Ostens... Aber die nächste große Schlacht - wie wir hoffen, keine militärische - geht um den Iran." (208)

Die Bush-Regierung hat auf den Druck der Lobby reagiert, indem sie Überstunden einlegte, um das iranische Atomprogramm zu beenden. Aber Washington hatte nur wenig Erfolg damit, und der Iran scheint entschlossen zu sein, ein Kernwaffenarsenal zu bekommen. Daher hat die Lobby ihren Druck auf die US-

Regierung verstärkt, indem sie alle Strategien ihres Drehbuches zum Einsatz brachte. (209) Leitartikel und Artikel warnen jetzt vor den drohenden Gefahren durch einen mit Kernkraft versehenen Iran, warnen vor jeder Beschwichtigung eines "terroristischen" Regimes und spielen dunkel auf Präventivaktionen an, sollte die Diplomatie fehlschlagen. Die Lobby drängt auch den Kongreß zur Ratifizierung des Iran Freedom Act (= Gesetz zur Befreiung des Iran), der schon bestehende Sanktionen gegen den Iran verschärfen würde. Israelische Offizielle warnen auch davor, daß sie Präventivmaßnahmen ergreifen könnten, sollte der Iran sich weiterhin auf dem Weg zur Atommacht halten, wobei die Anspielungen teilweise beabsichtigen, daß Washington weiterhin auf diesen Punkt konzentriert bleibt.

Man könnte behaupten, daß Israel und die Lobby keinen großen Einfluß auf die US-Politik gegenüber dem Iran gehabt hätten, weil die Vereinigten Staaten eigene Gründe dafür haben, den Iran davon abzuhalten, eine Atommacht zu werden. Das ist teilweise wahr, aber die iranischen Atombestrebungen stellen keine existentielle Bedrohung für die Vereinigten Staaten dar. Wenn Washington mit einer Atommacht Sowjetunion leben konnte, einer Atommacht China oder sogar einer Atommacht Nordkorea, dann kann es auch mit einer Atommacht Iran leben. Und daher muß die Lobby einen andauernden Druck auf die US-Politiker aufrechterhalten, damit sie eine Konfrontation mit Teheran suchen. Iran und die Vereinigten Staaten wären wohl kaum Verbündete, wenn die Lobby nicht existierte, aber die US-Politik wäre gemäßigter und ein Präventivkrieg wäre keine ernsthafte Möglichkeit.

### **Zusammenfassung**

Es ist nicht überraschend, daß Israel und seine amerikanischen Anhänger wollen, daß sich die Vereinigten Staaten mit jeder einzelnen und allen Bedrohungen für Israels Sicherheit befassen. Wenn ihre Versuche, die US-Politik zu bestimmen, Erfolg haben, dann werden die Feinde Israels geschwächt oder gestürzt und die Vereinigten Staaten übernehmen den Großteil des Kämpfens, Sterbens, des Wiederaufbaus und der Bezahlung.

Aber selbst wenn die Vereinigten Staaten mit der Umgestaltung des Nahen Ostens einen Fehlschlag erleiden und sich in einem Konflikt mit einer zunehmend radikalisierten arabischen und islamischen Welt wiederfinden, bleibt Israel doch am Ende unter dem Schutz der weltweit einzigen Supermacht. (210) Dies ist aus Sicht der Lobby kein perfektes Ergebnis, aber es ist offensichtlich dem vorzuziehen, daß Washington sich von Israel distanziert oder seinen Einfluß dazu benutzt, Israel zu einem Friedensschluß mit den Palästinensern zu zwingen.

### **SCHLUSSBETRACHTUNG**

Kann die Macht der Lobby beschränkt werden? Man möchte so denken, angesichts des Irak-Debakels, der offensichtlichen Notwendigkeit, Amerikas Image in der arabischen und islamischen Welt neu aufzubauen und der kürzlichen Enthüllungen über AIPAC-Vertreter, die US-Staatsgeheimnisse an Israel weitergegeben haben. Man könnte auch denken, daß Arafats Tod und die Wahl des gemäßigeren Abu Mazen Washington veranlassen würden, einen starken und auf beide Seiten gleichermaßen einwirkenden Druck in Richtung eines Friedensabkommens auszuüben. Kurz gesagt gibt es reichlich Gründe für die Führer der Vereinigten Staaten, sich von der Lobby zu distanzieren und eine Nahostpolitik anzunehmen, die mehr mit den allgemeinen Interessen der USA übereinstimmt. Im besonderen würde der Einsatz der Macht der Vereinigten Staaten für einen gerechten Frieden zwischen Israel und den Palästinensern dabei helfen, das weiter gesteckte Ziel der Bekämpfung von Extremismus und der Förderung von Demokratie im Nahen Osten voranzubringen.

Aber das wird so bald nicht geschehen. AIPAC und seine Verbündeten (darunter christliche Zionisten) haben keine ernstzunehmenden Gegner in der Welt der Lobbys. Sie wissen, daß es heutzutage schwieriger geworden ist, die Sache Israels zu vertreten, und sie reagieren darauf mit der Ausweitung ihrer Aktivitäten und Vergrößerung ihres Personals. (211) Zudem reagieren die amerikanischen Politiker immer noch empfindlich auf Wahlkampfspenden und andere Formen des politischen Drucks und die Hauptausgaben der Medien bleiben wahrscheinlich wohlwollend gegenüber Israel, was immer dieses auch tut. Diese Situation ist zutiefst besorgniserregend, weil der Einfluß der Lobby Unruhe an verschiedenen Fronten auslöst. Er vergrößert die Terrorgefahr, der alle Staaten gegenüberstehen - einschließlich der europäischen Verbündeten Amerikas. Indem sie die US-Führer davon abhält, Druck auf Israel bezüglich eines Friedensschlusses auszuüben, hat die Lobby auch eine Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts unmöglich gemacht. Diese Situation stellt den Extremisten ein mächtiges Rekrutierungsinstrument zur Verfügung, vergrößert den Kader potentieller Terroristen und deren Sympathisanten und trägt weltweit zum islamischen Radikalismus bei.

## DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK

Überdies könnte die Kampagne der Lobby für einen Regimewechsel im Iran und Syrien die Vereinigten Staaten zu einem Angriff auf diese beiden Staaten bringen, mit möglicherweise katastrophalen Auswirkungen. Wir brauchen keinen weiteren Irak. Wenigstens macht es die Feindseligkeit der Lobby diesen beiden Staaten gegenüber besonders schwierig für Washington, sie gegen al Qaida und den Widerstand im Irak zu engagieren, wo ihre Hilfe dringend benötigt wird.

Es gibt hier auch eine moralische Dimension. Dank der Lobby wurden die Vereinigten Staaten diejenigen, die die Expansion Israels in den besetzten Gebieten de facto ermöglichten, was sie zum Helfershelfer der an den Palästinensern begangenen Verbrechen macht. Diese Situation unterhöhlt Washingtons Anstrengungen, Demokratie im Ausland zu fördern und läßt es scheinheilig erscheinen, wenn es andere Staaten unter Druck setzt, die Menschenrechte zu respektieren. US-Anstrengungen zur Begrenzung der Weitergabe von Kernwaffen erscheinen ebenso scheinheilig angesichts der Bereitschaft, Israels Kernwaffenarsenal zu akzeptieren, was den Iran und andere darin bestärkt, eine ähnliche Rüstung anzustreben.

Zudem ist die Kampagne der Lobby, Debatten über Israel vom Tisch zu fegen, ungesund für die Demokratie. Daß sie Skeptiker durch das Anlegen Schwarzer Listen und Boykotte - oder durch die Unterstellung, die Kritiker seien Antisemiten - zum Schweigen bringt, verletzt das Prinzip der offenen Diskussion, von dem die Demokratie abhängig ist. Die Unfähigkeit des US-Kongresses, eine echte Debatte über diese wichtigen Punkte zu führen, lähmt den gesamten Prozeß der demokratischen Überlegung. Die Hintermänner Israels sollten so frei sein, ihre Argumente vorzubringen und sich dem Wettstreit mit denjenigen stellen, die ihnen nicht zustimmen. Aber die Bemühungen, jede Diskussion durch Einschüchterungsmaßnahmen zu unterdrücken, müssen von denjenigen in Bausch und Bogen verdammt werden, die an Freiheit der Rede und offene Diskussion von wichtigen öffentlichen Angelegenheiten glauben.

Schließlich war der Einfluß der Lobby auch schlecht für Israel. Ihre Fähigkeit, Washington dazu zu überreden, einen expansionistischen Plan zu unterstützen, hat Israel davon abgehalten, andere Gelegenheiten zu ergreifen - unter anderem den Abschluß eines Friedensvertrages mit Syrien und die sofortige und vollständige Umsetzung der Beschlüsse von Oslo - die das Leben von Israelis gerettet hätten und die Reihen der palästinensischen Extremisten ausgedünnt hätten. Daß man den Palästinensern ihre legitimen politischen Rechte vorenthält, hat Israel mit Sicherheit nicht sicherer gemacht, und der lange Feldzug zur Tötung oder Ausschaltung einer ganzen Generation palästinensischer Führer hat Extremistengruppen wie die Hamas gestärkt und die Zahl derjenigen Palästinenserführer verringert, die sowohl Willens sind, eine faire Regelung anzustreben als auch in der Lage, diese auch umzusetzen. Dieser Kurs läßt das furchtbare Gespenst auferstehen, daß Israel eines Tages einen Pariastatus einnehmen könnte, der früher den Apartheidstaaten wie Südafrika vorbehalten war. Ironischerweise wäre Israel wahrscheinlich besser dran, wenn die Lobby weniger mächtig wäre und die US-Politik ausgeglichener.

Aber es gibt einen Hoffnungsstrahl. Obwohl die Lobby eine mächtige Kraft bleibt, wird es doch zunehmend schwieriger, die ungünstigen Auswirkungen ihres Einflusses zu verbergen. Mächtige Staaten können eine fehlerbehaftete Politik für einige Zeit durchhalten, aber die Realität kann nicht auf ewig ignoriert werden. Was benötigt wird, ist daher eine unvoreingenommene Diskussion über den Einfluß der Lobby und eine offenere Debatte über die Interessen der USA in dieser lebenswichtigen Region. Das Wohl Israels ist eine dieser Interessen, aber nicht seine fortgesetzte Besetzung des Westjordanlandes oder seine umfassendere Planung für die Region. Eine offene Debatte wird die Grenzen der strategischen und moralischen Gesichtspunkte einer einseitigen US-Unterstützung aufzeigen und könnte die Vereinigten Staaten zu einer Position bewegen, die in größerem Einklang steht mit ihren eigenen nationalen Interessen, mit den Interessen der anderen Staaten in der Region und ebenso auch mit Israels langfristigen Interessen.

**ENDNOTEN**

(1) Tatsächlich legt die bloße Existenz der Lobby nahe, daß die unbedingte Unterstützung für Israel nicht im nationalen Interesse Amerikas liegt. Wenn sie dies wäre, bräuchte man keine organisierte Gruppe für Sonderinteressen, um sie zu erzeugen. Weil aber Israel eine strategische und moralische Verpflichtung darstellt, braucht es unnachsichtigen Druck, um die US-Unterstützung aufrecht zu erhalten. Richard Gephardt, der ehemalige Minderheitenführer im Repräsentantenhaus, sagte dem American-Israel Public Affairs Committee (= amerikanisch-israelisches Komitee für öffentliche Angelegenheiten, AIPAC): "Ohne [Ihre] konstante Unterstützung... und all Ihren täglichen Kämpfen zur Stärkung dieser Beziehung, gäbe es diese nicht." Dieses Zitat wurde von der AIPAC-Internetseite [<http://www.aipac.org/>] am 12. Januar 2004 heruntergeladen. Siehe auch Michael Kinsley, "J'Accuse, Sort Of," *Slate*, 12. März 2003

(2) Laut dem "Greenbook" der US Agency for International Development (= US-Agentur für internationale Entwicklung, USAID), das über "Darlehen und Subventionen in Übersee" berichtet, hat Israel von den Vereinigten Staaten im ganzen Jahr 2003 die Summe von 140.142.800\$ erhalten (zum Dollardurchschnittskurs 2003). Heruntergeladen von der "Greenbook" Internetseite [<http://gesdb.cdie.org/gbk/>] am 8. November 2005.

(3) Laut "Greenbook" erhielt Israel im Jahre 2003 von den Vereinigten Staaten 3,7 Milliarden Dollar Direkthilfe. Die Bevölkerung Israels beträgt laut International Institute for Strategic Studies (= Internationales Institut für Strategiestudien, IISS) und CIA 6.276.883 Einwohner. *The Military Balance: 2005 - 2006* (Oxfordshire: Routledge, 2005), S. 192; <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/>. Das ergibt einen Durchschnitt von 589\$ je Israeli. Wenn man die gleiche Bevölkerungszahl und 3 Milliarden Dollar Gesamthilfe zugrunde legt, erhält jeder Israeli 478\$.

(4) Siehe <http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/>;

*World Bank Atlas* (Washington, DC: Development Data Group, World Bank, September 2004), Seiten 64 - 65.

(5) Zu einer Erörterung der verschiedenen Arten von Sonderzuwendungen, die Israel erhält, siehe Clyde R. Mark, "Israel: U.S. Foreign Assistance," Issue Brief for Congress (Washington, DC: Congressional Research Service, 26. April 2005).

(6) Avner Cohen, *Israel and the Bomb* (New York: Columbia University Press, 1999);

Seymour M. Hersh, *The Samson Option: Israel's Nuclear Arsenal and American Foreign Policy* (New York: Random House, 1991).

(7) "Report of the Open - Ended Working Group on the Question of Equitable Representation on and Increase in the Membership of the Security Council and Other Matters Related to the Security Council," Anhang III, U.N. General Assembly Official Records, 58th Session, Supplement No. 47, 2004, Seiten 13 - 14;

Donald Neff, "An Updated List of Vetoes Cast by the United States to Shield Israel from Criticism by the U.N. Security Council," *Washington Report on Middle East Affairs*, Mai/Juni 2005;

Stephen Zunes, "U.S. Declares Open Season on UN Workers," *CommonDreams.org*, 10. Januar 2003.

Außerdem gab es viele Entschlüsse, die nie zur Abstimmung kamen, weil die Mitglieder des Sicherheitsrates wußten, daß die Vereinigten Staaten sie mit ihrem Veto blockieren würden. Angesichts der Schwierigkeit, einzelne Aktionen Israels im Sicherheitsrat zu kritisieren, kam die Kritik oft von der Vollversammlung der UN, in der kein Staat ein Vetorecht besitzt. In diesen Fällen finden sich die Vereinigten Staaten unverändert auf der Verliererseite von einseitigen Abstimmungsergebnissen in der Größenordnung von sagen wir 133 zu 4, wobei sich unter den ablehnenden Staaten sowohl Mikronesien und die Marshall-Inseln als auch Israel und die Vereinigten Staaten befinden.

Als Reaktion darauf berichtete der *Forward* im November 2003, daß die Bush-Regierung nach Anstiftung durch das American Jewish Committee "die seit Jahren umfassendste Kampagne lostrat, um die Zahl der gegen Israel gerichteten Entschlüsse zu reduzieren, die routinemäßig die Vollversammlung der Vereinten Nationen passieren." Marc Perelman, "Washington Seeking to Reduce Number of Anti - Israel Votes at U.N.," *Forward*, 14. November 2003.

(8) Marc Perelman, "International Agency Eyes Israeli Nukes," *Forward*, 5. September 2003.

(9) William B. Quandt, *Peace Process: American Diplomacy and the Arab - Israeli Conflict since 1967*, 3. Auflage (Washington, DC: Brookings Institution Press, 2005), Kap. 5 - 7, 10 - 12.

(10) Nathan Guttman, "U.S. Accused of Pro - Israel Bias at 2000 Camp David," *Ha'aretz*, 29. April 2005. Siehe auch Aaron D. Miller, "Israel's Lawyer," *Washington Post*, 23. Mai 2005;

"Lessons of Arab - Israeli Negotiating: Four Negotiators Look Back and Ahead," Mitschrift einer Podiumsdiskussion, Middle East Institute, 25. April 2005.

Zu allgemeinen Erörterungen, wie die Vereinigten Staaten durchweg Israel bevorzugt gegenüber den Palästinensern behandeln, siehe Noam Chomsky, *Fateful Triangle: The United States, Israel and the Palestinians* (Cambridge, MA: South End Press, 1999);

Kathleen Christison, *Perceptions of Palestine: Their Influence on U.S. Middle East Policy* (Berkeley, CA: University of California Press, 2001);

Naseer H. Aruri, *Dishonest Broker: The U.S. Role in Israel and Palestine* (Cambridge, MA: South End Press, 2003).

Bemerkenswert ist auch, daß die Briten während der Zeit des britischen Mandats (1919-1948) die Zionisten gegenüber den Palästinensern bevorzugt haben. Siehe Tom Segev, *One Palestine, Complete: Jews and Arabs under the British Mandate* (New York: Henry Holt, 2000).

(11) Heruntergeladen von der AIPAC-Internetseite [<http://aipac.org/documents/unitedefforts.html>] am 12. Januar 2006

(12) Siehe beispielsweise Warren Bass, *Support Any Friend: Kennedy's Middle East and the Making of the US - Israel Alliance* (NY: Oxford University Press, 2003);

A.F.K. Organski, *The \$36 Billion Bargain: Strategy and Politics in U.S. Assistance to Israel* (New York: Columbia University Press, 1990);

Steven L. Spiegel, "Israel as a Strategic Asset," *Commentary*, Juni 1983, Seiten 51 - 55;

Derselbe, *The Other Arab - Israeli Conflict: Making America's Middle East Policy, from Truman to Reagan* (Chicago: University of Chicago Press, 1985).

(13) Dies bezieht sich auf Moshe Dayan, der in Erinnerung an ein Gespräch mit Henry Kissinger zur Zeit des Oktoberkrieges 1973 bemerkte: "Obwohl ich feststellte, daß die Vereinigten Staaten das einzige Land waren, das bereit war, uns beizustehen, war es doch meine stille Überlegung, daß die Vereinigten Staaten doch lieber die Araber unterstützen würden." Moshe Dayan, *Moshe Dayan: Story of My Life* (NY: William Morrow, 1976), Seiten 521 - 513.

Siehe auch Zach Levey, "The United States' Skyhawk Sale to Israel, 1966: Strategic Exigencies of an Arms Deal," *Diplomatic History*, Vol. 28, No. 2 (April 2004), Seiten 255 - 276.

(14) Bernard Lewis schrieb 1992: "Welchen Wert Israel als strategischer Gewinn während des Kalten Krieges auch gehabt haben mag, so verschwand dieser Wert offensichtlich, als der Kalte Krieg selbst zu Ende war. Die Änderung wurde während des Golfkrieges im vergangenen Jahr klar herausgestellt, als der größte Wunsch der Vereinigten Staaten an Israel war, daß dieses sich aus dem Konflikt heraushalte - ruhig blieb, untätig und soweit als möglich unsichtbar... Israel war kein Vorteil, sondern eine Belanglosigkeit - manche sagen sogar: ein Ärgernis. Einige der Dinge, welche die israelische Regierung später sagte und tat, machten eine Änderung dieser Vorstellung unwahrscheinlich." "Rethinking the Middle East," *Foreign Affairs*, Vol. 71, No. 4, (Herbst 1992), Seiten 110 - 111.

(15) Gemäß dem Nahost-Experten Shibley Telhami "findet kein anderer Aspekt einen größeren Widerhall in der Öffentlichkeit der arabischen Welt und vielen Teilen der muslimischen Welt als Palästina. Kein anderer Aspekt prägt die Vorstellungen von Amerika in dieser Region mehr als die Palästinafrage." *The Stakes: America and the Middle East* (Boulder, CO: Westview Press, 2002), S. 96.

Lakhdar Brahimi, ehemaliger UN-Sonderbotschafter im Irak, der die Bush-Regierung dafür gewann, die Bildung einer Übergangsregierung im Irak im Juni 2004 zu unterstützen, sagte, daß die israelische Politik gegenüber den Palästinensern "das große Gift in der Region" ist, und daß "in der Region und darüber hinaus" die Leute die "Ungerechtigkeit dieser Politik und die ebenso ungerechte Unterstützung der Vereinigten Staaten für diese Politik" erkannten. Siehe Warren Hoge, "U.N. Moves to Disassociate Itself from Remarks by Envoy to Iraq," *New York Times*, 23. April 2004;

"Brahimi's Israel Comments Draw Annan, Israel Ire," *Ha'aretz*, 24. April 2004.

Siehe auch die Kommentare des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak in "Mubarak: Arab Hatred of America Growing," *Washington Post*, 20. April 2004.

Und schließlich Ami Eden, "9/11 Commission Finds Anger at Israel Fueling Islamic Terrorism Wave," *Forward*, 30. Juli 2004.

(16) National Commission on Terrorist Attacks against the United States, "Outline of the 9/11 Plot," Staff Statement No. 16, 16. Juni 2004.

Siehe auch Nathan Guttman, "Al - Qaida Planned Attacks during PM's Visit to White House," *Ha'aretz*, 17. Juni 2004;

und Marc Perelman, "Bin Laden Aimed to Link Plot to Israel," *Forward*, 25. Juni 2004.

## DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK

Pro-israelische Unterstützer argumentieren oft, daß bin Laden erst nach dem 11.9. Interesse am israelisch-palästinensischen Konflikt gezeigt habe und zwar ausschließlich deswegen, weil es gut gewesen sei für Rekrutierungszwecke. Demzufolge gäbe es praktisch keine Verbindung zwischen den Ereignissen des 11.9. und der US-Unterstützung für Israel.

Siehe Andrea Levin, "Don't Scapegoat Israel," *Boston Globe*, 6. Oktober 6, 2001;

Norman Podhoretz, "Israel Isn't the Issue," *Wall Street Journal*, 20. September 2001.

Beachten Sie, daß beide Artikel unmittelbar nach dem Einsturz der Zwillingstürme veröffentlicht wurden. Jetzt jedoch haben wir eine beträchtliche Anzahl von Schriften und Reden bin Ladens aus den achtziger und neunziger Jahren und es ist klar, daß er sich intensiv um Jerusalem und die Palästinenser betreffende Angelegenheiten schon lange vor dem 11.9. kümmerte.

Siehe beispielsweise "Jihad against Jews and Crusaders," Stellungnahme der World Islamic Front, 23. Februar 1998; Mitschrift von Osama bin Ladens Interview mit Peter Arnett vom 20. März 1997 (Erstsendung am 10. Mai 1997).

Ebenso "New Osama bin Laden Video Contains Anti - Israel and Anti - American Statements," heruntergeladen von der Internetseite der Anti-Defamation League (ADL) [<http://www.adl.org/terrorism-america/bin-l-print.asp>] am 8. März 2004.

(17) *Changing Minds, Winning Peace: A New Strategic Direction for U.S. Public Diplomacy in the Arab and Muslim World*, Report of the Advisory Group on Public Diplomacy for the Arab and Muslim World, Submitted to the Committee on Appropriations, U.S. House of Representatives, 1. Oktober 2003, S. 18.

Siehe auch The Pew Global Attitudes Project, *Views of a Changing World 2003: War With Iraq Further Divides Global Publics* (Washington, DC: The Pew Research Center for the People and the Press, 3. Juni 2003);

*Report of the Defense Science Board Task Force on Strategic Communication* (Washington, DC: Office of the Undersecretary of Defense for Acquisition, Technology, and Logistics, September 2004);

Shibley Telhami, "Arab Public Opinion: A Survey in Six Countries," *San Jose Mercury*, 16. März 2003;

John Zogby, *The Ten Nation Impressions of America Poll* (Utica, NY: Zogby International, 11. April 2002);

derselbe, *Impressions of America 2004: How Arabs View America, How Arabs Learn about America (Six Nation Survey)*, (Utica, NY: Zogby International, 2004).

(18) Siehe The Pew Global Attitudes Project, *America Admired, Yet Its New Vulnerability Seen As Good Thing, Say Opinion Leaders* (Washington, DC: The Pew Research Center for the People and the Press, 19. Dezember 2001); Pew Global Attitudes Project, *Views of a Changing World 2003*, S. 5.

(19) Kopie des Briefes siehe unter "Doomed to Failure in the Middle East," *The Guardian*, 27. April 2004.

Siehe auch Nicholas Blanford, "US Moves Inflammate Arab Moderates," *The Christian Science Monitor*, 26. April 2004;

Rupert Cornwell, "Allies Warn Bush that Stability in Iraq Demands Arab - Israeli Deal," *The Independent*, 10. Juni 2004;

Glenn Kessler und Robin Wright, "Arabs and Europeans Question 'Greater Middle East' Plan," *Washington Post*, 22. Februar 2004;

Paul Richter, "U.S. Has Fresh Hope for Mideast," *Los Angeles Times*, 7. November 2004;

Robin Wright und Glenn Kessler, "U.S. Goals for Middle East Falter," *Washington Post*, 21. April 2004.

Sogar einige Israelis verstehen: "Die Fortsetzung dieses Konflikts, einschließlich der israelischen Besatzung, wird mit größter Sicherheit zu neuen Wellen von Terror führen, und der internationale Terrorismus, den die Amerikaner so sehr fürchten, wird sich ausbreiten." Ze'ev Schiff, "Fitting into America's Strategy," *Ha'aretz*, 1. August 2003.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß rund 50 pensionierte amerikanische Diplomaten im Mai 2004 Präsident Bush einen Brief schrieben, ähnlich dem Brief, den die britischen Diplomaten an Tony Blair sandten. Eine Kopie des amerikanischen Briefes wurde veröffentlicht in *The New York Review of Books*, 18. November 2004.

(20) Beachten Sie hierzu beispielsweise die Kontroverse, die 2005 bezüglich Israels Entscheidung ausbrach, seine Siedlungen im Westjordanland zu erweitern.

Siehe Aluf Benn, "We Can't Expect Explicit U.S. Okay to Build in Settlements," *Ha'aretz*, 28. März 2005;

Akiva Eldar, "Bush: End Expansion of Settlements," *Ha'aretz*, 27. Mai 2005;

"Bush Warns Israel over West Bank," *BBC News Online*, 11. April 2005;

Donald Macintyre, "Sharon Vows to Defy Bush over Expansion of Israeli Settlements," *Independent*,

22. April 2005;

"Sharon Brushes Off Warning from Bush," *MSNBC.com*, 12. April 2005;

Amy Teibel, "U.S. to Israel: Stop Expanding Settlements," *Washington Post*, 26. Juni 2005;

Ze'ev Schiff, "U.S.: Israel Shirking Its Promises on Settlement Boundaries," *Ha'aretz*, 15. März 2005.

Bezüglich der gezielten Meuchelmorde versprach Premierminister Sharon Außenminister Colin Powell im Mai 2003, daß Israel damit aufhören würde, Palästinenserführer zu ermorden, sofern es keine "tickende Bombe" (einen drohenden Anschlag) gäbe. Ze'ev Schiff, "Focus / Americans Fear Abu Mazen Is Further Weakened," *Ha'aretz*, 12. Juni 2003.

Aber nur einen Monat später, nachdem Bush mit einer Besuchsreise durch den Nahen Osten vorgeprescht war und die Aussichten für Verhandlungen zwischen den sich bekriegenden Parteien vielversprechend aussahen, befahl Sharon sieben Meuchelmordaktionen innerhalb von fünf Tagen, und keine betraf eine "tickende Bombe". Bradley Burston, "Background: Has Sharon's Hamas Hitlist Converted Bush?" *Ha'aretz*, 17. Juni 2003.

Siehe auch Uri Avnery, "Avoiding a Road Map to the Abyss," *Arab News* (online), 26. August 2003;

Glenn Kessler, "White House Backs Latest Israeli Attacks," *Washington Post*, 13. Juni 2003;

Laura King, "Sharon Lauds Hebron Killing," *Los Angeles Times*, 23. Juni 2003;

Gideon Levy, "Who Violated the Hudna?" *Tikkun* (online), 17. August 2003.

Im März 2004 ermordete die IDF den geistigen Führer der Hamas Scheich Yassin, obwohl er keine drohende Gefahr darstellte und obwohl sein Tod die Position Amerikas im Nahen Osten beschädigte.

Georgie Anne Geyer, "Ariel Sharon Complicates U.S. Mission," *Chicago Tribune*, 26. März 2004;

H.D.S. Greenway, "Assassination Fallout Bodes Ill for US," *Boston Globe*, 26. März 2004;

Tony Karon, "How Israel's Hamas Killing Affects the U.S.," *Time*, 23. März 2004;

David R. Sands, "Israel's Killing of Yassin Puts US in Line of Fire," *Washington Times*, 23. März 2004.

Jim Hoagland sagte im Verfolg der Ermordung Yassins: "Möglicherweise mit Ausnahme von Charles de Gaulle hat noch kein Führer einer befreundeten ausländischen Nation die moderne amerikanische Diplomatie beständiger und schwerwiegender verkompliziert als Ariel Sharon. Er verfolgt israelische Interessen mit der Ausdauer eines Kriegers und einer Direktheit, die einem den Atem raubt und jedem anderen die Wahl nimmt."

Siehe "Consequences for Sharon - and the U.S.," *Chicago Tribune*, 26. März 2004.

(21) Zitiert in Duncan L. Clarke, "Israel's Unauthorized Arms Transfers," *Foreign Policy*, No. 99 (Sommer 1995), S. 94.

Dieser Artikel bietet eine ausgezeichnete Erörterung des Problems. 2004-2005 gab es zwischen den Vereinigten Staaten und Israel eine erbitterte Kontroverse über israelische Waffenverkäufe an China.

Siehe Aluf Benn und Amnon Barzilai, "Pentagon Official Wants Yaron Fired," *Ha'aretz*, 16. Dezember 2004;

Aluf Benn, "U.S. Keeps Israel Out of New Fighter - Jet Development Program," *Ha'aretz*, 12. Oktober 2005;

Nina Gilbert, "Yaron Won't Give Info on Arms Sales to China," *Jerusalem Post*, 30. Dezember 2004;

"Israeli, U.S. Talks on Weapons Deals with China End without Result," *Ha'aretz*, 29. Juni 2005;

Marc Perelman, "Spat Over Sales of Weapons Chilling Ties between Jerusalem and Beijing," *Forward*, 23. Dezember 2004;

Marc Perelman, "China Crisis Straining U.S. - Israel Ties," *Forward*, 5. August 2005;

Marc Perelman, "Israel Miffed over Lingering China Flap," *Forward*, 7. Oktober 2005;

Ze'ev Schiff, "U.S. - Israel Crisis Deepens over Defense Exports to China," *Ha'aretz*, 27. Juli 2005.

(22) Zitiert in Duncan L. Clarke, "Israel's Economic Espionage in the United States," *Journal of Palestine Studies*, Vol. 27, No. 4 (Sommer 1998), S. 21.

Siehe auch Bob Drogin und Greg Miller, "Israel Has Long Spied on U.S. Say Officials," *Los Angeles Times*, 3. September 2004;

"FBI Says Israel a Major Player in Industrial Espionage," *Jewish Bulletin*, 16. Januar 1998;

Clyde R. Mark, "Israeli - United States Relations," Issue Brief for Congress (Washington, DC: Congressional Research Service, 9. November 2004), Seiten 14 - 15;

Joshua Mitnick, "U.S. Accuses Officials of Spying," *Washington Times*, 16. Dezember 2004.

(23) Zur Pollard-Affäre siehe Hersh, *Samson Option*, Seiten 285 - 305;

derselbe, "The Traitor: Why Pollard Should Never Be Released," *New Yorker*, Vol. 74, issue 42 (18. Januar 1999), Seiten 26 - 33.

Im Internet gibt es eine große Anzahl von Artikeln, die sich mit der Franklin-Affäre befassen. Einen guten Überblick über den Fall bietet Jeffrey Goldberg, "Real Insiders: A Pro - Israel Lobby and an F.B.I.

Sting," *New Yorker*, Vol. 81, issue 19 (4. Juli 2005), Seiten 34 - 40.

(24) Trevor N. Dupuy, *Elusive Victory: The Arab - Israeli Wars, 1947 - 1974* (New York: Harper and Row, 1978), Seiten 3 - 19, 121 - 125, 146 - 147, 212 - 214, 231 - 244, 333 - 340, 388 - 390, 597 - 605, 623 - 633;

Simha Flapan, *The Birth of Israel: Myths and Realities* (New York: Pantheon Books, 1987), Seiten 189 - 199;

Rashid Khalidi, "The Palestinians and 1948: The Underlying Causes of Failure," in Eugene L. Rogan und Avi Shlaim, Hrsg., *The War for Palestine: Rewriting the History of 1948* (NY: Cambridge University Press, 2001), Seiten 12 - 36;

Haim Levenberg, *Military Preparations of the Arab Community in Palestine, 1945 - 1948* (London: Frank Cass, 1993);

Benny Morris, *The Birth of the Palestinian Refugee Problem Revisited* (New York: Cambridge University Press, 2004), Kap. 1,3.

derselbe, *Righteous Victims: A History of the Zionist - Arab Conflict, 1881 - 1999* (New York: Alfred Knopf, 1999), Seiten 187 - 189, 191 - 196, 217 - 223, 235 - 236, 241 - 242, 286 - 291, 311 - 313, 393 - 395;

Martin Van Creveld, *The Sword and the Olive: A Critical History of the Israeli Defense Forces* (NY: Public Affairs, 1998), Seiten. 77 - 82, 137 - 138, 179 - 182.

(25) Amos Harel, "Israel Maintains Its Strategic Advantage, Says Jaffee Center," *Ha'aretz*, 23. November 2005.

Siehe auch Uri Bar - Joseph, "The Paradox of Israeli Power," *Survival*, Vol. 46, No. 4 (Winter 2004 - 05), Seiten 137 - 156;

Martin Van Creveld, "Opportunity Beckons," *Jerusalem Post*, 15. Mai 2003.

(26) Drei aufschlußreiche Stücke zu diesem Thema aus der israelischen Presse unter Amiram Barkat, "Majority of Israelis Are Opposed to Inter-marriage, Survey Finds," *Ha'aretz*, 15. September 2003;

Nicky Blackburn, "Better a Jew," *Ha'aretz*, 21. April 2004;

Lily Galili, "Hitting Below the Belt," *Ha'aretz*, 8. August 2004.

(27) Siehe "The Official Summation of the Or Commission Report," veröffentlicht in *Ha'aretz*, 2. September 2003.

Als Beleg dafür, wie feindselig viele Israelis gegenüber den Enthüllungen und Empfehlungen des Berichts eingestellt waren, siehe

"No Avoiding the Commission Recommendations," *Ha'aretz*, 4. September 2003;

Molly Moore, "Israeli Report Is Welcomed, Dismissed," *Washington Post*, 3. September 2003.

Siehe auch Bernard Avishai, "Saving Israel from Itself: A Secular Future for the Jewish State," *Harper's Magazine*, Januar 2005.

Beachtenswert ist auch, daß das Israel Democracy Institute im Mai 2003 berichtete, daß 53 Prozent der israelischen Juden "gegen die volle Gleichberechtigung der Araber sind"; 77 Prozent der israelischen Juden glauben, daß "es eine jüdische Mehrheit für kritische politische Entscheidungen geben sollte", nur 31 Prozent "unterstützen es, auch arabische Parteien im Parlament zu haben"; 57 Prozent "denken, die Araber sollten zur Auswanderung ermuntert werden".

Siehe "The Democracy Index: Major Findings 2003."

Stellen Sie sich das Geschrei vor, das losginge, wenn eine Mehrheit von weißen Amerikanern erklärte, daß Schwarze, Spanischstämmige und Asiaten "ermuntert werden sollten" die Vereinigten Staaten zu verlassen.

Bezüglich jüngerer Umfragen, die nur wenig Änderungen in den Einstellungen der Israelis aufzeigen, siehe Yulie Khromchenko, "Survey: Most Jewish Israelis Support Transfer of Arabs," *Ha'aretz*, 22. Juni 2004;

Yoav Stern, "Poll: Most Israeli Jews Say Israeli Arabs Should Emigrate," *Ha'aretz*, 4. April 2005.

(28) Zitiert in Justin Huggler, "Israel Imposes 'Racist' Marriage Law," *Guardian*, 1. August 2003.

Siehe auch James Bennet, "Israel Blocks Palestinians from Marrying into Residency," *New York Times*, 31. Juli 2003;

"Racist Legislation," *Ha'aretz* editorial, 19. Juli 2004;

"Racist Legislation," *Ha'aretz* editorial, 18. Januar 2005.

Selbst die Anti - Defamation League (ADL) kritisierte diese Gesetzgebung, wenn auch nur milde.

Nathan Guttman, Yair Ettinger, Sharon Sadeh, "ADL Criticizes Law Denying Citizenship to

Palestinians," *Ha'aretz*, 5. August 2003.

(29) Die erste Welle europäischer Juden, die nach Palästina kam, ist unter dem Namen First Aliyah bekannt und betrifft die Jahre 1882 bis 1903. 1882 gab es in Palästina nur wenig mehr als 15.000 Juden. Justin McCarthy, *The Population of Palestine: Population History and Statistics of the Late Ottoman Period and the Mandate* (NY: Columbia University Press, 1990), S.11, das ausgezeichnete Daten über die Jahre 1850 bis 1915 enthält.

Siehe auch Mark Tessler, *A History of the Israeli - Palestinian Conflict* (Bloomington, IN: Indiana University Press, 1994), S. 124.

(30) Die Gesamtbevölkerung Palästinas betrug im Jahre 1893 rund 530.000, wovon etwa 19.000 Juden waren (3,6 Prozent). Die Araber stellten die überwiegende Mehrheit unter der übrigen Bevölkerung. McCarthy, *Population of Palestine*, S. 11.

(31) Flapan, *Birth of Israel*, S. 44; Morris, *Righteous Victims*, S. 186.

(32) Flapan, *Birth of Israel*, S 22.

Ähnliches erzählte auch Ben-Gurion seinem Sohn: "Ich bin sicher, daß wir in der Lage sein werden, in allen übrigen Teilen des Landes zu siedeln, sei es in Übereinstimmung oder in gegenseitiger Übereinstimmung mit unseren arabischen Nachbarn oder auf andere Weise." Er fuhr fort: "Errichtet sofort einen jüdischen Staat, selbst wenn er nicht das gesamte Land umfaßt. Der Rest wird im Laufe der Zeit (hinzu-) kommen. Er muß kommen."

Avi Shlaim, *The Iron Wall: Israel and the Arab World* (NY: Norton, 2000), S. 21.

Siehe auch Flapan, *Birth of Israel*, Seiten 13 - 53;

Nur Masalah, *Expulsion of the Palestinians: The Concept of Transfer in Zionist Political Thought, 1882 - 1948* (Washington, DC: Institute for Palestine Studies, 1992), Kap 2;

Morris, *Righteous Victims*, Seiten 138 - 139;

Avi Shlaim, *The Politics of Partition: King Abdullah, the Zionists, and Palestine, 1921 - 1951* (NY: Oxford University Press, 1999).

(33) Masalah, *Expulsion of the Palestinians*, S. 128.

Siehe auch Morris, *Righteous Victims*, Seiten 140, 142, 168 - 169.

(34) Benny Morris, "A New Exodus for the Middle East?" *Guardian*, 3. Oktober 2002.

Zum Vorherrschen des Transfergedankens unter den Zionisten vor der Gründung Israels 1948 siehe Masalha, *Expulsion of the Palestinians*;

Morris, "Revisiting the Palestinian Exodus of 1948," in Rogan und Shlaim, *War for Palestine*, Seiten 39 - 48;

Morris, *Birth Revisited*, Kap. 2;

Ari Shavit, "Survival of the Fittest," *Ha'aretz*, 9. Januar 2004.

(35) Morris bietet in *Birth Revisited* eine detaillierte Aufstellung dieses Ereignisses.

Siehe auch Meron Benvenisti, *Sacred Landscape: The Buried History of the Holy Land since 1948*, trans. Maxine Kaufman - Lacusta (Berkeley, CA: University of California Press, 2000), Kap. 3 - 4.

Die einzige noch andauernde Erörterung von Wichtigkeit bezüglich der Austreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat dreht sich darum, ob sie "dem Krieg entsprang", wie Morris argumentiert, oder geplant war, wie Norman Finkelstein argumentiert in *Image and Reality of the Israel - Palestine Conflict* (London: Verso, 1995), Kap. 3.

(36) Erskine Childers, "The Other Exodus," *Spectator*, 12. Mai 1961;

Flapan, *Birth of Israel*, Seiten 81 - 118;

Walid Khalidi, "Why Did the Palestinians Leave Revisited," *Journal of Palestine Studies*, Vol. 34, No. 2 (Winter 2005), Seiten 42 - 54;

derselbe, "The Fall of Haifa," *Middle East Forum*, Vol. 35, No. 10 (Dezember, 1959), Seiten 22 - 32;

Morris, *Birth Revisited*.

(37) Nahum Goldmann, *The Jewish Paradox*, trans. Steve Cox (NY: Grosset and Dunlap, 1978), S. 99.

Ze'ev Jabotinsky, der Gründervater der israelischen Rechten, brachte im Grunde das gleiche Argument an, als er schrieb: "Kolonisation erklärt sich von selbst und was sie mit sich bringt, wird von jedem vernünftigen Juden und Araber völlig verstanden. Kolonisation kann nur einen Zweck haben. Für die Araber des Landes ist dieser Zweck seinem Wesen nach unannehmbar. Das ist eine natürliche Reaktion und nichts wird sie ändern." Zitiert in Ian Lustick, "To Build and To Be Built By: Israel and the Hidden Logic of the Iron Wall," *Israel Studies*, Vol. 1, No. 1 (Frühjahr 1996), S. 200.

- (38) Siehe Geoffrey Aronson, *Israel, Palestinians, and the Intifada: Creating Facts on the West Bank* (London: Kegan Paul International, 1990);  
 Amnon Barzilai, "A Brief History of the Missed Opportunity," *Ha'aretz*, 5. Juni 2002;  
 Derselbe, "Some Saw the Refugees as the Key to Peace," *Ha'aretz*, 11. Juni 2002;  
 Moshe Behar, "The Peace Process and Israeli Domestic Politics in the 1990s," *Socialism and Democracy*, Current Issue Number 32, Vol. 16, No. 2 (Sommer - Herbst 2002), Seiten 34 - 47;  
 Adam Hanieh und Catherine Cook, "A Road Map to the Oslo Cul - de - Sac," *Middle East Report Online*, 15. Mai 2003;  
 "Israel's Interests Take Primacy: An Interview with Dore Gold," in *bitterlemons.org*, "What Constitutes a Viable Palestinian State?" 15. März 2004, Edition 10;  
 Nur Masalha, *Imperial Israel and the Palestinians: The Politics of Expansion* (London: Pluto Press, 2000);  
 Sara Roy, "Erasing the 'Optics' of Gaza," *The Daily Star Online*, 14. Februar 2004;  
 "36 Years, and Still Counting," *Ha'aretz*, 26. September 2003.
- (39) Rahid Khalidi, *Palestinian Identity: The Construction of Modern National Consciousness* (NY: Columbia University Press, 1997), S. 147.  
 Meir sagte auch: "Es war nicht so, daß es in Palästina ein palästinensisches Volk gab, das sich selbst als palästinensisches Volk betrachtete und daß wir kamen und sie hinauswarfen und ihnen ihr Land wegnahmen. Sie existierten nicht." Masalha, *Imperial Israel*, S. 47.  
 Rabin sagte 1985, nur zwei Jahre nach der Unterzeichnung der Abkommen von Oslo: "Ich suche friedliche Koexistenz zwischen Israel als einem jüdischen Staat, nicht über das ganze Land Israel, oder dem Großteil davon, seiner Hauptstadt, dem vereinigten Jerusalem, der wiederaufgebauten Sicherheitsgrenze gegen Jordanien, daneben eine palästinensische Daseinsform, weniger als ein Staat, die das Leben der Palästinenser betreibt... Dies ist mein Ziel, nicht, hinter die Grenzlinien vor dem Sechstagekrieg zurückzukehren, sondern zwei Einheiten zu bilden, eine Trennung zwischen Israel und den Palästinensern, die im Westjordanland und dem Gazastreifen leben." Hanieh and Cook, "Road Map." Siehe auch Akiva Eldar, "On the Same Page, Ten Years On," *Ha'aretz*, 5. November 2005;  
 David Grossman, "The Night Our Hope for Peace Died," *Guardian*, 4. November 2005;  
 Michael Jansen, "A Practice that Prevents the Emergence of a Palestinian State," *Jordan Times*, 10. November 2005.  
 Es ist festzuhalten, daß im Frühjahr 1998 Israel und seine amerikanischen Anhänger die First Lady Hillary Clinton scharf kritisierten, weil sie gesagt hatte: "Es wäre im langfristigen Interesse von Frieden im Nahen Osten, daß es dort einen Palästinenserstaat gibt, einen funktionierenden, modernen Staat, der auf dem gleichen Fundament steht wie andere Staaten."  
 Tom Rhodes und Christopher Walker, "Congress Tells Israel to Reject Clinton's Pullout Plan," *New York Times*, 8. Mai 1998;  
 James Bennet, "Aides Disavow Mrs. Clinton on Mideast," *New York Times*, 8. Mai 1998.
- (40) Charles Enderlein, *Shattered Dreams: The Failure of the Peace Process in the Middle East, 1995 - 2002*, trans. Susan Fairfield (NY: Other Press, 2003), Seiten 201, 207 - 208;  
 Jeremy Pressman, "Visions in Collision: What Happened at Camp David and Taba?" *International Security*, Vol. 28, No. 2 (Herbst 2003), S. 17;  
 Deborah Sontag, "Quest for Mideast Peace: How and Why It Failed," *New York Times*, 26. Juli 2001;  
 Clayton E. Swisher, *The Truth about Camp David: The Untold Story about the Collapse of the Peace Process* (NY: Nation Books, 2004), Seiten 284, 318, 325.  
 Barak selbst sagte im Anschluß an Camp David, daß "den Palästinensern ein durchgehendes Stück souveränen Territoriums versprochen wurde, mit Ausnahme eines rasiermesserschmalen Stückes von Jerusalem über Maale Adumim bis zum Jordan," das im Ergebnis unter israelischer Kontrolle geblieben wäre.  
 Benny Morris, "Camp David and After: An Exchange (1. An Interview with Ehud Barak)", *New York Review of Books*, Vol. 49, No. 10 (13. Juni 2002), S. 44.  
 Siehe auch die Landkarte, welche die israelischen Verhandlungsführer den Palästinensern in Camp David präsentierten. Eine Kopie findet sich in Roane Carey, Hrsg., *The New Intifada: Resisting Israel's Apartheid* (London: Verso, 2001), S. 36.
- (41) Siehe Alan Dershowitz, *The Case for Israel* (Hoboken, NJ: John Wiley & Sons, 2003).  
 Bezüglich einer deutlichen Kritik von Dershowitz' Buch siehe Norman G. Finkelstein, *Beyond Chutzpah: On the Misuse of Anti - Semitism and the Abuse of History* (Berkeley: University of California Press, 2005).  
 Siehe auch "Dershowitz v. Desch," *American Conservative*, 16. Januar 2005.

(42) Morris, *Righteous Victims*, Kap. 2 - 5.

(43) Morris, *Birth Revisited*.

Hierzu muß vermerkt werden, daß viele israelische Dokumente die Ereignisse von 1948 betreffend weiterhin als geheim eingestuft werden. Morris erwartet, "daß wir sowohl bezüglich der Vertreibungen als auch der Greuelthaten weitere Enthüllungen im Laufe der Jahre erwarten können und daß mehr israelische Berichte zugänglich gemacht werden."

Morris, "Revisiting the Palestinian Exodus," in Rogan und Shlaim, *War for Palestine*, S. 49.

In der Tat behauptet er, daß die bisher gemeldeten Fälle von Vergewaltigung, von denen er Kenntnis hat, nur "die Spitze des Eisbergs" darstellen.

Siehe Shavit, "Survival of the Fittest."

(44) Benny Morris, *Israel's Border Wars, 1949 - 1956* (New York: Oxford University Press, 1997), S. 432.

Siehe auch ebd., Seiten 126 - 153, 178 - 184.

Bezüglich Beweisen für ähnliches Verhalten nach dem Kriege von 1967 siehe Uri Avnery, "Crying Wolf?" *CounterPunch*, 15. März 2003;

Ami Kronfeld, "Avnery on Ethnic Cleansing and a Personal Note," in *Jewish Voice for Peace*, Jewish Peace News, 17. März 2003;

Katherine M. Metres, "As Evidence Mounts, Toll of Israeli Prisoner of War Massacres Grows," *Washington Report on Middle East Affairs*, Februar / März 1996, Seiten 17, 104 - 105.

(45) Während seiner Verhandlungen mit der britischen und französischen Regierung über den Beginn des Krieges 1956 schlug Ben-Gurion einen großangelegten Plan zur Neuordnung der Region vor, demgemäß Jordanien zwischen Israel und dem Irak aufgeteilt werden sollte, das libanesische Gebiet südlich des Litani-Flusses an Israel gefallen wäre und ebenso Teile des Sinai an Israel übergeben worden wären.

Zur israelischen Politik in den Fünfzigern siehe Morris, *Israel's Border Wars*;

Morris, *Righteous Victims*, Kap. 6, besonders Seiten 289 - 290;

Shlaim, *Iron Wall*, Kap. 3 - 4, besonders Seiten 184 - 185;

Kennett Love, *Suez: the Twice Fought War* (New York: McGraw - Hill, 1969), Seiten 589 - 638;

Michael Brecher, *Decisions in Israel's Foreign Policy* (New Haven: Yale University Press, 1975), Seiten 282 - 283.

(46) Gabby Bron, "Egyptian POWs Ordered to Dig Graves, Then Shot by Israeli Army," *Yedioth Ahro-noth*, 17. August 1995;

Ronal Fisher, "Mass Murder in the 1956 Sinai War," *Ma'ariv*, 8. August 1995

[Kopien dieser beiden Veröffentlichungen finden sich in *Journal of Palestine Studies*, Vol. 25, No. 3 (Frühjahr 1996), Seiten 148 - 155];

Galal Bana, "Egypt: We Will Turn to the International War Crimes Tribunal in the Hague if Israel Will Not Compensate Murdered Prisoners of War," *Ha'aretz*, 24. Juli 2002;

Zehavat, Friedman, "Personal Reminiscence: Remembering Ami Kronfeld," in *Jewish Voice for Peace*, Jewish Peace News, 25. September 2005;

Metres, "As Evidence Mounts."

(47) Avnery, "Crying Wolf";

Robert Blecher, "Living on the Edge: The Threat of 'Transfer' in Israel and Palestine," *MERIP*, Middle East Report 225, Winter 2002;

Baruch Kimmerling, *Politicide: Ariel Sharon's War against the Palestinians* (London: Verso, 2003), S. 28.

Siehe auch Chomsky, *Fateful Triangle*, S. 97;

Morris, *Righteous Victims*, Seiten 328 - 329;

Tanya Reinhart, *Israel/Palestine: How to End the War of 1948* (NY: Seven Stories Press, 2002), S. 8.

Morris berichtet (S. 329) daß 120.000 Palästinenser nach Ende des Krieges 1967 darum angesucht hätten, in ihre Häuser zurückkehren zu dürfen, aber Israel nur rund 17.000 die Rückkehr erlaubt habe. Amnesty International schätzte Mitte 2003, daß in den Jahren seit der Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens durch Israel dieses mehr als 10.000 palästinensische Häuser in diesen Gebieten zerstört hat.

Danny Rubinstein, "Roads, Fences and Outposts Maintain Control in the Territories," *Ha'aretz*, 12. August 2003.

(48) "Report of the Commission of Inquiry into the Events at the Refugee Camps in Beirut," 7. Februar 1983. Der Bericht wird üblicherweise "The Kahan Commission Report" genannt, nach deren Leiter Yitzhak Kahan.

(49) "Save the Children", Schweden, "The Status of Palestinian Children during the Uprising in the Occupied Territories," Excerpted Summary Material, Jerusalem, 1990, in *Journal of Palestine Studies*, Vol. 19, No. 4 (Sommer 1990), Seiten 136 - 146.

Siehe auch Joshua Brilliant, "Officer Tells Court Villagers Were Bound, Gagged and Beaten. 'Not Guilty' Plea at 'Break Bones' Trial," *Jerusalem Post*, 30. März 1990;

Joshua Brilliant, "'Rabin Ordered Beatings', Meir Tells Military Court," *Jerusalem Post*, 22. Juni 1990;

Jackson Diehl, "Rights Group Accuses Israel of Violence Against Children in Palestinian Uprising," *Washington Post*, 17. Mai 1990;

James A. Graff, "Crippling a People: Palestinian Children and Israeli State Violence," *Alif*, No. 13 (1993), Seiten 46 - 63;

Ronald R. Stockton, "Intifada Deaths," *Journal of Palestine Studies*, Vol. 19, No. 4 (Sommer 1990), Seiten 86 - 95.

Ehud Barak, während der ersten Intifada stellvertretender IDF-Stabschef, sage damals: "Wir wollen unter keinen Umständen, daß Kinder erschossen werden... Wenn Sie ein Kind sehen, schießen Sie nicht." Trotzdem schätzt der Bericht der schwedischen "Save the Children", daß während der ersten beiden Jahre der Intifada 6.500-8.000 Kinder durch Gewehrschüsse verwundet wurden. Forscher untersuchten 66 der 106 aufgezeichneten Fälle von "durch Schüsse getöteten Kindern." Sie kamen zu dem Ergebnis, daß fast alle von ihnen "durch gezielten Beschuß - also nicht durch Zufall oder Querschläger - getroffen wurden", nahezu zwanzig Prozent erlitten mehrere Schußverletzungen, zwölf Prozent wurden von hinten erschossen, fünfzehn Prozent der Kinder waren zehn Jahre alt oder jünger, "die meisten Kinder nahmen an keiner Demonstration mit Steinwürfen teil, als sie erschossen wurden"; und "fast ein Fünftel der Kinder wurde erschossen, während sie sich Zuhause oder im Umkreis von zehn Metern von Zuhause befanden."

(50) "Unbridled Force," *Ha'aretz* editorial, 16. März 2003.

Zu weiteren Beweisen siehe Jonathan Cook, "Impunity on Both Sides of the Green Line," *MERIP, Middle East Report Online*, 23. November 2005;

"When Everything Is Permissible," *Ha'aretz* editorial, 6. Juni 2005;

"It Can Happen Here," *Ha'aretz* editorial, 22. November 2004;

Chris McGreal, "Snipers with Children in Their Sights," *Guardian*, 28. Juni 2005;

derselbe, "Israel Shocked by Image of Soldiers Forcing Violinist to Play at Roadblock," *Guardian*, 29. November 2004;

Greg Myre, "Former Israeli Soldiers Tell of Harassment of Palestinians," *New York Times*, 24. Juni 2004;

Reuven Pedatzur, "The Message to the Soldiers Was Clear," *Ha'aretz*, 13. Dezember 2004;

Conal Urquhart, "Israeli Soldiers Tell of Indiscriminate Killings by Army and A Culture of Impunity," *Guardian*, 6. September 2005.

(51) Siehe Swisher, *Truth about Camp David*, S. 387.

(52) Laut *B'tselem* wurden von den Israelis zwischen dem 29. September 2000 und dem 31. Dezember 2005 3.386 Palästinenser ermordet, darunter 676 Kinder. Von jenen 3.386 Toten waren 1.185 Zuschauer, 1.008 wurden im Kampf gegen die Israelis getötet und die Umstände von 563 Todesfällen sind ungeklärt. Während des gleichen Zeitraumes wurden von den Palästinensern 992 Israelis getötet, darunter 118 Kinder, 683 Zivilisten und 309 Angehörige israelischer Sicherheitskräfte. *B'tselem*-Pressemitteilung vom 4. Januar 2006.

(53) Nathan Guttman, "'It's a Terrible Thing, Living with the Knowledge that You Crushed Our Daughter'," *Ha'aretz*, 30. April 2004;

Adam Shapiro, "Remembering Rachel Shapiro," *Nation*, 18. März 2004;

Tsahar Rotem, "British Peace Activist Shot by IDF Troops in Gaza Strip," *Ha'aretz*, 11. April 2003.

(54) Molly Moore, "Ex - Security Chiefs Turn on Sharon," *Washington Post*, 15. November 2003;

"Ex - Shin Bet Heads Warn of 'Catastrophe' without Peace Deal," *Ha'aretz*, 15. November 2003.

Diese Kommentare basieren auf einem Interview in der israelischen Zeitung *Yedioth Ahronoth* vom 14. November 2003. Kopie dieses Interviews bei "We Are Seriously Concerned about the Fate of the State of Israel," The Alternative Information Center, 1. Dezember 2003.

(55) Bill Maxwell, "U.S. Should Reconsider Aid to Israel," *St. Petersburg Times*, 16. Dezember 2001.

(56) Siehe J. Bowyer Bell, *Terror Out of Zion: The Fight for Israeli Independence* (New Brunswick, NJ: Transaction Publishers, 1996);

Joseph Heller, *The Stern Gang: Ideology, Politics and Terror, 1940 - 1949* (London: Frank Cass, 1995);

## DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK

- Bruce Hoffmann, *The Failure of British Military Strategy within Palestine, 1939 - 1947* (Israel: Bar - Ilan University, 1983);
- Morris, *Righteous Victims*, Seiten 173 - 180;
- Segev, *One Palestine*, Seiten 468 - 486.
- Laut Haim Levenberg waren 210 der 429 Opfer des jüdischen Terrors 1946 Zivilisten, die übrigen 219 waren Polizisten und Soldaten. Levenberg, *Military Preparations*, S. 72.
- Überdies waren es Terroristen der verrufenen Irgun, die Ende 1937 die Praxis einführten, Bomben in Bussen und großen Menschenmengen zu plazieren. Benny Morris spekuliert: "Die Araber könnten den Wert der Terrorbomben sehr wohl von den Juden erlernt haben." *Righteous Victims*, Seiten 147, 201.
- Siehe auch Lenni Brenner, *The Iron Wall: Zionist Revisionism from Jabotinsky to Shamir* (London: Zed Books, 1984), S. 100;
- Yehoshua Porath, *The Palestinian Arab National Movement: from Riots to Rebellion*, Vol. II, 1929 - 1939 (London: Frank Cass, 1977), S. 238.
- Schließlich vermerkt Morris, daß während des Krieges 1948 die Hauptgruppen der jüdischen Terroristen "bewußt Bomben an Bushaltestellen plazierten mit dem Ziel Nichtkombattanten zu töten, auch Frauen und Kinder." *Birth Revisited*, S. 80.
- (57) Bell, *Terror Out of Zion*, Seiten 336 - 340.
- (58) Zitiert in Chomsky, *Fateful Triangle*, Seiten 485 - 486.
- Der israelische Premierminister Levi Eshkol nannte Menachem Begin gewöhnlich "den Terroristen". Zu Shamir siehe Avishai Margalit, "The Violent Life of Yitzhak Shamir," *New York Review of Books*, 14. Mai 1992, Seiten 18 - 24.
- (59) Zudem wird Israels Anspruch auf einen moralisch überlegenen Status durch einige Aspekte seiner weiteren Politik unterminiert. Israel pflegte einst enge Beziehungen zum Apartheidstaat Südafrika und unterstützte das Kernwaffenprogramm der weißen Minderheitenregierung. Peter Liberman, "Israel and the South African Bomb," *The Nonproliferation Review*, Vol. 11, No. 2 (Sommer 2004), Seiten 46 - 80.
- 1954 verübten israelische Geheimdienstkräfte einen Bombenanschlag auf eine Einrichtung von US-Diplomaten in Kairo in einem mißlungenen Versuch, Mißtrauen zwischen Ägypten und den Vereinigten Staaten zu säen. Shlaim, *Iron Wall*, Seiten 110 - 113.
- (60) Steven M. Cohen, *The 2004 National Survey of American Jews*, finanziert von der Jewish Agency for Israel's Department of Jewish - Zionist Education, 24. Februar 2005.
- Der Anteil zwei Jahre zuvor betrug 28 Prozent. Siehe Steven M. Cohen, *The 2002 National Survey of American Jews*, finanziert von der Jewish Agency for Israel's Department of Jewish - Zionist Education, durchgeführt November - Dezember 2002.
- Siehe auch Amiran Barkat, "Young American Jews Are More Ambivalent Toward Israel, Study Shows," *Ha'aretz*, 7. März 2005;
- Steven M. Cohen, "Poll: Attachment of U.S. Jews to Israel Falls in Past 2 Years," *Forward*, 4. März 2005;
- M.J. Rosenberg, "Letting Israel Sell Itself," Israel Policy Forum Issue Brief #218, 18. März 2005.
- (61) J.J. Goldberg, "Old Friend, Shattered Dreams," *Forward*, 24. Dezember 2004;
- Esther Kaplan, "The Jewish Divide on Israel," *Nation*, 12. Juli 2004;
- Michael Massing, "Conservative Jewish Groups Have Clout," *Los Angeles Times*, 10. März 2002;
- Eric Yoffie, "Reform the Conference," *Forward*, 2. August 2002.
- (62) Ori Nir, "FBI Probe: More Questions Than Answers," *Forward*, 13. Mai 2005.
- (63) Inigo Gilmore, "U.S. Jewish Leader Hit over Letter," *London Sunday Telegraph*, 12. August 2003;
- Isi Liebler, "When Seymour Met Condi," *Jerusalem Post*, 24. November 2005.
- Siehe auch Sarah Bronson, "Orthodox Leader: U.S. Jews Have No Right to Criticize Israel", *Ha'aretz*, 2. August 2004.
- (64) Liebler, "When Seymour Met Condi";
- Ori Nir, "O.U. Chief Decries American Pressure on Israel," *Forward*, 2. Dezember 2005;
- derselbe, "Rice Trip Raises Concern over U.S. Pressure on Israel," *Forward*, 18. November 2005;
- Seymour D. Reich, "Listen to America," *Jerusalem Post*, 13. November 2005.
- (65) Jeffrey H. Birnbaum, "Washington's Power 25," *Fortune*, 8. Dezember 1997.
- AIPAC wurde in einer ähnlichen, 2001 durchgeführten Studie, auf Rang 4 geführt.
- Siehe Jeffrey H. Birnbaum und Russell Newell, "Fat and Happy in D.C.," *Fortune*, 28. Mai 2001.

(66) Richard E. Cohen und Peter Bell, "Congressional Insiders Poll," *National Journal*, 5. März 2005; James D. Besser, "Most Muscle? It's NRA, Then AIPAC and AARP," *Chicago Jewish Star*, 11.-24. März 2005.

(67) Siehe Max Blumenthal, "Born - Agains for Sharon," *salon.com*, 30. Oktober 2004; Darrell L. Bock, "Some Christians See a 'Road Map' to End Times," *Los Angeles Times*, 18. Juni 2003; Nathan Guttman, "Wiping Out Terror, Brining On Redemption," *Ha'aretz*, 29. April 2002; Tom Hamburger und Jim VandeHei, "Chosen People: How Israel Became a Favorite Cause of Christian Right," *Wall Street Journal*, 23. Mai 2002; Paul Nussbaum, "Israel Finds an Ally in American Evangelicals," *Philadelphia Inquirer*, 17. November 2005.

Daniel Pipes behauptet: "Amerikas christliche Zionisten könnten statt der israelischen Armee der ultimative Vorteil des Judenstaates sein." "[Christian Zionism:] Israel's Best Weapon?" *New York Post*, 15. Juli 2003.

(68) Die Schwäche der "palästinensischen Lobby" in den Vereinigten Staaten wird in den Überschriften dieser beiden Artikel aufgegriffen:

Nora Boustany, "Palestinians' Lone Hand in Washington," *Washington Post*, 19. April 2002;

George Gedda, "PLO Loses D.C. Office Because of Unpaid Rent," *Chicago Tribune*, 12. April 2002.

Zur schwachen Wirkung der "arabischen Lobby" siehe Ali A. Mazrui, "Between the Crescent and the Star - Spangled Banner: American Muslims and U.S. Foreign Policy," *International Affairs*, Vol. 72, No. 3 (Juli 1996), Seiten 493 - 506;

Nabeel A. Khoury, "The Arab Lobby: Problems and Prospects," *Middle East Journal*, Vol. 41, No. 3 (Sommer 1987), Seiten 379 - 396;

Andrea Barron, "Jewish and Arab Diasporas in the United States and Their Impact on U.S. Middle East Policy," in Yehuda Lukacs und Abdalla M. Battah, Hrsg., *The Arab - Israeli Conflict: Two Decades of Change* (London: Westview, 1988), Seiten 238 - 259.

(69) Jake Tapper, "Questions for Dick Arney: Retiring, Not Shy," *New York Times Magazine*, 1. September 2002.

Ebenso hat Tom DeLay sich selbst als "im Herzen Israeli" bezeichnet.

Siehe James Bennet, "DeLay Says Palestinians Bear Burden for Achieving Peace," *New York Times*, 30. Juli 2003.

(70) Zitiert in Mitchell Bard, "Israeli Lobby Power," *Midstream*, Vol. 33, No. 1 (Januar 1987), Seiten 6-8.

(71) Zitiert in Edward Tivnan, *The Lobby: Jewish Political Power and American Foreign Policy* (NY: Simon and Schuster, 1987), S. 191.

J.J. Goldberg, der Redakteur des *Forward*, sagte 2002: "Da gibt es diese Vorstellung im Kongreß, daß du diesen Leute nicht entgegentrittst, sonst machen sie dich nieder." Zitiert in John Diamond and Brianna B. Picc, "Pro - Israel Groups Intensify Political Front in U.S.," *Chicago Tribune*, 16. April 2002.

(72) Zitiert in Camille Mansour, *Beyond Alliance: Israel in U.S. Foreign Policy*, trans. James A. Cohen (NY: Columbia University Press, 1994), S. 242.

(73) Obwohl AIPAC seine politischen Muskeln hat spielen lassen, um sich nicht als Agenten einer fremden Regierung registrieren lassen zu müssen, ist es heutzutage wegen des Larry-Franklin-Spionagefalles über dieses Problem besonders besorgt und tut eine ganze Menge, seine "amerikanische Seite" hervorzuheben.

Siehe Ori Nir, "Leaders Fear Probe Will Force Pro - Israel Lobby to File as 'Foreign Agent' Could Fuel Dual Loyalty Talk," *Forward*, 31. Dezember 2004;

derselbe, "Leaders Stress American Side of AIPAC," *Forward*, 27. Mai 2005.

(74) "Sen. Hollings Floor Statement Setting the Record Straight on His Mideast Newspaper Column," 20. Mai 2004, eine Kopie davon findet sich auf der Internetseite des ehemaligen Senatoren.

(75) Veröffentlicht in einer AIPAC-Anzeige im *Chicago Jewish Star* vom 29. August bis 11. September 2003.

Sharon steht mit seiner Würdigung der Macht von AIPAC nicht alleine. Der Minderheitenführer im Senat Harry Reid sagte: "Ich kann mir keine politische Organisation im Lande denken, die so durchorganisiert und respektiert ist [wie AIPAC]" und der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich nannte sie "die effektivste Gruppe mit allgemeinem Einfluß... auf dem ganzen Planeten."

Der ehemalige Präsident Bill Clinton beschrieb AIPAC als "phantastisch wirksam" und als "im Beeinflus-

sen besser als jede andere in dieser Stadt." Zitate heruntergeladen am 14. Januar 2005 von einer AIPAC-Internetseite [[www.aipac.org/documents/howweare.html#say](http://www.aipac.org/documents/howweare.html#say)].

(76) Thomas B. Edsall und Alan Cooperman, "GOP Uses Remarks to Court Jews," *Washington Post*, 13. März 2003.

Siehe auch James D. Besser, "Jews' Primary Role Expanding," *Jewish Week*, 23. Januar 2004;

Alexander Bolton, "Jewish Defections Irk Democrats," *The Hill*, 30. März 2004;

E.J. Kessler, "Ancient Woes Resurfacing as Dean Eyes Top Dem Post," *Forward*, 28. Januar 2005.

Hamilton Jordan schrieb im Juni 1977 ein Memorandum an Präsident Jimmy Carter, worin er ausführte: "Von den 125 Mitgliedern des Democratic National Finance Council sind über 70 Juden; 1976 kamen über 60% der Großspenden an die Demokratische Partei von Juden; über 60% der Gelder, die Nixon 1972 eintrieb, kamen von jüdischen Spendern; über 75% der Gelder, die von Humphrey in seiner Kampagne 1968 eingetrieben wurden, stammten von jüdischen Spendern; über 90% der von Scoop Jackson in den Vorwahlen der Demokraten eingetriebenen Gelder war von jüdischen Spendern; trotz der Tatsache, daß Sie ein Außenseiter waren und aus einem Teil des Landes kamen, in dem es nur eine kleinere jüdische Gemeinde gibt, kamen annähernd 35% ihres Anfangskapitals von jüdischen Anhängern. Wo auch immer in diesem Land eine größere politische Spendensammelaktion stattfindet, man wird immer amerikanische Juden finden, die eine bedeutende Rolle spielen. Hamilton Jordan, Confidential File, Box 34, File "Foreign Policy/Domestic Politics Memo, HJ Memo, 6/77," freigegeben am 12. Juni 1990.

(77) Douglas Brinkley, "Out of the Loop," *The New York Times*, 29. Dezember 2002.

Lawrence Kaplan berichtet, daß, nachdem Bruce Riedel, Nahost-Fachmann des Nationalen Sicherheitsrates, Ende 2001 sein Amt niedergelegt hatte, das Pentagon "die Ernennung von Riedels designierter Nachfolgerin Alina Romanowski verzögert habe, die von Pentagonbeamten verdächtigt wurde, dem Judenstaat zu wenig Unterstützung entgegenzubringen." "Torpedo Boat: How Bush Turned on Arafat," *New Republic*, 18. Februar 2003.

Die Position wurde schließlich mit Elliot Abrams besetzt, einem leidenschaftlichen Unterstützer Israels. "In der Tat, für die israelische Regierung," schrieb Nathan Guttman, "ist es ein Geschenk des Himmels." Siehe "From Clemency to a Senior Post," *Ha'aretz*, 16. Dezember 2002.

(78) E.J. Kessler, "Lieberman and Dean Spar Over Israel," *Forward*, 9. September 2003;

Stephen Zunes, "Attacks on Dean Expose Democrats' Shift to the Right," *Tikkun*, November/Dezember 2003.

(79) Zunes, "Attacks on Dean";

James D. Besser, "Dean's Jewish Problem," *Chicago Jewish Star*, 19. Dezember 2003 - 8. Januar 2004.

(80) E.J. Kessler, "Dean Plans to Visit Israel, Political Baggage in Tow," *Forward*, 8. Juli 2005;

Zunes, "Attacks on Dean."

(81) Laura Blumenfeld, "Three Peace Suits; For These Passionate American Diplomats, a Middle East Settlement is the Goal of a Lifetime," *Washington Post*, 24. Februar 1997.

(82) Samuel ("Sandy") Berger, Sicherheitsberater Präsident Clintons, berichtet, daß zu einem Zeitpunkt während der Verhandlungen von Camp David (Juli 2000) Dennis Ross den bemerkenswerten Kommentar abgab: "Wenn Barak noch irgend etwas weiteres anbietet, bin ich gegen diese Übereinkunft." Unveröffentlichte Mitschrift von "Comments by Sandy Berger at the Launch of How Israelis and Palestinians Negotiate (USIP Press, 2005)," *U.S. Institute of Peace*, Washington, DC, 7. Juni 2005.

(83) Zitiert in Blumenfeld, "Three Peace Suits."

(84) Eric Alterman, "Intractable Foes, Warring Narratives," MSNBC.com, 28. März 2002.

(85) Zitiert in Bret Stephens, "Eye on the Media by Bret Stephens: Bartley's Journal," *Jerusalem Post*, 21. November 2002.

(86) Max Frankel, *The Times of My Life And My Life with the Times* (NY: Random House, 1999), Seiten 401 - 403.

(87) Felicity Barringer, "Some U.S. Backers of Israel Boycott Dailies Over Mideast Coverage That They Deplore," *New York Times*, 23. Mai 2002.

(88) Barringer, "Some U.S. Backers";

Gaby Wenig, "NPR Israel Coverage Sparks Protests," *The Jewish Journal of Greater Los Angeles*, 9. Mai 2003;

- Gila Wertheimer, "NPR Dismisses Protest Rallies," *Chicago Jewish Star*, 30. Mai – 12. Juni 2003.  
Siehe auch James D. Besser, "NPR Radio Wars Putting Jewish Groups in a Bind," *Jewish Week*, 20. Mai 2005;  
Samuel Freedman, "From 'Balance' to Censorship: Bush's Cynical Plan for NPR," *Forward*, 27. Mai 2005;  
Nathan Guttman, "Enough Already from Those Pro - Israel Nudniks," *Ha'aretz*, 1. Februar 2005;  
E.J. Kessler, "Hot Seat Expected for New Chair of Corporation for Public Broadcasting," *Forward*, 28. Oktober 2005.
- (89) Joel Beinin, "Money, Media and Policy Consensus: The Washington Institute for Near East Policy," *Middle East Report*, Januar - Februar 1993, Seiten 10 - 15;  
Mark H. Milstein, "Washington Institute for Near East Policy: An AIPAC 'Image Problem'," *Washington Report on Middle East Affairs*, Juli 1991.
- (90) Zitiert in Milstein, "Washington Institute."
- (91) "Brookings Announces New Saban Center for Middle East Policy," *Brookings Institution Press Release*, 9. Mai 2002;  
Andrew Ross Sorkin, "Schlepping to Moguldom," *New York Times*, 5. September 2004.
- (92) James D. Besser, "Turning up Heat in Campus Wars," *Jewish Week*, 25. Juli 2003;  
Ronald S. Lauder und Jay Schottenstein, "Back to School for Israel Advocacy," *Forward*, 14. November 2003;  
Rachel Pomerance, "Israel Forces Winning Campus Battle, Say Students Attending AIPAC Meeting," *JTA*, 31. Dezember 2002.  
Jüdische Gruppen zielen auch auf die Highschools ab.  
Siehe Max Gross, "Israel Advocacy Coalition Targeting High Schools," *Forward*, 23. Januar 2004;  
"New Pro - Israel Campaign Targets High School Students," *JTA*, 2. Juni 2004.
- (93) Besser, "Turning up Heat."  
2002 und 2003 brachte AIPAC 240 College-Studenten zu einem intensiven Befürwortertraining nach Washington D.C. und schickte sie an die Schulen zurück, um über die Universitäten Führer für Israels Sache zu gewinnen. Besser, "Turning up Heat"; Pomerance, "Israel Forces Winning."  
Im Frühjahr 2005 richtete es [AIPAC] auf seiner jährlichen Konferenz ein Treffen von 100 Präsidenten von Studentenvertretungen aus (von denen 80 keine Juden waren). Nathaniel Popper, "Pro - Israel Groups: Campuses Improving," *Forward*, 24. Juni 2005.
- (94) Michael Dobbs, "Middle East Studies under Scrutiny in U.S.," *Washington Post*, 13. Januar 2004;  
Michele Goldberg, "Osama University?" *Salon.com*, 6. November 2003;  
Kristine McNeil, "The War on Academic Freedom," *Nation*, 11. November 2002;  
Zachary Lockman, "Behind the Battle over US Middle East Policy," *Middle East Report Online*, Januar 2004.
- (95) Jonathan R. Cole, "The Patriot Act on Campus: Defending the University Post - - 9/11," *Boston Review*, Sommer 2003.
- (96) Chanakya Sethi, "Khalidi Candidacy for New Chair Draws Fire," *Daily Princetonian*, 22. April 2005;  
derselbe, "Debate Grows over Khalidi Candidacy," *Daily Princetonian*, 28. April 2005.
- (97) Robert Gaines, "The Battle at Columbia University," *Washington Report on Middle East Affairs*, April 2005, Seiten 56 - 57;  
Caroline Glick, "Our World: The Columbia Disaster," *Jerusalem Post*, 4. April 2005;  
Joseph Massad, "Witch Hunt at Columbia: Targeting the University," *CounterPunch*, 3. Juni 2005;  
Nathaniel Popper, "Columbia Students Say Firestorm Blurs Campus Reality," *Forward*, 11. Februar 2005;  
Scott Sherman, "The Mideast Comes to Columbia," *Nation*, 4. April 2005;  
Chanan Weissman, "Columbia Unbecoming," *Jerusalem Post*, 6. Februar 2005.
- (98) "Columbia University Ad Hoc Grievance Committee, Final Report, New York, 28. März 2005 (Auszüge)," in *Journal of Palestine Studies*, Vol. 34, No. 4 (Sommer 2005), Seiten 90 - 100.
- (99) Goldberg, "Osama University?";  
Ron Kampeas, "Campus Oversight Passes Senate as Review Effort Scores a Victory," *JTA*, 22. November

2005;

Stanley Kurtz, "Reforming the Campus: Congress Targets Title VI," *National Review Online*, 14. Oktober 2003;

McNeil, "War on Academic Freedom"; Ori Nir, "Groups Back Bill to Monitor Universities," *Forward*, 12. März 2004;

Sara Roy, "Short Cuts," *London Review of Books*, 1. April 2004; Anders Strindberg, "The New Commissars," *American Conservative*, 2. Februar 2004.

(100) Die Zahl "130" stammt von Mitchell G. Bard, "Tenured or Tenuous: Defining the Role of Faculty in Supporting Israel on Campus," Bericht veröffentlicht von *The Israel on Campus Coalition* und *The American - Israeli Cooperative Enterprise*, Mai 2004, S. 11.

Siehe auch Nacha Cattan, "NYU Center: New Addition to Growing Academic Field," *Forward*, 2. Mai 2003;

Samuel G. Freedman, "Separating the Political Myths from the Facts in Israel Studies," *New York Times*, 16. Februar 2005;

Jennifer Jacobson, "The Politics of Israel Studies," *Chronicle of Higher Education*, 24. Juni 2005, Seiten 10 - 12;

Michael C. Kotzin, "The Jewish Community and the Ivory Tower: An Urgent Need for Israel Studies," *Forward*, 30. Januar 2004;

Nathaniel Popper, "Israel Studies Gain on Campus as Disputes Grow," *Forward*, 25. März, 2005.

(101) Zitiert in Cattan, "NYU Center."

(102) Jonathan Kessler, "Pro - Israel Activism Makes Comeback on Campus," *Forward*, 26. Dezember 2003;

Popper, "Campuses Improving"; Barry Silverman und Randall Kaplan, "Pro - Israel College Activists Quietly Successful on Campus," *JTA*, 9. Mai 2005;

Chanan Tigay, "As Students Return to Campus, Activists Prepare a New Approach," *JTA*, 1. September 2005.

Dennoch gibt es Grenzen für die Wirksamkeit der Lobby an den Universitäten.

Siehe Joe Eskenazi, "Book: College Campuses Quiet, but Anti - Israel Feeling Is Growing," *JTA*, 29. November 2005;

Gary Rosenblatt, "U.S. Grad Students Seen Hostile to Israel," *Jewish Week*, 17. Juni 2005.

(103) Zitiert in Tony Judt, "Goodbye to All That?" *Nation*, 3. Januar 2005.

(104) Anti - Defamation League (ADL), "Attitudes toward Jews, Israel and the Palestinian - Israeli Conflict in Ten European Countries," April 2004;

The Pew Global Attitudes Project, A Year After Iraq War: Mistrust of America in Europe Even Higher, Muslim Anger Persists (Washington, DC: The Pew Research Center for the People and the Press, 16. März 2004), Seiten 4 - 5, 26.

Zur ADL-Umfrage siehe "ADL Survey Finds Some Decrease in Anti - Semitic Attitudes in Ten European Countries," ADL Press Release, 26. April 2004;

Shlomo Shamir, "Poll Shows Decrease in Anti - Semitic Views in Europe," *Ha'aretz*, 27. April 2004.

Diese Ergebnisse hatten praktisch keine Wirkung auf die pro-israelischen "Experten", die weiterhin behaupteten, daß in Europa der Antisemitismus wild wuchere.

Siehe beispielsweise Daniel J. Goldhagen, "Europe's Toothless Reply to Anti - Semitism: Conference Fails to Build Tools to Fight a Rising Sickness" *Los Angeles Times*, 30. April 2004;

Charles Krauthammer, "The Real Mideast 'Poison'," *Washington Post*, 30. April 2004.

(105) Martin Peretz, Chefredakteur der *New Republic*, sagt: "Das Hauptquartier des Antisemitismus in Europa ist, wie schon während der Dritten Republik, Paris." "Cambridge Diarist: Regrets," *New Republic*, 22. April 2002, S. 50.

Die Zahlen in diesem Absatz stammen aus "Anti - Semitism in Europe: Is It Really Rising?" *Economist*, 4. Mai 2002.

(106) Zitiert in Marc Perelman, "Community Head: France No More Antisemitic Than U.S.," *Forward*, 1. August 2003.

Siehe auch Francois Bujon de l'Estang, "A Slander on France," *Washington Post*, 22. Juni 2002;

"French President Accuses Israel of Conducting Anti - French Campaign," *Ha'aretz*, 12. Mai 2002.

(107) "French Police: Anti - Semitism in France Sharply Decreased in 2005," *Ha'aretz*, 19. Januar 2006.

- (108) "French Protest for Murdered Jew," *BBC News Online*, 26. Februar 2006;  
Michel Zlotowski, "Large Memorial Held for Parisian Jew," *Jerusalem Post*, 23. Februar 2006.
- (109) Avi Beker, "The Eternally Open Gate," *Ha'aretz*, 11. Januar 2005;  
Josef Joffe, "A Boom, if Not A Renaissance, in Modern - Day Germany," *Forward*, 25. Juli 2003;  
Nathaniel Popper, "Immigrant Policy Eyed as German Community Swells," *Forward*, 25. Juli 2003;  
Eliahu Salpeter, "Jews from the CIS Prefer Germany to the Jewish State," *Ha'aretz*, 28. Mai 2005.  
Die Londoner *Times* berichtete im Frühjahr 2005 auch, daß "geschätzte 100.000 Juden während der letzten Jahre nach Rußland zurückgekehrt sind, was eine dramatische Renaissance von jüdischem Leben in einem Land mit einer langen antisemitischen Geschichte auslöste."  
Jeremy Page, "Once Desperate to Leave, Now Jews Are Returning to Russia, Land of Opportunity," *Times*, 28. April 2005.  
Siehe auch Lev Krichevsky, "Poll: Russians Don't Dislike Jews, and More Are against Anti - Semitism," *JTA*, 2. Februar 2006.
- (110) Der Vorsitzende des Education Department (= Erziehungsabteilung) der Jewish Agency sagte kürzlich, daß "der heutige gewalttätige Antisemitismus sich aus zwei unabhängigen Quellen speist: Radikalem Islamismus im Nahen Osten und Westeuropa sowie dem neonazistischen Jugendelement in Osteuropa und Lateinamerika." Jonathan Schneider, "Anti - Semitism Still a World Problem," *Jerusalem Post*, 26. Januar 2006.
- (111) In der ADL-Umfrage "Einstellungen gegenüber Juden, Israel und dem palästinensisch-israelischen Konflikt in zehn europäischen Ländern" vom April 2004 wurde folgende Frage gestellt: "Ist es Ihrer Meinung nach sehr wichtig, in gewisser Weise wichtig, in gewisser Weise unwichtig oder gänzlich unwichtig für unsere Regierung, eine Rolle im Kampf gegen den Antisemitismus in unserem Land einzunehmen?" Die Prozentzahlen von denjenigen, die stark oder in gewisser Weise zustimmten, waren: Italien (92), Großbritannien (83), Niederlande (83), Frankreich (82) Deutschland (81), Belgien (81), Dänemark (79), Österreich (76), Schweiz (74), Spanien (73). Siehe S. 19.
- (112) Phyllis Chesler, *The New Anti - Semitism: The Current Crisis and What We Must Do about It* (San Francisco: Jossey - Bass, 2003);  
Hillel Halkin, "The Return of Anti - Semitism: To Be against Israel Is to Be against the Jews," *Wall Street Journal*, 5. Februar 2002;  
Barry Kosmin und Paul Iganski, "Judeophobia – Not Your Parent's Anti - Semitism," *Ha'aretz*, 3. Juni 2003;  
Amnon Rubinstein, "Fighting the New Anti - Semitism," *Ha'aretz*, 2. Dezember 2003;  
Gabriel Schoenfeld, *The Return of Anti - Semitism* (San Francisco: Encounter Books, 2003);  
Natan Sharansky, "Anti - Semitism is our Problem," *Ha'aretz*, 10. August 2003;  
Yair Sheleg, "A World Cleansed of the Jewish State," *Ha'aretz*, 18. April 2002;  
Yair Sheleg, "Enemies, a Post - National Story," *Ha'aretz*, 8. März 2003.  
Zu Kritik an dieser Sichtweise siehe Akiva Eldar, "Anti - Semitism Can Be Self - Serving," *Ha'aretz*, 3. Mai 2002;  
Brian Klug, "The Myth of the New Anti - Semitism," *Nation*, 2. Februar 2004;  
Ralph Nader, "Criticizing Israel is Not Anti - Semitism," *CounterPunch*, 16./17. Oktober 2004;  
Henri Picciotto und Mitchell Plitnick, Hrsg., *Reframing Anti - Semitism: Alternative Jewish Perspectives* (Oakland, CA: Jewish Voice for Peace, 2004);  
und besonders Finkelstein, *Beyond Chutzpah*, Kap. 1 - 3.
- (113) Helen Nugent, "Chief Rabbi Flays Church over Vote on Israel Assets," *Times Online*, 17. Februar 2006.  
Siehe auch Bill Bowder, "Sacks Seeks Talks after Synod Vote on Disinvestment," *Church Times*, 24. Februar 2006;  
"Bulldozer Motion 'Based on Ignorance'," in *ibid*;  
Ruth Gledhill, "Church Urged to Reconsider Investments with Israel," *Times Online*, 28. Mai 2005;  
Irene Lancaster, "Anglicans Have Betrayed the Jews," Heruntergeladen von Moriel Ministries (UK) Internetseite, 20. Februar 2006;  
"U.K. Chief Rabbi Attacks Anglicans over Israel Divestment Vote," *Ha'aretz*, 17. Februar 2006.
- (114) Daß die Church of England kaum israelische Politik kritisierte und sich nicht antisemitisch engagierte, wird im Brief vom 10. Februar 2006 klar widerspiegelt, den der Erzbischof von Canterbury (Dr. Rowan Williams) an den Haupttrabbiner von England (Jonathan Sacks) sandte und in dem er die Entscheidung der Kirche zur Vertragsauflösung erklärte. Kopie des Briefes siehe "Archbishop: Synod Call Was

## DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK

Expression of Concern," 10. Februar 2006, heruntergeladen von der Internetseite der Church of England, 20. Februar 2006.

(115) Steven Kull (Principal Investigator), *Americans on the Middle East Road Map* (Program on International Policy Attitudes, University of Maryland, 30. Mai 2003), Seiten 9 - 11, 18 - 19.

Siehe auch Steven Kull *et al.*, *Americans on the Israeli - Palestinian Conflict* (Program on International Policy Attitudes, University of Maryland, 6. Mai 2002).

Eine 2005 von der Anti-Defamation League durchgeführte Meinungsumfrage ergab, daß 78 Prozent der Amerikaner glauben, daß ihre Regierung weder Israelis noch Palästinenser bevorzugen sollte. "American Attitudes toward Israel and the Middle East". Die Umfrage wurde 18.-25. März 2005 und 19.-23. Juni 2005 von der Marttila Communications Group für die Anti - Defamation League durchgeführt.

(116) Robert G. Kaiser, "Bush and Sharon Nearly Identical on Mideast Policy," *Washington Post*, 9. Februar 2003.

(117) Lee Hockstader und Daniel Williams, "Israel Says It Won't 'Pay Price' of Coalition," *Washington Post*, 18. September 2001;

Jonathan Karp, "Sharon Cancels Peace Talks in Rebuff to U.S. Concerns," *Wall Street Journal*, 24. September 2001;

Thomas Oliphant, "A Delicate Balance," *Boston Globe*, 18. September 18, 2001:

"Israel's Opportunity," *Los Angeles Times editorial*, 18. September 2001.

(118) Kurt Eichenwald, "U.S. Jews Split on Washington's Shift on Palestinian State," *New York Times*, 5. Oktober 2001.

Gleichzeitig äußerte Premierminister Tony Blair die "bisher stärkste Billigung Großbritanniens für einen Palästinenserstaat." Michael Dobbs, "Blair Backs Creation of Palestinian State," *Washington Post*, 16. Oktober 2001.

(119) James Bennet, "Sharon Invokes Munich in Warning U.S. on 'Appeasement'," *New York Times*, 5. Oktober 2001;

Jane Perlez und Katharine Q. Seelye. "U.S. Strongly Rebukes Sharon for Criticism of Bush, Calling it 'Unacceptable'." *New York Times*, 6. Oktober 2001;

Shlomo Shamir, "U.S. Jews: Sharon is 'Worried' by Terrorism Distinction," *Ha'aretz*, 18. September 2001;

Alan Sipress und Lee Hockstader, "Sharon Speech Riles U.S.," *Washington Post*, 6. Oktober 2001.

Zum Beweis, daß andere Israelis Sharons Befürchtungen teilten, siehe Israel Harel, "Lessons from the Next War," *Ha'aretz*, 6. Oktober 2001.

(120) Jack Donnelly, "Nation Set to Push Sharon on Agreement," *Boston Globe*, 10. Oktober 2001;

Hockstader und Sipress, "Sharon Speech Riles U.S.";

Perlez und Seelye. "U.S. Strongly Rebukes Sharon."

(121) Lee Hockstader, "Sharon Apologetic over Row with U.S.," *Washington Post*, 7. Oktober 2001;

Serge Schmemmann, "Raising Munich, Sharon Reveals Israeli Qualms," *New York Times*, 6. Oktober 2001.

(122) Aluf Benn, "Analysis: Clutching at Straws," *Ha'aretz*, 18. September 2001;

"Excerpts from Talk by Sharon," *New York Times*, 4. Dezember 2001;

William Safire, "'Israel or Arafat'," *New York Times*, 3. Dezember 2001.

(123) Elaine Sciolino, "Senators Urge Bush Not to Hamper Israel," *New York Times*, 17. November 2001.

(124) Dana Milbank, "Bush Spokesman Gentle on Israeli Assault," *Washington Post*, 3. Dezember 2001; Safire, "Israel or Arafat";

David Sanger, "U.S. Walks a Tightrope on Terrorism in Israel," *New York Times*, 4. Dezember 2001.

(125) Keith B. Richburg und Molly Moore, "Israel Rejects Demands to Withdraw Troops," *Washington Post*, 11. April 2002.

Alle Zitate dieses Absatzes stammen aus Fareed Zakaria, "Colin Powell's Humiliation: Bush Should Clearly Support His Secretary of State – Otherwise He Should Get a New One," *Newsweek*, 29. April 2002.

Siehe auch Mike Allen und John Lancaster, "Defiant Sharon Losing Support in White House," *Washington Post*, 11. April 2002, worin der Ärger der Bush-Regierung auf Sharon beschrieben wird.

(126) Es ist bemerkenswert, daß das amerikanische Volk im allgemeinen Bushs Versuche vom Frühjahr 2002, Druck auf Israel auszuüben, unterstützte. Eine Umfrage von Time / CNN vom 10.-11. April ergab,

daß 60 Prozent der Amerikaner das Gefühl hatten, die US-Hilfe für Israel sollte eingestellt oder gekürzt werden, falls Sharon sich dem Rückzug aus den Palästinensergebieten widersetze, die er erst kürzlich besetzt hatte. "Poll: Americans Support Cutting Aid to Israel," *Reuters News Release*, 12. April 2002; *AFP News Release*, 13. April 2002.

Siehe auch "Israel and the Palestinians" (Program on International Policy Attitudes, University of Maryland, Fassung vom 15. August 2002).

Zudem dachten 75 Prozent der Befragten, daß Powell sich mit Arafat treffen sollte, wenn er Israel besuche. Bezüglich Sharon fanden ihn nur 35 Prozent für vertrauenswürdig, während 35 Prozent dachten, er sei ein Kriegshetzer, 20 Prozent ihn als Terroristen ansahen und 25 Prozent als Feind der Vereinigten Staaten einstufen.

(127) William Kristol und Robert Kagan, "'Senior White House Aides:' Speak Up!" *Weekly Standard*, 11. April 2002.

Eine graphische Darstellung des Drucks, den die Lobby auf Powell während seines Aufenthalts im Nahen Osten ausübte, siehe Bob Woodward, *Bush at War* (New York: Simon and Schuster, 2002), Seiten 323 - 326.

Siehe auch John Simpson, "Israeli Leader Has More Power in Washington than Powell," *Sunday Telegraph* (London), 14. April 2002, worin eine gemeinsame Pressekonferenz von Powell und Sharon beschrieben wird, wobei bemerkt wird, daß "die Sprache des Außenministers, körperlich und verbal, mit Sicherheit nicht die eines Zahlmeisters war, der seinen Klienten zur Rechenschaft auffordert. Weit davon entfernt schien Mr. Powell schmeichlerisch, achtungsvoll; zweifellos erkannte er, wieviel Unterstützung Mr. Sharon in Washington genoß und wieviel Einfluß seine Freunde dort beim Präsidenten haben." Bemerkenswert ist auch, daß der ehemalige israelische Premierminister Benjamin Netanyahu, der die Sache Israels seinerzeit in den Vereinigten Staaten vertrat, schon vor Powells Ankunft in Israel sagte, daß seine Reise "ergebnislos bleiben würde." Elaine Sciolino, "Netanyahu Says Powell Mission 'Won't Amount to Anything' and Urges Arafat's Exile," *New York Times*, 11. April 2002.

(128) James D. Besser, "No Tennessee Waltz," *Jewish Week*, 27. Dezember 2002.

Siehe auch Mike Allen und Juliet Eilperin, "White House and DeLay at Odds," *Washington Post*, 26. April 2002;

Judith Eilperin und Helen Dewar, "Lawmakers Endorse Israel's Offensive," *Washington Post*, 3. Mai 2002.

Bush bekam mächtigen Druck zu spüren, nicht nur von den Verfassern des Gesetzes, sondern von jüdischen Führern und Evangelikalen.

Siehe Mike Allen und John Lancaster, "Defiant Sharon Losing Support in White House," *Washington Post*, 11. April 2002;

Dan Balz, "Bush Statement on Mideast Reflects Tension in GOP," *Washington Post*, 7. April 2003;

Elisabeth Bumiller, "Bush Sends Aide to Speak at Rally to Quell a Growing Furor," *New York Times*, 16. April 2002;

Bradley Burston, "Background: Can Bush Afford to Press Sharon for Peace?" *Ha'aretz*, 6. Mai 2002;

Akiva Eldar, "Bush and Israel, 1991 and 2002," *Ha'aretz*, 6. Mai 2002;

Alison Mitchell, "U.S. Political Leaders Seek Unity on Mideast, for Now," *Washington Post*, 12. April 2002;

William Safire, "On Being an Ally," *New York Times*, 11. April 2002;

Alan Sipress, "Policy Divide Thwarts Powell in Mideast Effort," *Washington Post*, 26. April 2002; und

Alan Sipress und Karen DeYoung, "U.S. Presses Ahead with Peace Efforts," *Washington Post*, 9. Mai 2002.

(129) Randall Mikkelsen, "White House Calls Sharon 'Man of Peace'," *Reuters*, 11. April 2002;

Bill Sammon, "White House Softens Tone with Israel," *Washington Times*, 12. April 2002.

(130) Peter Slevin and Mike Allen, "Bush: Sharon A 'Man of Peace'," *Washington Post*, 19. April 2002;

David Sanger, "President Praises Effort by Powell in the Middle East," *New York Times*, 19. April 2002.

Mitschrift der Pressekonferenz bei "President Bush, Secretary Powell Discuss Middle East," White House, Office of the Press Secretary, 18. April 2002.

(131) Eilperin und Dewar, "Lawmakers Endorse Israel's Offensive";

Juliet Eilperin und Mike Allen, "Hill Leaders Plan Votes on Pro - Israel Relations," *Washington Post*, 2. Mai 2002;

Alison Mitchell, "House and Senate Support Israel in Strong Resolutions," *New York Times*, 3. Mai 2002.

Kopien der Entschließungen siehe "2 Resolutions 'Expressing Solidarity with Israel'," *New York Times*,

3. Mai 2002.

Siehe auch Matthew E. Berger, "Bills in Congress Boost Israel, Treat Arafat as Terrorist," *Jewish Bulletin*, 26. April 2002.

(132) Arieh O'Sullivan, "Visiting Congressmen Advise Israel to Resist Administration Pressure to Deal with Arafat," *Jerusalem Post*, 6. Mai 2002.

(133) Eli Lake, "Israeli Lobby Wins \$200 Million Fight," *United Press International*, 11. Mai 2002.

(134) Zitiert in Jefferson Morley, "Who's in Charge?" *Washington Post*, 26. April 2002.

Akiva Eldar bemerkte, kurz bevor Sharon Bush niederwalzte: "Sharon hat eine Menge Erfahrung darin, es den Amerikanern zuzuschieben... Ob es letztlich palästinensischer Terror war, Arafats Fehler oder Hauspolitik, die Amerikaner wurden in die Rolle eines drittklassigen Zuschauers verbannt."

Siehe sein "Words Are Not Enough," *Ha'aretz*, 8. April 2002.

Auch entging den Kommentatoren weltweit Bushs Demütigung nicht. Die führende Tageszeitung Spaniens, *El Pais*, drückte die Sicht vieler außenstehender Beobachter aus, als sie kommentierte: "Wenn das Gewicht eines Landes am Grad seines Einflusses auf Ereignisse gemessen wird, sind nicht die USA, sondern ist Israel die Supermacht." Zitiert in Morley, "Who's in Charge?"

(135) Bradley Burston, " Hamas 'R' Us," *Ha'aretz*, 18. Januar 2006;

Akiva Eldar, "Kadima to A New Middle East," *Ha'aretz*, 19. Dezember 2005;

derselbe, "Who Needs Abu Mazen?" *Ha'aretz*, 7. November 2005;

Ran HaCohen, " Hamas and Israel: Rival Twins," *AntiWar.com*, 6. Februar 2006;

M.J. Rosenberg, "No Partner - - As Always," *IPF Friday*, Issue No. 260, 3. Februar 2006;

Danny Rubenstein, "All We Did Was Switch the Non - Partner," *Ha'aretz*, 5. Februar 2006;

"Disarray Among the Palestinians," *New York Times editorial*, 17. Januar 2006.

(136) Zur Sicht vormaliger Präsidenten siehe Clyde R. Mark, "Israeli - United States Relations," Issue Brief for Congress (Washington, DC: Congressional Research Service, 29. August 2002), S. 7.

Am 14. April 2004 brach Bush mit seinen Vorgängern und verkündete, daß Israel nicht alle Gebiete, die es 1967 erobert hatte, zurückgeben müsse und daß den palästinensischen Flüchtlingen nicht erlaubt würde, in ihre ehemaligen Häuser in Israel zurückzukehren, sondern sich in einem neuen Palästinenserstaat niederlassen müßten.

Siehe "Statement by the President Regarding Israel - Arab Peace Process," 14. April 2004; und

"President Bush's Letter to Prime Minister Sharon," 14. April 2004.

(137) "US Scowcroft Criticizes Bush Admin's Foreign Policy," *Financial Times*, 13. Oktober 2004.

Siehe auch Glenn Kessler, "Scowcroft is Critical of Bush," *Washington Post*, 16. Oktober 2004.

(138) Zu Kerry siehe Gadi Dechter, "Analysis: President Kerry on Israel," *United Press International press release*, 9. Juli 2004;

Nathan Guttman, "Kerry Position Paper Outlines Support for Israel," *Ha'aretz*, 2. Juli 2004:

Nathan Guttman, "Kerry Jumps on Sharon Bandwagon in Favoring Gaza Disengagement Plan," *Ha'aretz*, 25. April 2004.

Zu Clinton siehe Adam Dickter, "Hillary: 'I Had A Lot to Prove'," *Jewish Week*, 18. November 2005;

Kristen Lombardi, "Hillary Calls Israel a 'Beacon' of Democracy," *Village Voice*, 11. Dezember 2005;

Sonia Verma, "Clinton Stressed U.S. - Israel Coalition," *Newsday*, 15. November 2005;

Rachel Zabarkes Friedman, "Senator Israel," *National Review Online*, 25. Mai 2005.

(139) Emad Mekay, "Iraq Was Invaded 'to Protect Israel' – US Official," *Asia Times Online*, 31. März 2004.

Zelikow saß mit Rice gemeinsam im Nationalen Sicherheitsrat, als George H.W. Bush Präsident war, und verfaßte mit ihr zusammen ein Buch über die deutsche Wiedervereinigung. Er war auch einer der maßgeblichen Verfasser der National Security Strategy der zweiten Bush-Regierung 2002, die umfassendste offizielle Präsentation der sogenannten Bush-Doktrin.

(140) Jason Keyser, "Israel Urges U.S. to Attack," *Washington Post*, 16. August 2002.

Siehe auch Aluf Benn, "PM Urging U.S. Not to Delay Strike against Iraq," *Ha'aretz*, 16. August 2002;

Derselbe, "PM Aide: Delay in U.S. Attack Lets Iraq Speed Up Arms Program," *Ha'aretz*, 16. August 2002;

Reuven Pedhatzur, "Israel's Interest in the War on Saddam," *Ha'aretz*, 4. August 2002;

Ze'ev Schiff, "Into the Rough," *Ha'aretz*, 16. August 2002.

(141) Gideon Alon, "Sharon to Panel: Iraq is Our Biggest Danger," *Ha'aretz*, 13. August 2002.

## DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK

Am 16. Oktober 2002 auf einer Pressekonferenz des Weißen Hauses mit Präsident Bush sagte Sharon: "Ich möchte Ihnen danken, Herr Präsident, für die Freundschaft und Zusammenarbeit. Und soweit ich mich erinnere, selbst wenn wir viele Jahre zurückblicken, denke ich, daß wir nie zu einem Präsidenten der Vereinigten Staaten solche Beziehungen hatten als zu Ihnen, und wir hatten nie eine solche Zusammenarbeit in allem wie mit der derzeitigen Regierung."

Mitschrift der Pressekonferenz siehe "President Bush Welcomes Prime Minister Sharon to White House; Question and Answer Session with the Press," U.S. Department of State, 16. Oktober 2002.

Siehe auch Kaiser, "Bush and Sharon Nearly Identical on Mideast Policy."

(142) Shlomo Brom, "An Intelligence Failure," *Strategic Assessment* (Jaffee Center for Strategic Studies, Tel Aviv University), Vol. 6, No. 3 (November 2003), S. 9.

Siehe auch "Intelligence Assessment: Selections from the Media, 1998 - 2003," in *ibid.*, Seiten 17 - 19;

Gideon Alon, "Report Slams Assessment of Dangers Posed by Libya, Iraq," *Ha'aretz*, 28. März 2004;

Dan Baron, "Israeli Report Blasts Intelligence for Exaggerating the Iraqi Threat," *JTA*, 28. März 2004;

Greg Myre, "Israeli Report Faults Intelligence on Iraq," *New York Times*, 28. März 2004;

James Risen, *State of War: The Secret History of the CIA and the Bush Administration* (New York: Simon & Schuster, 2006), Seiten 72 - 73.

(143) Marc Perelman, "Iraqi Move Puts Israel in Lonely U.S. Corner," *Forward*, 20. September 2002. Dieser Artikel beginnt: "Saddam Husseins überraschende Annahme der 'bedingungslosen' Waffeninspektionen der Vereinten Nationen hat diese Woche Israel auf den Schleudersitz gebracht und zu der Eröffnung gezwungen, es sei die einzige Nation, die einen Regimewechsel im Irak, das Ziel der Bush-Regierung, aktiv unterstütze."

Peres wurde in den Folgemonaten vom UN-Prozeß so frustriert, daß er Mitte Februar 2003 gegen die Franzosen auskeilte, indem er den Status Frankreichs als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat in Frage stellte.

"Peres Questions France Permanent Status on Security Council," *Ha'aretz*, 20. Februar 2003.

Anlässlich eines Moskaubesuchs Ende September 2002 stellte Sharon gegenüber Präsident Putin, der die Befürworter von neuen Inspektionen anführte, klar heraus, "daß die Zeit, als diese Inspektionen wirksam hätten sein können, vorbei ist."

Herb Keinson, "Sharon to Putin: Too Late for Iraq Arms Inspection," *Jerusalem Post*, 1. Oktober 2002.

(144) Ehud Barak, "Taking Apart Iraq's Nuclear Threat," *New York Times*, 4. September 2002.

(145) Benjamin Netanyahu, "The Case for Toppling Saddam," *Wall Street Journal*, 20. September 2002.

Die *Jerusalem Post* nahm gegenüber dem Irak die scharfe Rolle eines extremen Falken ein, brachte häufig Leitartikel und Kommentare zugunsten des Krieges und veröffentlichte nur selten Artikel dagegen. Repräsentative Leitartikel sind u.a. "Next Stop Baghdad," *Jerusalem Post*, 15. November 2001;

"Don't Wait for Saddam," *Jerusalem Post*, 18. August 2002;

"Making the Case for War," *Jerusalem Post*, 9. September 2002.

Zu einigen repräsentativen Kommentaren siehe Ron Dermer, "The March to Baghdad," *Jerusalem Post*, 21. Dezember 2001;

Efraim Inbar, "Ousting Saddam, Instilling Stability," *Jerusalem Post*, 8. Oktober 2002;

Gerald M. Steinberg, "Imagining the Liberation of Iraq," *Jerusalem Post*, 18. November 2001.

(146) Aluf Benn, "Background: Enthusiastic IDF Awaits War in Iraq," *Ha'aretz*, 17. Februar 2002.

Siehe auch James Bennet, "Israel Says War on Iraq Would Benefit the Region," *New York Times*, 27. Februar 2003;

Chemi Shalev, "Jerusalem Frets As U.S. Battles Iraq War Delays," *Forward*, 7. März 2003.

(147) Tatsächlich ergab eine Umfrage vom Februar 2003, daß 77,5 Prozent der israelischen Juden wollten, daß die Vereinigten Staaten den Irak angreifen sollten.

Ephraim Yaar und Tamar Hermann, "Peace Index: Most Israelis Support the Attack on Iraq," *Ha'aretz*, 6. März 2003.

Bezüglich Kuwait ergab eine Umfrage vom März 2003, daß 89,6 Prozent der Kuwaitis für den drohenden Krieg gegen den Irak waren.

James Morrison, "Kuwaitis Support War," *Washington Times*, 18. März 2003.

(148) Gideon Levy, "A Deafening Silence," *Ha'aretz*, 6. Oktober 2002.

(149) Siehe Dan Izenberg, "Foreign Ministry Warns Israeli War Talk Fuels US Anti - Semitism," *Jerusalem Post*, 10. März 2003, worin klar zum Ausdruck kommt, daß "das Außenministerium Berichte aus den USA erhalten hat" mit der Aufforderung an die Israelis, sich abzukühlen, weil "die US-Medien" Israel so

darstellen, daß es "versucht, die Regierung in den Krieg zu treiben." Es gibt auch Beweise, daß Israel selbst in Sorge war, es könne so dastehen, als betreibe es die amerikanische Politik gegenüber dem Irak. Siehe Benn, "PM Urging U.S. Not to Delay Strike"; Perelman, "Iraq Move Puts Israel in Lonely U.S. Corner." Schließlich sagte Ende September 2002 eine Beratergruppe, bekannt als das "Israel-Projekt", den pro-israelischen Führern in den Vereinigten Staaten, "ruhig zu bleiben, während die Bush-Regierung einen möglichen Krieg gegen den Irak vorbereitet." Dana Milbank, "Group Urges Pro - Israel Leaders Silence on Iraq," *Washington Post*, 27. November 2002.

(150) Der Einfluß der Neokonservativen und ihrer Verbündeten wird in den folgenden Artikeln klar wiedergegeben:

Siehe Joel Beinin, "Pro - Israel Hawks and the Second Gulf War," *Middle East Report Online*, 6. April 2003;

Elisabeth Bumiller and Eric Schmitt, "On the Job and at Home, Influential Hawks' 30 - Year Friendship Evolves," *New York Times*, 11. September 2002;

Kathleen and William Christison, "A Rose by Another Name: The Bush Administration's Dual Loyalties," *CounterPunch*, 13. Dezember 2002;

Robert Dreyfuss, "The Pentagon Muzzles the CIA," *The American Prospect*, 16. Dezember 2002;

Michael Elliott and James Carney, "First Stop, Iraq," *Time*, 31. März 2003;

Seymour Hersh, "The Iraq Hawks," *New Yorker*, Vol. 77, issue 41 (24. - 31. Dezember 2001), Seiten 58-63;

Glenn Kessler, "U.S. Decision on Iraq Has Puzzling Past," *Washington Post*, 12. Januar 2003;

Joshua M. Marshall, "Bomb Saddam?" *Washington Monthly*, Juni 2002;

Dana Milbank, "White House Push for Iraqi Strike Is on Hold," *Washington Post*, 18. August 2002;

Susan Page, "Showdown with Saddam: The Decision to Act," *USA Today*, 11. September 2002;

Sam Tanenhaus, "Bush's Brain Trust," *Vanity Fair*, Juli 2003.

Bitte beachten Sie, daß alle Artikel aus der Zeit vor dem Kriegsbeginn stammen.

(151) Siehe Mortimer B. Zuckerman, "No Time for Equivocation," *U.S. News & World Report*, 26. August / 2. September 2002;

Derselbe, "Clear and Compelling Proof," *U.S. News & World Report*, 10. Februar 2003;

Derselbe, "The High Price of Waiting," *U.S. News & World Report*, 10. März 2003.

(152) "An Unseemly Silence," *Forward*, 7. Mai 2004.

Siehe auch Gary Rosenblatt, "Hussein Asylum," *Jewish Week*, 23. August 2002;

Derselbe, "The Case for War against Saddam," *Jewish Week*, 13. Dezember 2002.

(153) Kurz bevor das US-Militär in den Irak einfiel, verursachte der Kongreßabgeordnete James P. Moran (D[emokrat] - V[irgini]a) einigen Wirbel, als er sagte: "Wenn es nicht wegen der starken Unterstützung der jüdischen Gemeinde für den Krieg gegen den Irak wäre, würden wir das nicht tun." Spencer S. Hsu, "Moran Said Jews Are Pushing War," *Washington Post*, 11. März 2003.

Allerdings lag Moran hiermit falsch, weil es in der jüdischen Gemeinschaft keine weitverbreitete Unterstützung für den Krieg gab. Er hätte sagen sollen: "Wenn es nicht wegen der starken Unterstützung der Neokonservativen und der Führerschaft der Israel-Lobby für den Krieg gegen den Irak gewesen wäre, würden wir das nicht tun."

(154) Samuel G. Freedman, "Don't Blame Jews for This War," *USA Today*, 2. April 2003.

Siehe auch Ori Nir, "Poll Finds Jewish Political Gap," *Forward*, 4. Februar 2005.

(155) Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß die Neokonservativen im Verfolg des 11.9. nicht nur dazu entschlossen, sondern geradezu besessen davon waren, Saddam zu entmachten. Wie es ein ranghohes Regierungsmitglied im Januar 2003 ausdrückte: "Ich glaube ernsthaft, gewisse Leute werden in der Sache theologisch. Es ist fast wie eine Religion - daß es das Ende unserer Gesellschaft bedeuten würde, wenn wir jetzt nicht handeln." Kessler, "U.S. Decision on Iraq Has Puzzling Past."

Kessler beschreibt auch, wie Colin Powell von den Irak-Sitzungen im Weißen Haus "mit rollenden Augen" zurückkommt, und sagt: "Jesus, was für eine Fixierung auf den Irak!"

Bob Woodward berichtet in *Plan of Attack* (New York: Simon and Schuster, 2004), S. 410, daß Kenneth Adelman "sagte, er hätte sich zu Tode geängstigt, als die Zeit verstrich und die Unterstützung nachzulassen schien, so daß es keinen Krieg geben würde." Siehe auch *ibid.*, Seiten 164 - 165.

(156) Der erste Brief (26. Januar 1998) wurde unter der Schirmherrschaft des Project for the New Ameri-

can Century (= Projekt für das Neue Amerikanische Jahrhundert) geschrieben und ist auf deren Internetseite zu finden.

Der zweite Brief ( 19. Februar 1998) wurde unter der Schirmherrschaft des Committee for Peace and Security in the Gulf (= Komitee für Frieden und Sicherheit am Golf) geschrieben und findet sich auf der Internetseite von Iraq Watch.

Siehe auch Brief vom 29. Mai 1998 an den Sprecher des Repräsentantenhauses Newt Gingrich und den Mehrheitsführer im Senat Trent Lott, geschrieben unter der Schirmherrschaft des Project for the New American Century und auf deren Internetseite zu finden.

Die Neokonservativen, das muß man betonen, befürworteten den Einmarsch im Irak zum Sturz Saddams.

Siehe "The End of Containment," *Weekly Standard*, 1. Dezember 1997, Seiten 13 - 14;

Zalmay M. Khalizad und Paul Wolfowitz, "Overthrow Him," in *ibid.*, Seiten 14 - 15;

Frederick W. Kagan, "Not by Air Alone," in *ibid.*, Seiten 15 - 16.

(157) Siehe die Kommentare Clintons nach der Unterzeichnung des "Iraq Liberation Act of 1998" (= Gesetz zur Befreiung des Irak 1998) Statement by the President, White House Press Office, 31. Oktober 1998.

(158) Man sollte angesichts der öffentlichen Wirkung und der kontroversen Diskussion zweier 2004 veröffentlichter Bücher - Richard Clarke, *Against All Enemies: Inside America's War on Terror* (New York: Free Press, 2004) und Ron Suskind, *The Price of Loyalty: George W. Bush, the White House, and the Education of Paul O'Neill* (New York: Simon and Schuster, 2004) – denken, daß Bush und Cheney darauf aus waren, in den Irak einzumarschieren, als sie Ende Januar 2001 ihr Amt antraten. Aber diese Interpretation ist falsch. Sie waren zutiefst daran interessiert, Saddam zu stürzen, so wie es auch Bill Clinton und Al Gore waren. Aber es gibt in der öffentlichen Berichterstattung keinen Beleg, der zeigt, daß Bush und Cheney einen Krieg gegen den Irak vor dem 11.9. ernsthaft in Erwägung zogen. In der Tat stellte Bush gegenüber Bob Woodward klar, daß er vor dem 11.9. nicht daran gedacht hatte, einen Krieg gegen Saddam zu beginnen.

Siehe *Plan of Attack*, S. 12.

Siehe auch Nicholas Lehmann, "The Iraq Factor," *New Yorker*, Vol. 76, issue 43 (22. Januar 2001), Seiten 34 - 48;

Eric Schmitt und Steven Lee Meyers, "Bush Administration Warns Iraq on Weapons Programs," *New York Times*, 23. Januar 2001.

Und Cheney hatte die Entscheidung, nicht bis Bagdad zu marschieren, während der Neunziger und während des Wahlkampfes 2000 verteidigt.

Siehe Timothy Noah, "Dick Cheney, Dove," *Slate*, 16. Oktober 2002;

"Calm after Desert Storm," An Interview with Dick Cheney, *Policy Review*, No. 65 (Sommer 1993).

Kurz gesagt, obwohl die Neokonservativen wichtige Positionen in der Bush-Regierung innehatten, waren sie doch nicht in der Lage, vor dem 11.9. große Begeisterung für einen Angriff auf den Irak hervorzurufen. Die *New York Times* berichtete folglich im März 2001, daß "einige Republikaner" Rumsfeld und Wolfowitz vorwarfen, "sie scheiterten in der Umsetzung ihrer Aufrufe während der Vorwahlen, Schritte einzuleiten, um Präsident Hussein zu stürzen." Zur gleichen Zeit fragte ein Leitartikel der *Washington Times*: "Wurden die Falken zu Tauben?"

Siehe Jane Perlez, "Capitol Hawks Seek Tougher Line on Iraq," *New York Times*, 7. März 2001;

"Have Hawks Become Doves?" *Washington Times*, 8. März 2001.

(159) Woodward, *Plan of Attack*, Seiten 25 - 26.

Wolfowitz war so hartnäckig in bezug auf eine Eroberung des Irak, daß ihm Cheney fünf Tage später befehlen mußte, er solle "mit der Agitation, Saddam aufs Korn zu nehmen, aufhören."

Page, "Showdown with Saddam."

Laut einem republikanischen Gesetzgeber "war er wie ein Papagei, der immer wieder davon [dem Irak] anfing. Das ging dem Präsidenten auf die Nerven."

Elliot und Carney, "First Stop, Iraq."

Woodward beschreibt Wolfowitz als "wie eine Trommel, die niemals aufhören wird." *Plan of Attack*, S. 22.

(160) Woodward, *Plan of Attack*, Seiten 1 - 44.

(161) Bezüglich des Einflusses der Neokonservativen auf Cheney siehe Elliott and Carney, "First Stop, Iraq";

Page, "Showdown with Saddam";

Michael Hirsh, "Bernard Lewis Revisited," *Washington Monthly*, November 2004, Seiten 13 - 19;

## DIE ISRAEL-LOBBY UND DIE US-AUSSENPOLITIK

- Frederick Kempe, "Lewis's 'Liberation' Doctrine for Mideast Faces New Tests," *Wall Street Journal*, 13. Dezember 2005;
- Carla Anne Robbins and Jeanne Cummings, "How Bush Decided that Hussein Must Be Ousted from Atop Iraq," *Wall Street Journal*, 14. Juni 2002.
- Zu Cheneys kritischer Rolle im Entscheidungsprozeß siehe
- Glenn Kessler und Peter Slevin, "Cheney is Fulcrum of Foreign Policy," *Washington Post*, 13. Oktober 2002;
- Barbara Slavin und Susan Page, "Cheney Rewrites Roles in Foreign Policy," *USA Today*, 29. Juli 2002.
- (162) Die *New York Times* berichtet kurz nach dem 11.9., daß "einige hochrangige Regierungsbeamte unter der Führung von Paul D. Wolfowitz... und I. Lewis Libby... auf die frühestmögliche und breitestangelegte Militäraktion drängen, und zwar nicht nur gegen das Netzwerk Osama bin Ladens in Afghanistan, sondern auch gegen andere vermutete Terroristenstützpunkte im Irak und der Bekaa-Region im Libanon."
- Patrick E. Tyler und Elaine Sciolino, "Bush Advisers Split on Scope of Retaliation," *New York Times*, 20. September 2001.
- Siehe auch William Safire, "Phony War II," *New York Times*, 28. November 2002.
- Woodward beschreibt Libbys Einfluß prägnant in *Plan of Attack* (Seiten 48 - 49): "Libby hatte drei formale Titel. Er war Stabschef von Vizepräsident Cheney, ebenso Sicherheitsberater des Vizepräsidenten und schließlich Assistent Präsident Bushs. Es war ein Dreiklang von Positionen, die möglicherweise niemals zuvor von einer einzigen Person besetzt wurden. Scooter war ein Machtzentrum für sich... Libby war eine von nur zwei Personen ohne Leitungsfunktion, die an den Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrates mit dem Präsidenten und den Sondersitzungen der Führungsebene unter dem Vorsitz von Rice teilnahmen."
- Siehe auch *ibid.*, Seiten 50 - 51, 288 - 292, 300 - 301, 409 - 410;
- Bumiller und Schmitt, "On the Job and at Home";
- Karen Kwiatkowski, "The New Pentagon Papers," *Salon.com*, 10. März 2004;
- Patrick E. Tyler und Elaine Sciolino, "Bush Advisers Split on Scope of Retaliation," *New York Times*, 20. September 2001.
- Bezüglich Libbys Verhältnis zu Israel berichtete ein Artikel des *Forward*: "Die israelischen Offiziellen mochten Libby. Sie beschrieben ihn als einen wichtigen Kontakt, der zugänglich war, zutiefst interessiert an Israel betreffenden Punkten und ihrer Sache gegenüber sehr wohlwollend."
- Ori Nir, "Libby Played Leading Role on Foreign Policy Decisions," *Forward*, 4. November 2005.
- (163) Dieser Brief wurde veröffentlicht im *Weekly Standard*, 1. Oktober 2001.
- (164) Robert Kagan und William Kristol, "The Right War," *Weekly Standard*, 1. Oktober 2001;
- Charles Krauthammer, "Our First Move: Take Out the Taliban," *Washington Post*, 1. Oktober 2001.
- Siehe auch "War Aims," *Wall Street Journal*, 20. September 2001.
- (165) Schon bevor sich der Staub am World Trade Center gelegt hatte machten die pro-israelischen Kräfte es zur Tatsache, daß Saddam Hussein für den 11.9. verantwortlich sei.
- Siehe Michael Barone, "War by Ultimatum," *U.S. News and World Report*, 1. Oktober 2001;
- Bill Gertz, "Iraq Suspected of Sponsoring Terrorist Attacks," *Washington Times*, 21. September 2001;
- "Drain the Pond of Terror," *Jerusalem Post editorial*, 25. September 2001;
- William Safire, "The Ultimate Enemy," *New York Times*, 24. September 2001.
- (166) Siehe James Bamford, *A Pretext to War* (New York: Doubleday, 2004); Kap. 13 - 14;
- Woodward, *Plan of Attack*, Seiten 288 - 292, 297 - 306.
- Siehe auch *ibid.*, Seiten 72, 163, 300 - 301.
- (167) Woodward, *Plan of Attack*, S. 290.
- (168) Siehe Bamford, *Pretext to War*, Seiten 287 - 291, 307 - 331;
- David S. Cloud, "Prewar Intelligence Inquiry Zeroes In On Pentagon," *Wall Street Journal*, 11. März 2004;
- Seymour M. Hersh, "Selective Intelligence," *New Yorker*, Vol. 79, issue 11 (12. Mai 2003), Seiten 44 - 50;
- Kwiatkowski, "New Pentagon Papers";
- Jim Lobe, "Pentagon Office Home to Neo - Con Network," *Inter Press Service News Agency*, 7. August 2003;
- Greg Miller, "Spy Unit Skirted CIA on Iraq," *Los Angeles Times*, 10. März 2004;

- Paul R. Pillar, "Intelligence, Policy, and the War in Iraq," *Foreign Affairs*, Vol. 85, No. 2 (März - April 2006), Seiten 15 - 27;
- James Risen, "How Pair's Finding on Terror Led to Clash on Shaping Intelligence," *New York Times*, 28. April 2004;
- Eric Schmitt und Thom Shanker, "Threats and Responses: A C.I.A. Rival; Pentagon Sets Up Intelligence Unit." *New York Times*, 24. Oktober 2002.
- (169) Das Office of Special Plans (= Büro für Sonderplanungen) verließ sich stark auf Informationen von Ahmed Chalabi und anderen irakischen Exilanten und unterhielt enge Verbindungen zu verschiedenen israelischen Quellen. In der Tat berichtet der *Guardian*, daß es "enge Verbindungen zu einer parallelen ad hoc Geheimdienstoperation innerhalb Ariel Sharons Büro in Israel schmiedete, besonders um den Mossad zu umgehen und die Bush-Regierung mit alarmierenderen Berichten über den Irak Saddams zu versorgen, als der Mossad bereit war zu autorisieren."
- Julian Borger, "The Spies Who Pushed for War," *Guardian*, 17. Juli 2003.
- (170) Siehe beispielsweise Douglas J. Feith, "The Inner Logic of Israel's Negotiations: Withdrawal Process, Not Peace Process," *Middle East Quarterly*, März 1996.
- Bezüglich weiterführender Erörterungen von Feiths Sicht siehe Jeffrey Goldberg, "A Little Learning: What Douglas Feith Knew and When He Knew It," *New Yorker*, Vol. 81, issue 12 (9. Mai 2005), Seiten 36 - 41;
- Jim Lobe, "Losing Feith, or is the Bush Team Shedding Its Sharper Edges?" *The Daily Star*, 31. Januar 2005;
- James J. Zogby, "A Dangerous Appointment: Profile of Douglas Feith, Undersecretary of Defense under Bush," *Middle East Information Center*, 18. April 2001;
- "Israeli Settlements: Legitimate, Democratically Mandated, Vital to Israel's Security and, Therefore, in U.S. Interest," *The Center for Security Policy*, Transition Brief No. 96 - T 130, 17. Dezember 1996.
- Beachten Sie bitte, daß der Titel des letztgenannten, das von einer Organisation der Lobby veröffentlicht wurde, aussagt, daß das, was im Interesse Israels ist, deshalb auch in Amerikas Interesse ist.
- In "Losing Feith" schreibt Lobe: "Als Feith 2003 Rumsfeld bei einer Direktorensitzung der verschiedenen Geheimdienste zum Nahen Osten vertrat, und seine Bemerkungen im Auftrag des Pentagon schloß, sagte laut dem Washingtoner Insider-Newsletter *The Nelson Report* [die Nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza] Rice: 'Danke, Doug, aber wenn wir die Position Israels erfahren wollen, laden wir den israelischen Botschafter ein.'"
- (171) Die "Clear Break" (= Sauberer Bruch) - Studie wurde für The Institute for Advanced Strategic and Political Studies (= Das Institut für fortgeschrittene strategische und politische Studien) in Jerusalem vorbereitet und im Juni 1996 herausgegeben. Eine Kopie findet sich auf der Internetseite des Instituts.
- (172) Akiva Eldar, "Perles of Wisdom for the Faithful," *Ha'aretz*, 1. Oktober 2002.
- (173) "Rally Unites Anguished Factions under Flag of 'Stand with Israel'," *Forward*, 19. April 2002; "Forward 50," *Forward*, 15. November 2002.
- (174) John McCaslin, "Israeli - Trained Cops," *Washington Times*, 5. November 2002;
- Bret Stephens, "Man of the Year," *Jerusalem Post* (Rosh Hashana Supplement), 26. September 2003;
- Janine Zacharia, "Invasive Treatment," in *ibid*.
- Weiterführende Veröffentlichungen über Wolfowitz u.a.
- Michael Dobbs, "For Wolfowitz, A Vision May Be Realized," *Washington Post*, 7. April 2003;
- James Fallows, "The Unilateralist," *Atlantic Monthly*, März 2002, Seiten 26 - 29;
- Bill Keller, "The Sunshine Warrior," *New York Times Magazine*, 22. September 2002;
- "Paul Wolfowitz, Velociraptor," *Economist*, 9.-15. Februar 2002.
- (175) Laut Feiths ehemaligem Kompagnon L. Marc Zell versprach Chalabi auch den Wiederaufbau der Pipeline, die einst vom israelischen Haifa ins irakische Mossul ging.
- Siehe John Dizard, "How Ahmed Chalabi Conned the Neocons," *Salon.com*, 4. Mai 2004.
- Mitte Juni 2003 verkündete Benjamin Netanyahu, daß "es nicht lange dauern wird, bis man irakisches Öl nach Haifa fließen sieht." *Reuters*, "Netanyahu Says Iraq - Israel Oil Line Not Pipe - Dream," *Ha'aretz*, 20. Juni 2003.
- Selbstverständlich geschah das nicht und es ist auch unwahrscheinlich, daß es in absehbarer Zukunft geschieht.
- (176) Matthew E. Berger, "New Chances to Build Israel - Iraq Ties," *Jewish Journal*, 28. April 2003.
- Siehe auch Bamford, *Pretext to War*, S. 293;

Ed Blanche, "Securing Iraqi Oil for Israel: The Plot Thickens," *Lebanonwire.com*, 25. April 2003.  
Nathan Guttman berichtet, daß "die jüdische Gemeinschaft in Amerika und die irakische Opposition" jahrelang "Schmerzen auf sich genommen hatten," die Verbindungen untereinander "zu verschleiern".  
"Mutual Wariness: AIPAC and the Iraqi Opposition," *Ha'aretz*, 8. April 2003.

(177) Nir, "FBI Probe."

Am Vorabend des Krieges schrieb Bill Keller, jetzt Leitender Redakteur der *New York Times*: "Der Gedanke, daß dieser Krieg wegen Israel stattfindet, ist beharrlich und weiter verbreitet als man denkt."  
Keller, "Is It Good for the Jews?" *New York Times*, 8. März 2003.

(178) In einem Mitte 2004 geschriebenen Leitartikel fragte Hollings, warum die Bush-Regierung in den Irak einmarschiert war, wenn dieser keine direkte Bedrohung der Vereinigten Staaten darstellte. "Die Antwort," die, wie er sagte, "jeder weiß" ist, "weil wir unseren Freund Israel schützen wollten."

Senator Ernest F. Hollings, "Bush's Failed Mideast Policy Is Creating More Terrorism," *Charleston Post and Courier*, 6. Mai 2004;

"Sen. Hollings Floor Statement."

Erwartungsgemäß wurde Hollings als Antisemit bezeichnet, ein Vorwurf, den er vehement zurückwies.

Matthew E. Berger, "Not So Gentle Rhetoric from the Gentleman from South Carolina," *JTA*, 23. Mai 2004;

"Sen. Hollings Floor Statement";

"Senator Lautenberg's Floor Statement in Support of Senator Hollings," 3. Juni 2004, eine Kopie davon findet sich auf Hollings Internetseite.

Zu Moran siehe Endnote 151.

Eine Handvoll weitere Personen der Öffentlichkeit wie Patrick Buchanan, Maureen Dowd, Georgie Anne Geyer, Gary Hart, Chris Matthews und General Anthony Zinni haben entweder gesagt oder stark angedeutet, daß die pro-israelischen Kräfte in den Vereinigten Staaten im Prinzip die treibenden Kräfte hinter dem Irakkrieg waren.

Siehe Aluf Benn, "Scapegoat for Israel," *Ha'aretz*, 13. Mai 2004;

Matthew Berger, "Will Some Jews' Backing for War in Iraq Have Repercussions for All?" *JTA*, 10. Juni 2004;

Patrick J. Buchanan, "Whose War?" *American Conservative*, 24. März 2003;

Ami Eden, "Israel's Role: The 'Elephant' They're Talking About," *Forward*, 28. Februar 2003;

"The Ground Shifts," *Forward*, 28. Mai 2004;

Nathan Guttman, "Prominent U.S. Jews, Israel Blamed for Start of Iraq War," *Ha'aretz*, 31. Mai 2004;

Lawrence F. Kaplan, "Toxic Talk on War," *Washington Post*, 18. Februar 2003;

E.J. Kessler, "Gary Hart Says 'Dual Loyalty' Barb Was Not Aimed at Jews," *Forward*, 21. Februar 2003;

Ori Nir and Ami Eden, "Ex - Mideast Envoy Zinni Charges Neocons Pushed Iraq War to Benefit Israel," *Forward*, 28. Mai 2004.

(179) Michael Kinsley, "What Bush Isn't Saying about Iraq," *Slate*, 24. Oktober 2002.

Siehe auch derselbe, "J'Accuse."

(180) Robert S. Greenberger und Karby Leggett, "President's Dream: Changing Not Just Regime but a Region: A Pro - U.S., Democratic Area is a Goal that Has Israeli and Neo Conservative Roots," *Wall Street Journal*, 21. März 2003.

Siehe auch George Packer, "Dreaming of Democracy," *New York Times Magazine*, 2. März 2003.

Obwohl nicht alle Neokonservativen Juden sind, so waren es doch die meisten Begründer und praktisch alle waren starke Anhänger Israels. Laut Gal Beckerman im *Forward*: "Wenn es in Amerika eine Geistesbewegung gibt, von der die Juden behaupten können, sie hätten sie gegründet, dann ist es der Neokonservatismus." Siehe "The Neoconservative Persuasion," *Forward*, 6. Januar 2006.

(181) Siehe beispielsweise *Rebuilding America's Defenses: Strategy, Forces and Resources for a New Century*, A Report for the New American Century, September 2000, S. 14.

(182) Martin Indyk, "The Clinton Administration's Approach to the Middle East," Rede vor dem Soref Symposium, *Washington Institute for Near East Policy*, 18. Mai 1993.

Siehe auch Anthony Lake, "Confronting Backlash States," *Foreign Affairs*, Vol. 73. No. 2 (März/April 1994), Seiten. 45 - 53.

(183) Barbara Conry, "America's Misguided Policy of Dual Containment in the Persian Gulf," *Foreign Policy Briefing* No. 33, CATO Institute, 10. November 1994;

Gregory F. Gause III, "The Illogic of Dual Containment," *Foreign Affairs*, Vol. 73. No. 2

(März/April 1994), Seiten. 56 - 66;

Zbigniew Brzezinski und Brent Scowcroft, *Differentiated Containment: U.S. Policy Toward Iran and Iraq*, Report of an Independent Study Group on Gulf Stability and Security, *Council on Foreign Relations*, New York, 1997.

(184) Brzezinski und Scowcroft, *Differentiated Containment*, S. 6.

(185) Brzezinski und Scowcroft, *Differentiated Containment*, S. 130.

(186) Zum Beispiel vermerkte die *Jerusalem Post* in einem Leitartikel (9. September 2002): "Laut dem Nahost-Fachmann Bernard Lewis wird ein Irak nach Saddam einer, mit dem ein Friedensschluß mit Israel wahrscheinlicher wird, der arabischem Extremismus die Zähne zieht und vielleicht sogar revolutionäre Kräfte im heutigen Iran katalysiert."

Ähnlich schrieb Michael Ledeen am 6. August 2002 in der *National Review Online* ("Scowcroft Strikes Out"): "Wenn es eine Region gibt, die es reichlich verdient eingekesselt zu werden, dann ist es der Nahe Osten von heute. Wenn wir den Krieg wirksam führen, werden wir die Terror-Regime im Irak, dem Iran und Syrien niederringen und ebenso die Saudi-Monarchie, oder sie zwingen, ihre weltweite Massenindoktrination junger Terroristen aufzugeben."

Am 19. August argumentierte Joshua Muravchik in der *New York Times* ("Democracy's Quiet Victory"): "Ein Wechsel hin zu demokratischen Regimen in Teheran und Bagdad würde eine Tsunami für die islamische Welt auslösen."

Siehe auch Marina Ottaway et al., "Democratic Mirage in the Middle East," *Policy Brief #20* (Washington, D.C: Carnegie Endowment for International Peace, Oktober 2002).

(187) Charles Krauthammer, "Peace through Democracy," *Washington Post*, 28. Juni 2002.

(188) Benn, "Background."

Die *New York Times* berichtete auch, daß Haley im Februar 2003 in München eine Rede gehalten habe, in der er sagte: "Die Schockwellen, die von einem Bagdad nach Saddam ausgehen, könnten weitreichende Auswirkungen in Teheran, Damaskus und Ramallah haben." Der *Times*-Artikel fuhr fort, daß Israel "hoffe, wenn Saddam einst abgelöst wäre, die Dominosteine zu fallen beginnen würden. Bezüglich dieser Hoffnung... wären Gemäßigte und Reformer der ganzen Region ermutigt, neuen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, einschließlich der Palästinenserführung unter Yassir Arafat."

Bennet, "Israel Says War on Iraq Would Benefit the Region."

Das gleiche Thema wird in einem *Forward*-Artikel von Anfang März 2003 widerspiegelt, worin gesagt wird, daß "Israels Spitzenvertreter aus Politik, Armee und Wirtschaft zu der Meinung gekommen seien, den bevorstehenden Krieg praktisch als deus ex machina zu betrachten, der das Blatt in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht wenden wird und Israel aus dem gegenwärtigen Sumpf herausziehen wird." Shalev, "Jerusalem Frets."

Schließlich wurde dieser Gedankenstrang schon zuvor beim ehemaligen Premierminister Ehud Barak sichtbar - erörtert am 4. September 2002 in einem Leitartikel der *New York Times*. Barak behauptete: "Das Ende von Saddam Husseins Regime wird die geopolitische Landschaft der arabischen Welt ändern." Er behauptete weiter: "Eine arabische Welt ohne Saddam Hussein würde vielen Führern dieser Generation [Führern, die im Begriff sind, an die Macht zu kommen] ermöglichen, die allmähliche Öffnung zur Demokratie zu begrüßen, deren sich einige der Staaten am Persischen Golf und in Jordanien begonnen haben zu erfreuen." Barak behauptete auch, daß der Sturz Saddams "eine Eröffnung für eine Vorwärtsbewegung im israelisch-palästinensischen Konflikt auslösen" würde.

(189) Siehe Seymour M. Hersh, "The Syrian Bet," *New Yorker*, Vol. 79, issue 20 (28. Juli 2003), Seiten 32 - 36;

Molly Moore, "Sharon Asks U.S. to Pressure Syria on Militants," *Washington Post*, 17. April 2003;

Ori Nir, "Jerusalem Urges Bush: Next Target Hezbollah," *Forward*, 11. April 2003;

derselbe, "Sharon Aide Makes the Case for U.S. Action against Syria," *Forward*, 18. April 2003;

Marc Perelman, "Behind Warnings to Damascus: Reassessment of Younger Assad," *Forward*, 18. April 2004;

Daniel Sobelman und Nathan Guttman, "PM Urges U.S. to Keep Heat on Syria, Calls Assad 'Dangerous'," *Ha'aretz*, 15. April 2003.

(190) Moore, "Sharon Asks U.S."

(191) Nir, "Sharon Aide."

Siehe auch Karen DeYoung, "U.S. Toughens Warnings to Syria on Iraq, Other Issues," *Washington Post*, 15. April 2003.

(192) Nir, "Sharon Aide."

Siehe auch Perelman, "Behind Warnings": In ihrem Bemühen, Syrien zu dämonisieren und die Vereinigten Staaten zu ködern, dieses anzugreifen, haben die Israelis gesagt, Damaskus beherberge hochrangige Iraker des Saddam-Regimes und, schlimmer noch, es verstecke die irakischen Massenvernichtungswaffen. Perelman, "Behind Warnings";

Laurie Copans, "Israeli Military Boss Claims Iraq Had Chemical Weapons," *Associated Press* news release, 26. April 2004;

Ira Stoll, "Saddam's WMD Moved to Syria, An Israeli Says," *New York Sun*, 15. Dezember 2005;

derselbe, "Iraq's WMD Secreted in Syria, Sada Says," *New York Sun*, 26. Januar 2006.

Als im August 2003 ein Selbstmordattentäter mit einer LKW-Bombe das UN-Hauptquartier in Bagdad in die Luft sprengte, verursachte der israelische Botschafter bei den UN einen diplomatischen Krach, indem er unterstellte, daß Syrien den Lastwagen zur Verfügung gestellt habe und daß Syrien deshalb zum Teil verantwortlich dafür sei.

Michael Casey, "Israeli Ambassador Believes Truck Used in U.N. Bombing Came from Syria," *Associated Press* news release, 21. August 2003;

"Israeli Envoy Links Syria to UN Blast, Stirs Flap," *Reuters* news release, 21. August 2003.

Itmar Rabinowich, der ehemalige israelische Botschafter in den Vereinigten Staaten, sagte Seymour Hersh, daß er sich "frage... ob die Syrer nicht angesichts der Qualität ihrer Quellen ausführliche Informationen zum Komplott des 11. September gehabt hätten - und es unterlassen hätten, die Vereinigten Staaten zu warnen." Hersh, "The Syrian Bet."

Es gab nur wenige Hinweise, die diesen Vorwurf hätten stützen können, aber Israels Bereitschaft, ihn zu erheben, zeigt, wie versessen sie darauf waren, die Vereinigten Staaten in Konflikt mit noch einem weiteren arabischen Regime zu bringen.

(193) Syrien befand sich schon einige Zeit vor dem 11.9. im Visier der Lobby. In der Tat war Syrien, nicht der Irak, das Ziel in der "Clear Break" Studie, die Feith, Perle und Wurmser 1996 für Netanyahu geschrieben hatten. Und Daniel Pipes und Ziad Abdelnour, Leiter des US Committee for a Free Lebanon (= US-Komitee für einen freien Libanon, USCFL), waren 2000 Mitverfasser eines Berichts, der die Vereinigten Staaten aufforderte, Syrien mit militärischen Drohungen zu zwingen, seine Truppen aus dem Libanon abzuziehen, alle möglicherweise vorhandenen Massenvernichtungswaffen loszuwerden und die Unterstützung des Terrorismus zu beenden. ("Ending Syria's Occupation of Lebanon: The U.S. Role," Report of the Middle East Study Group, Middle East Forum, May 2000.) Das USCFL ist ein naher Verwandter der Lobby und zählt viele Neokonservative (Abrams, Feith, Ledeen, Perle und Wurmser) zu seinen "offiziellen Hauptanhängern."

Jordan Green, "Neocons Dream of Lebanon," *ZNet*, 23. Juli 2003;

David R. Sands, "Hawks Recycle Arguments for Iraq War against Syria," *Washington Times*, 16. April 2003.

Mit Ausnahme von Ledeen unterzeichneten sie alle den 2000er Bericht ebenso wie der pro-israelische Kongreßabgeordnete Eliot Engel (D[emokrat] - N[ew] Y[ork]) ein anderer Hauptanhänger der USCFL.

(194) Nathan Guttman, "Some Senior U.S. Figures Say Syria Has Crossed the Red Line," *Ha'aretz*, 14. April 2004;

Michael Flynn, "The War Hawks: The Right Flexes Muscle with New U.S. Agenda," *Chicago Tribune*, 13. April 2003.

Zusätzlich zu Perle und Wolfowitz drängte John Bolton von innerhalb der Regierung auf einen Regimewechsel in Syrien. Er hatte den israelischen Führern einen Monat vor dem Irakkrieg erklärt, daß die Bush-Regierung sich mit Syrien befassen würde, ebenso wie mit dem Iran und Nord-Korea, unmittelbar nach der Entfernung Saddams von der Macht. Flynn, "The Right Flexes Muscle."

Um dieses Ziel zu erreichen, bereitete Bolton angeblich vor, dem Kongreß Mitte Juli zu erklären, daß das Massenvernichtungsprogramm Syriens einen Punkt erreicht habe, an dem es zu einer ernsthaften Bedrohung der Stabilität im Nahen Osten geworden sei und deshalb besser früher als später angegangen werden müsse. Die CIA und andere Geheimdienste der Regierung widersetzten sich jedoch, indem sie behaupteten, Boltons Analyse würde die syrische Bedrohung bei weitem übertreffen. Folglich erlaubte die Regierung Bolton nicht, dieses Urteil über Syrien zu jenem Zeitpunkt abzugeben.

Douglas Jehl, "New Warning Was Put Off on Weapons Syria Plans," *New York Times*, 18. Juli 2003;

Marc Perelman, "State Department Hawk under Fire in Intelligence Flap over Syria," *Forward*, 25. Juli 2003;

Warren P. Strobel und Jonathan S. Landay, "Intelligence Data on Syria Now Disputed," *Philadelphia Inquirer*, 17. Juli 2003.

Bolton war jedoch nicht für lange aus dem Spiel. Im September 2003 erschien er vor dem Kongreß und

beschrieb Syrien als wachsende Bedrohung für die Interessen der Vereinigten Staaten im Nahen Osten. Nathan Guttman, "US: Syria Supporting Terror, Developing Weapons of Mass Destruction," *Ha'aretz*, 16. September 2003.

(195) Zitiert in Robin Wright, "U.S. Insists Syria Alter Its Course," *Los Angeles Times*, 14. April 2003. Siehe auch Martin Indyks und Dennis Ross' bössartige Rhetorik gegen Syrien in Hersh, "The Syrian Bet."

(196) Lawrence F. Kaplan, "White Lie," *New Republic*, 21. u. 28. April 2003. Siehe auch William Kristol and Lawrence F. Kaplan, *The War over Iraq: Saddam's Tyranny and America's Mission* (New York: Encounter Books, 2003).

(197) DeYoung, "U.S. Toughens Stance."

Es gab eine Geschichte in *Ha'aretz* ("NY Congressman Says Will Push Bill to Pressure Syria") am 19. August 2003, die berichtete, daß Engel sich gerade für 90 Minuten mit Sharon in dessen Büro in Jerusalem getroffen habe und daß der israelische Führer Engels Bemühungen, den Syria Accountability Act durchzudrücken, gutgeheißene habe.

Bezüglich der Einzelheiten dieses Gesetzes siehe Zvi Bar'el, "Deciphering the Syrians," *Ha'aretz*, 9. Juli 2003;

"The Return of the Syria Accountability Act," *NewsMax.com*, 19. April 2003;

Claude Salhani, "The Syria Accountability Act: Taking the Wrong Road to Damascus," *Policy Analysis*, No. 512, CATO Institute, 18. März 2004.

Es überrascht nicht, daß Richard Perle den Kongreß aufrief, den Syria Accountability Act zu verabschieden, kurz nachdem Engel die Gesetzesvorlage wiedereingebracht hatte.

Sands, "Hawks Recycle Arguments."

(198) Ron Kampeas, "Bush, Once Reluctant on Sanctions, Prepares to Take a Tough Line with Syria," *JTA*, 18. März 2004.

(199) Salhani, "The Syria Accountability Act," S. 5.

(200) Julian Borger, "Bush Vetoes Syria War Plan," *Guardian*, 15. April 2003; Kampeas, "Bush, Once Reluctant."

(201) Siehe Hersh, "The Syrian Bet."

Weitere Veröffentlichungen, die die Vorteile einer Zusammenarbeit mit Syrien für die Vereinigten Staaten erörtern, u.a.:

Spencer Ackerman, "Rough Trade," *New Republic*, 13. Januar 2003;

Susan Taylor Martin, "Experts Disagree on Dangers of Syria," *St. Petersburg Times*, 3. November 2002;

Salhani, "The Syria Accountability Act";

Stephen Zunes, "Bush Has Clear Run at Syria," *Asia Times Online*, 2. März 2005.

(202) Zwei im *Forward* nach dem Fall Bagdads erschienene Artikel beschreiben die treibenden Kräfte hinter der US-Politik gegenüber Syrien. In dem einen von Mitte April vermerkt der Verfasser: "Ein plötzlicher Wirbel von US-Warnungen an Syrien in den letzten Tagen weist darauf hin, worauf Israel und seine Anhänger hier seit Monaten drängen: Eine umfassende Neubewertung des syrischen Regenten Bashar Assad." Perelman, "Behind Warnings."

Ein paar Monate später vermerkte Mitte Juli ein weiterer Verfasser: "Während der letzten Monate haben Spitzenvertreter Israels ihre amerikanischen Gegenüber und Zuhörerschaften vor Assads Unzuverlässigkeit gewarnt. Amerikanische Offizielle haben diese Haltung wiedergegeben und Presseberichte haben über eine mögliche amerikanische Militärintervention in Syrien spekuliert." Marc Perelman, "Syria Makes Overture over Negotiations," *Forward*, 11. Juli 2003.

(203) Zitiert in Alan Sipress, "Israel Emphasizes Iranian Threat," *Washington Post*, 7. Februar 2002.

Dieser Artikel, verfaßt bei der Ankunft Sharons in Washington, macht klar, daß Tel Aviv "seine Bemühungen verdoppelte, die Bush-Regierung davor zu warnen, daß der Iran eine größere Bedrohung als das irakische Regime Saddam Husseins darstelle."

Siehe auch Seymour Hersh, "The Iran Game," *New Yorker*, Vol. 77, issue 38 (3. Dezember 2001), Seiten 42 - 49;

Peter Hirschberg, "Background / Peres Raises Iranian Threat," *Ha'aretz*, 5. Februar 2002;

David Hirst, "Israel Thrusts Iran in Line of US Fire," *Guardian*, 2. Februar 2002;

"Israel Once Again Sees Iran as A Cause for Concern," *Ha'aretz*, 7. Mai 2001.

(204) Stephen Farrell, Robert Thomson und Danielle Haas, "Attack Iran the Day Iraq War Ends, Demands Israel," *The Times* (London), 5. September 2002;

Stephen Farrell und Robert Thomson, "The Times Interview with Ariel Sharon," in *ibid.*

(205) "Ambassador to U.S. Calls for 'Regime Change' in Iran, Syria," *Ha'aretz*, 28. April 2003.

Zehn Tage später berichtete die *New York Times*, daß Washington zunehmend besorgter sei über die nuklearen Ambitionen Irans und daß es "von den Israelis eine Menge Gehämmer gegen uns gibt, diese Position ernst zu nehmen." Steven R. Weisman, "New U.S. Concerns on Iran's Pursuit of Nuclear Arms," *New York Times*, 8. Mai 8, 2003.

Shimon Peres veröffentlichte dann am 25. Juni einen Leitartikel im *Wall Street Journal* mit der Überschrift: "Wir müssen uns zusammenschließen, um die Atombombe der Ajatollahs zu verhindern."

Seine Beschreibung der iranischen Bedrohung klang genauso wie seine frühere Beschreibung der Bedrohung durch Saddam, sie enthielt sogar den rituellen Verweis auf die Lehren aus der Appeasement-Politik der Dreißiger. Dem Iran, so betonte er, muß unmißverständlich gesagt werden, daß die Vereinigten Staaten und Israel es nicht zulassen werden, wenn er zur Atommacht wird.

(206) Ende Mai 2003 berichtete *Inter Press Service*: "Die Bemühungen der Neokonservativen, jetzt die Aufmerksamkeit der USA auf einen "Regimewechsel" im Iran zu konzentrieren, sind seit Anfang Mai viel intensiver geworden und haben schon greifbare Früchte hervorgebracht."

Jim Lobe, "U.S. Neo - Cons Move Quickly on Iran," *Inter Press Service*, 28. Mai 2003.

Anfang Juni berichtet der *Forward*; "Neokonservative innerhalb und außerhalb der Regierung drängen auf eine aktive Anstrengung, den Regimewechsel in Teheran voranzutreiben. Berichte über mögliche verdeckte Aktionen tauchten in den letzten Wochen auf."

Marc Perelman, "Pentagon Team on Iran Comes under Fire," *Forward*, 6. Juni 2003.

Siehe auch derselbe, "New Front Sets Sights on Toppling Iran Regime," *Forward*, 16. Mai 2003.

Schließlich hat die Lobby enge Verbindungen zu Reza Pahlavi, dem Sohn des verstorbenen Schah des Iran, aufgenommen. Er hatte sich sogar angeblich mit Netanyahu und Sharon getroffen. Diese Beziehung ist ähnlich zur Beziehung der Lobby zu Ahmed Chalabi. Besonders die pro-israelischen Kräfte fördern Pahlavi und im Gegenzug macht der klar, daß er gute Beziehungen zu Israel unterhalten würde, käme er im Iran an die Macht.

Connie Bruck, "Exiles: How Iran's Expatriates Are Gaming the Nuclear Threat," *New Yorker*, Vol. 82, issue 2 (6. März 2006), Seiten 48 - 63;

Perelman, "New Front."

(207) Das Flugblatt mit der Werbung für die Konferenz mit dem Titel "The Future of Iran: Mullahcracy, Democracy and the War on Terror," findet sich auf einer Vielzahl von Seiten im Netz.

Siehe auch Green, "Neocons Dream of Lebanon";

Lobe, "U.S. Neo - Cons Move Quickly."

(208) William Kristol, "The End of the Beginning," *Weekly Standard*, 12. Februar 2003.

Auch andere verfaßten zu der Zeit Artikel, darunter Daniel Pipes und Patrick Clawson, die am 20. Mai einen Artikel für die *Jerusalem Post* schrieben mit dem Titel "Verstärkt den Druck auf Iran". Sie riefen die Bush-Regierung dazu auf, die Mudschahedin-e-Khalq zu unterstützen, eine Terrororganisation mit Sitz im Irak, die sich dem Sturz der im Iran herrschenden Ajatollahs widmen sollten.

Lawrence Kaplan argumentierte in der *New Republic* ("Iranamok") am 9. Juni, daß die USA härter gegen den Iran wegen dessen Atomprogramms werden müßten, von dem er befürchte, daß es viel weiter fortgeschritten sei, als die meisten amerikanischen Politiker erkannten.

Michael Ledeen, einer der führenden Falken bezüglich des Iran, schrieb in der *National Review Online* ("The Others") am 4. April: "Es gibt keine Zeit mehr für diplomatische "Lösungen." Wir müssen uns mit den Herren des Terrors befassen, hier und jetzt. Der Iran bietet uns zumindest die Möglichkeit eines Sieges mit Erinnerungswert, weil das iranische Volk das Regime offen ablehnt und es begeistert bekämpfen wird, wenn nur die Vereinigten Staaten es in ihrem gerechten Ringen unterstützen."

(209) Zu Beweisen für die verstärkten Bemühungen der Lobby, die Bush-Regierung dazu zu bewegen, sich mit dem iranischen Nuklearproblem zu befassen, siehe:

Stewart Ain, "Israel Urging U.S. to Stop Iran Nukes," *Jewish Week*, 7. Oktober 2005;

Efraim Inbar, "The Imperatives to Use Force against Iranian Nuclearization," BESA Center [Bar - Ilan University, Israel] Perspectives, Number 12, 1. Dezember 2005;

Martin S. Indyk, "Iran's Bluster Isn't A Bluff," *Los Angeles Times*, 1. November 2005;

Ron Kampeas, "With Time Short on Iran Nukes, AIPAC Criticizes Bush Approach," *JTA*, 2. Dezember 2005;

Charles Krauthammer, "In Iran, Arming for Armageddon," *Washington Post*, 16. Dezember 2005;

Dafna Linzer, "Pro - Israel Group Criticizes White House Policy on Iran," *Washington Post*,

25. Dezember 2005;

Ori Nir, "New Sanction Bill Loses Momentum as Administration Presses Diplomacy," *Forward*, 10. Juni 2005;

derselbe, "Jewish Groups Push for Iran Sanctions," *Forward*, 23. September 2005;

derselbe, "Israeli Aides Warn U.S. Not to Drop Ball on Iran," *Forward*, 9. Dezember 2005;

Michael Rubin et al., "War Footing: 10 Steps America Must Take to Prevail in the War for the Free World," *American Enterprise Institute*, 30. November 2005;

Rowan Scarborough, "Israel Pushes U.S. on Iran Nuke Solution," *Washington Times*, 21. Februar 2005.

(210) Einige Neokonservative begrüßen dieses Ergebnis sogar. Beispielsweise schrieben Robert Kagan und William Kristol im Nachhall des 11.9.: "Afghanistan wird sich jedoch als Auftaktschlacht erweisen... dieser Krieg wird nicht in Afghanistan enden. Er wird sich ausbreiten und eine Anzahl Länder mit Konflikten unterschiedlicher Intensität überfluten. Das könnte sehr wohl den Einsatz der Militärmacht Amerikas an verschiedenen Stellen gleichzeitig erfordern. Er wird dem Zusammenprall der Zivilisationen ähneln, den jeder hoffte zu vermeiden." "The Gathering Storm," *Weekly Standard*, 29. Oktober 2002.

Siehe auch Eliot A. Cohen, "World War IV," *Wall Street Journal*, 20. November 2001;

Phil McCombs, "The Fire This Time," *Washington Post*, 13. April 2003;

Norman Podhoretz, "How to Win World War IV," *Commentary*, Februar 2002;

derselbe, "World War IV: How It Started, What It Means, and Why We Have to Win," *Commentary*, September 2004;

Brian Whitaker, "Playing Skittles with Saddam," *Guardian*, 3. September 2002.

(211) Ron Kampeas, "After Restructuring, AIPAC Plans to Focus on Wider Range of Issues," *JTA*, 26. September 2005.

Diesen und weitere Übersetzungen und Artikel finden Sie auf [www.Lutz-Forster.de](http://www.Lutz-Forster.de)